Genehmigt 22.05.2025

Protokoll 06

Stadtratssitzung
Donnerstag, 20.03.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser Audioprotokoll auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr 3
2024.SR.0254 5
1 Begrüssung und Mitteilungen
2025.SR.0013 6
2 Protokoll Stadtrat 01 vom 23.01.2025; Genehmigung
2025.SR.0014 6
3 Protokoll Stadtrat 02 vom 30.01.2025; Genehmigung
2025.SR.0012 6
4 Protokoll Stadtrat 03 vom 13.02.2025; Genehmigung
2022.SR.000181 6
5 Partizipationspostulat: Haus der transkulturellen Begegnung: "Wir Stadtberwohner*innen"
2017.BSS.000114 13
6 Fallführungssystem citysoftnet: Höhere Betriebskosten und höhere Personalkosten im Sozialamt; Nachkredit zum Globalkredit 2024 des Sozialamts
2024.SR.0075 23
7 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GB/JA (Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Maurice Lindgren, GLP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Franziska Geiser, GB) und Francesca Chukwunyere(GFL), Matthias Humbel (GFL): Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen
Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr. 33
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:40 Uhr 34
2024.SR.0075 35
7 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GB/JA (Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Maurice Lindgren, GLP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Franziska Geiser, GB) und Francesca Chukwunyere(GFL), Matthias Humbel (GFL): Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen
2024.SR.0068 44

8 Motion Milena Daphinoff (Mitte), Simone Richner (FDP), Maurice Lindgren (GLP), Bernadette Häfliger (SP), Janosch Weyermann (SVP): Klare Kriterien für die Auftragsvergabe von städtischen Bildungsaufträgen
2024.SR.0055 56
9 Postulat Simone Richner (FDP), Milena Daphinoff (Mitte), Bernadette Häfliger (SP) und Maurice Lindgren (GLP): Bildung mit Integrität: Standards und Transparenz bei externen Bildungsanbietern
2024.SR.0064 57
10 Motion Emanuel Amrein (SP), Bernadette Häfliger (SP), Johannes Wartenweiler (SP), Francesca Chukwunyere (GFL), Milena Daphinoff (Mitte): Eine zentrale Produktion der Mahlzeiten für die Betreuungseinrichtungen
Verschoben und eingereicht 68
Schluss der Sitzung: 22.38 Uhr. 70

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Nadine Aebischer
Laura Binz
Michael Burkard
Monique Iseli
Cemal Özçelik
Michael Ruefer

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist 17.00 Uhr. Ich bitte euch, Platz zu nehmen, und den Geräuschpegel herunterzufahren, damit wir mit der heutigen Stadtratssitzung starten können. Ich gebe euch wie immer als Erstes die Entschuldigungen bekannt. Entschuldigt für beide Sitzungen sind Nadine Aebischer von der SP, Laura Binz von der SP, Michael Ruefer von der GFL und Monique Iseli von der SP. Ein bisschen später kommen Irina Straubhaar von der GLP und Bernhard Hess von der SVP. Wir haben keine Rücktritte, keine Neueintritte und auch keine Geburtstage.
Damit bin ich bereits bei den Mitteilungen. Ich begrüsse die Einreichenden des Partizipationspostulats, die hinten auf dem Platz der Verwaltung sitzen. Besonders begrüsse ich Franco Castrovillari, der nachher für die Einreichenden ein Votum halten wird. Dann: Denkt bitte daran, ihr habt vom Ratssekretariat einen Reminder für den Workshop Medien und Auftrittskompetenz bekommen. Anmeldeschluss ist der 31. März. Ihr dürft euch natürlich liebend gerne schon vorher anmelden. Und für jene, die es noch nicht angeklickt haben: Ihr könnt es auch ausfüllen, wenn ihr nicht teilnehmen wollt. Dann wissen wir wenigstens, dass ihr nicht teilnehmen wollt, und denken nicht, dass ihr einfach das Mail noch nicht gesehen habt. Dann bitte auch heute nicht vergessen zu badgen. Die Einreichung der Vorstösse ist wie immer: Die dringenden bis 21 Uhr, die übrigen bis 21.30 Uhr. Und dann noch eine ganz wichtige Neuerung – merci an die Rathausverwaltung: Für die, die das brauchen, warum auch immer, gibt es neu unten bei der Kaffeemaschine Kaffee ohne Koffein.
Dann gibt es einen Ordnungsantrag, den ihr als Tischvorlage vor euch habt. Die Fraktion Mitte beantragt, dass bei den Traktanden 14, 15 und 25, das ein Prüfungsbericht, eine Abschreibung und ein Begründungsbericht, die Redezeit pro Votum auf 3 Minuten festgelegt wird. Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag
Mitte
Die Mitte-Fraktion stellt den Ordnungsantrag, die Redezeit bei den Traktanden mit Berichten auf 3 Minuten pro Votum zu beschränken.
Davon ausgenommen ist das Traktandum 5 (Partizipationspostulat: Haus der transkulturellen Begegnung: "Wir Stadtberwohner*innen").

Abstimmung Nr. 005

2024.SR.0254: Ordnungsantrag

Ablehnung

Ja	19
Nein	37
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt ihn abgelehnt. Somit gelten bei allen Traktanden heute Abend die üblichen Redezeiten. Wir kommen zu den Traktanden 2, 3 und 4.

2025.SR.0013

2 Protokoll Stadtrat 01 vom 23.01.2025; Genehmigung

Präsident: Diese behandeln wir gemeinsam. Das sind 3 Protokollgenehmigungen. Es sind keine Änderungsanträge zu diesen Protokollen eingegangen. Sind diese Protokolle bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann gelten diese als genehmigt und ich danke den Verfasserinnen und Verfassern der Protokolle.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

2025.SR.0014

3 Protokoll Stadtrat 02 vom 30.01.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 4: siehe Traktandum 2.
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

2025.SR.0012

4 Protokoll Stadtrat 03 vom 13.02.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 4: siehe Traktandum 2.
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

2022.SR.000181

5 Partizipationspostulat: Haus der transkulturellen Begegnung: "Wir Stadtberwohner*innen"

Präsident: Dann sind wir bereits bei Traktandum Nummer 5. Das ist der Prüfungsbericht zu einem Partizipationspostulat. Hier erteile ich, wie gesagt, den Einreichenden das Wort. Und das Votum für die Einreichenden übernimmt Franco Castrovillari.

Castrovillari Franco für die Einreichenden: Sehr geehrter Stadtratspräsident, werte Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, ich danke herzlich für die Möglichkeit, hier ein paar Worte zum zweiten Prüfungsbericht zu sagen, den der Gemeinderat am 30. Oktober 2024 gestützt auf das Partizipationspostulat zur Schaffung eines Hauses der transkulturellen Begegnung verabschiedet hat. Wir freuen uns sehr, dass sich der Gemeinderat mit dem vorliegenden Prüfungsbericht in jene Richtung bewegt, die wir von Anfang an angestrebt haben. Bereits in unseren früheren Voten verwiesen wir hier im Stadtrat auf die guten Erfahrungen, die andere Städte wie etwa Lausanne mit der vorgängigen Erarbeitung der Bedarfsanalyse gemacht haben. Als erstes gilt es, die Bedürfnisse der Stadtberner migrantischen Bevölkerung sorgfältig zu erheben und diese gleichzeitig in den Prozess einzubinden. Es gibt in der Migrationsbevölkerung viele Netzwerke, die – oft abseits des Scheinwerferlichts der Öffentlichkeit – wertvolle Arbeit leisten. Deren Bedürfnisse sauber aufzunehmen, ist Voraussetzung dafür, um ein tragfähiges Nutzungskonzept ableiten zu können. Eine Bedarfsanalyse ermöglicht es, Netz-

werke zu den interessierten Kreisen aufzubauen und diese in das Projekt einzubeziehen. Für die Bedarfsanalyse muss deshalb ausreichend Zeit vorgesehen und diese muss partizipativ ausgestaltet werden.
So sehr ich mich darüber freue, dass es nun in die richtige Richtung vorwärtsgeht: Ich muss schon zugeben, dass die lange Dauer dieses politischen Prozesses für uns nicht ganz einfach ist. Es sind nun fast 7 Jahre seit der Lancierung und 6 Jahre seit Einreichung der Partizipationsmotion vergangen. Es war im April 2019, als wir 220 Unterschriften von in der Stadt Bern wohnhaften Personen ohne Schweizer Pass eingereicht haben. Es dauerte danach weitere 3,5 Jahre, bis der Stadtrat im Oktober 2022 die Partizipationsmotion in ein Partizipationspostulat umwandelte. Wir haben das damals begrüsst und gingen davon aus, dass nun sofort eine Bedarfsanalyse gemacht wird. Weitere anderthalb Jahre später legte der Gemeinderat seinen ersten Prüfungsbericht vor. Darin war aber keine Rede von einer Bedarfsanalyse. Wir lehnten ihn deshalb ab. Nun steht im neuen Prüfungsbericht, es brauche eine Bedarfsanalyse. Das ist positiv, bloss war das bereits im Oktober 2022 klar. Ehrlich gesagt, verstehe ich nicht ganz, warum diese Bedarfsanalyse zwischenzeitlich nicht einfach erarbeitet wurde. Eine ganze Anzahl der 220 Personen, die unsere Partizipationsmotion im Jahr 2018/2019 unterzeichnet haben, dürften seither aus der Stadt Bern weggezogen oder gar verstorben sein. Damit gingen auch wertvolle Kontakte zu Organisationen in der Migrationsbevölkerung verloren, die anlässlich der Lancierung unserer Partizipationsmotion auf der Suche nach einem Haus der transkulturellen Begegnung waren. Auch in der Trägerorganisation der SP Migrant:innen Kanton Bern, gab es seither vielfache Wechsel im Präsidium, dem Vorstand und der Mitgliederschaft.
Ich muss Ihnen schon sagen, dass es für uns nicht ganz einfach war und ist, derartig langwierige Verfahren zu behandeln. Wir haben ein Haus der transkulturellen Begegnung nicht zuletzt deshalb gefordert, weil wir nur zu gut wissen, wie prekär die Vernetzung und die Organisation in der Migrationsbevölkerung sind. Es gibt viele tolle Projekte und Initiativen. Nur die allerwenigsten sind aber auf Dauer angelegt. Denken wir nur an den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die vielen Hilfsgruppen, die sich seither gebildet haben. Auch aus sprachlichen Gründen ist es alles andere als einfach, den Überblick zu behalten und dauerhafte Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Der Gemeinderat schreibt nun im Prüfungsbericht, für die Realisierung des Hauses der transkulturellen Begegnung seien, ich zitiere, "erhebliche Eigenleistungen der Initianten und Initiantinnen erforderlich". Ich bin ja damit einverstanden, dass ein solches Projekt nur unter Mitwirkung aller gelingen kann. Ich muss aber schon sagen, dass Sie hinsichtlich unserer Eigenleistungen keine Wunder erwarten dürfen. Wir haben kein stetig besetztes Büro. Es gibt niemanden, der eine perfekte Adresskartei führt und auf Knopfdruck alle vorliegenden Kontakte vermitteln könnte. Ganz im Gegenteil stellen wir immer wieder fest, dass das, was gestern vielversprechend begann, heute schon wieder an einem ganz anderen Ort steht. Genau deshalb haben wir ja ein Haus der transkulturellen Begegnung gefordert, um da etwas mehr Stabilität und Kontinuität hineinzubringen. Dazu kann sicher auch die angestrebte Zusammenarbeit mit dem "Haus der Begegnungen" beitragen, die wir begrüssen. Ich hoffe, dass es nun vorwärts geht. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Herzlichen Dank an Sie. Dann könnt ihr euch jetzt bei diesem Traktandum für Fraktionsvoten anmelden. Dann hat als Erstes das Wort für die Fraktion SP-JUSO, Helin Genis.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Zuerst danke ich den Einreichenden für ihr Votum und ihr Engagement. Grundsätzlich befürworten wir, dass der Gemeinderat dem Anliegen offen gegenübersteht, weshalb die JUSO-SP-Fraktion den Bericht annehmen wird. Nichtsdestotrotz ist einiges anzumerken. Politische Prozesse brauchen Zeit. Das ist uns bewusst. Doch die Zeit ist fortgeschritten und nun müssen konkrete Schritte folgen. Der Bericht des Gemeinderates geht in die richtige Richtung, insbesondere mit der geplanten Bedarfsanalyse und der Verknüpfung mit dem Haus der Begegnung. Diese Ansätze unterstützen wir. Aber gleichzeitig stellen wir fest, dass sich der Prozess in die Länge zieht. Das darf nicht dazu führen, dass die Umsetzung unnötig verzögert wird. Dass die Fachstelle für Migration und Rassismusfragen die Bedarfsanalyse übernimmt, ist ein logischer und richtiger Schritt. Aber gleichzeitig bedauern wir, dass sich der Gemeinderat in finanzieller Hinsicht eher zurückhaltend zeigt. Eigenleistungen der Initianten sind wichtig, aber sie dürfen nicht zur Bedingung für die Realisierung werden. Wichtig ist uns, dass Lösungen gemeinsam gefunden werden. Die Zivilgesellschaft leistet bereits viel, aber sie kann und soll nicht alles allein tragen. Ein Haus der transkulturellen Begegnung ist ein Gewinn für alle. Es stärkt das Zusammenleben in unserer Stadt und schafft dringend benötigte Räume für Austausch und Begegnung. Das darf nicht am Geld scheitern. Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind Investitionen in unsere Zukunft. Jetzt gilt es, konkrete Schritte zu machen. Beispielsweise müssen Mieträumlichkeiten geprüft und geschaffen werden, und zwar so rasch als möglich. Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Auch wenn die SP-JUSO-Fraktion den Bericht annehmen wird, erwarten und fordern wir ganz klar, dass der Gemeinderat nun handelt. Wir sind gespannt auf die nächsten Vorschläge und Schritte und erwarten, dass der Gemeinderat unseren Erwartungen gerecht wird. Vielen Dank.

Präsident: Merci vielmals. Dann denkt daran, euch schon ein bisschen bereit zu halten. Als nächstes für die Fraktion GB/JA, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Auch von meiner Seite noch einmal vielen Dank für das Einreichendenvotum. Die Forderung nach einem Haus der transkulturellen Begegnung ist nach wie vor ein wichtiges und aktuelles Anliegen. Und ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei den Einreichenden des Partizipationspostulats für ihre wichtige Arbeit bedanken. Wir begrüssen es sehr, dass der Gemeinderat dem Projekt grundsätzlich unterstützend gegenübersteht und nun in diesem neuen Bericht auch die Wichtigkeit einer entsprechenden Bedarfsanalyse anerkennt. Dass der Bedarf nach einem solchen Projekt und geeigneten Räumen vorhanden ist, ist klar. Trotzdem scheint uns die Ausarbeitung einer Bedarfsanalyse und eines Nutzungskonzepts gut und wichtig. Denn damit können die konkreten Bedürfnisse und Anforderungen verschiedener Gruppen abgeklärt werden und eine gute Grundlage für die tatsächliche Umsetzung geschaffen werden. Auch das Zusammendenken des Hauses der Begegnungen mit einem Haus der transkulturellen Begegnung finden wir nach wie vor gut. Ich bin selbst auch wie andere aus meiner Fraktion mehr oder weniger im Haus der Begegnungen aktiv. Es hat sich gezeigt, dass eine Zusammenarbeit wirklich sehr sinnvoll ist. Wir würden es deswegen auch begrüssen, wenn das Haus der Begegnungen in der Bedarfsanalyse mitgedacht wird. Die Fraktion GB/JA unterstützt also, wie gesagt, den Vorschlag des Gemeinderates, eine Bedarfsanalyse und ein Nutzungskonzept zu erstellen und wird so auch den Einreichenden des Postulats folgen und den Prüfungsbericht annehmen. Allerdings können wir auch die Kritik der Einreichenden nachvollziehen. Dass es so lange gedauert hat, bis sich der Gemeinderat bereit erklärt hat, eine

Bedarfsanalyse durchzuführen, ist sehr fragwürdig und wird dem Engagement nicht gerecht, das die involvierten Personen hier geleistet haben. Wichtig ist zudem auch, dass es nicht allein bei einer Bedarfsanalyse bleibt, sondern dass darauf aufbauend auch eine Realisierung des Projekts stattfindet. Die Unterstützung der Stadt darf nicht bei der Bedarfsanalyse aufhören, sondern muss darüber hinaus fortbestehen, also auch nachdem dieser Prüfungsbericht voraussichtlich angenommen sein wird. Der Gemeinderat erwähnt in seinem Bericht, dass für eine Realisierung erhebliche Eigenleistungen der Initianten erforderlich sind. Dass die Stadt ein solches Projekt nicht ganz allein realisieren kann, ist klar, und das wäre ja auch nicht die Idee. Es ist aber auch klar, dass es extrem schwierig ist, aktuell in dieser Stadt geeignete Räumlichkeiten für ein solches Projekt zu finden. Auch die langfristige Finanzierung zivilgesellschaftlicher Projekte von und für migrantische Menschen ist häufig eine grosse Herausforderung. Und ein Grossteil der Zeit muss dafür aufgewendet werden, Geld einzutreiben, anstatt dass tatsächlich inhaltlich gearbeitet werden kann. Das im Bericht erwähnte Haus pour Bienne beispielsweise wird vor allem durch einen riesigen Anteil an unbezahlter freiwilliger Arbeit möglich gemacht, während gleichzeitig immer wieder um die Finanzierung gekämpft werden muss. Damit ein Haus der transkulturellen Begegnung nachhaltig ermöglicht werden kann, erwarten wir eine langfristige Unterstützung vonseiten der Stadt und endlich mehr Tempo bei der Umsetzung.

Präsident: Merci, Anna. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Wir danken dem Gemeinderat für diesen Prüfbericht. Zwar wäre für uns der Bericht vom letzten Mai schon genug gewesen. Denn wir sehen es kritisch, dass die Verwaltung mit einer Rückweisung des Prüfberichts noch einmal eine Ehrenrunde drehen musste, wenn man sieht, dass das Anliegen der Motionär*innen schon auf privater Ebene, zum Beispiel eben mit dem Haus der Begegnungen, angedacht ist. Aber nach der Rückweisung ist noch einmal viel passiert. Das kann man deutlich sehen, wenn man den neuen Prüfbericht liest. Die Verwaltung hat sich noch einmal stark mit dem Thema auseinandergesetzt und den Sinn und den Bedarf eines solchen Begegnungsortes evaluiert. Es wird im Prüfbericht aufgezeigt, wie die Stadt den Bedarf eines solchen Begegnungsortes evaluieren will. Es wird klar und deutlich aufgezeigt, dass man vermitteln will. Aber – und das begrüssen wir auch sehr – es wird auch klar und deutlich gesagt, dass es momentan und auch künftig keine Liegenschaften in städtischer Hand gibt, die zur Verfügung stehen. Es werde auch in Zukunft nicht möglich sein, Räume kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Auftrag von Immobilien Stadt Bern lautet, innerhalb des Verwaltungsvermögens der Stadt Bern bedarfsgerecht und wirtschaftlich Immobilien anzubieten und dafür auch Miete zu verrechnen. Darum war der Bericht vom letzten Mai schon sehr gut. Er hat aufgezeigt, wie es andere Städte machen, wie zum Beispiel die Finanzierungsquellen in Biel waren, die gerade auch genannt wurden. Das Haus pour Bienne existiert, weil zum Beispiel die Kirche Räume zur Verfügung stellt, weil auch Freiwilligenarbeit geleistet wird und so weiter. Es ist also nicht nur eine städtische Lösung. Und darum finden wir immer noch die Lösung mit dem Kirchgemeindehaus Johannes die zielführendste. Es braucht halt ein bisschen Geduld. Aber die Stadt sollte nicht vorpreschen, wenn schon Private daran sind. Das haben wir schon im Mai gesagt und das sage ich auch noch einmal. Die Frage ist nicht, ob es ein solches Haus braucht, sondern ob es ein weiteres solches Haus braucht, wenn schon jemand daran ist – und wenn wir unsere Stadtkasse anschauen und wie halt im Moment der Zustand dort ist. Wir finden also, der Gemeinderat hat sich

mit diesem Prüfbericht noch einmal mächtig ins Zeug gelegt. Er hat Offenheit signalisiert, aber es werden auch Grenzen gezogen. Darum werden von uns da vorne ein paar grüne Punkte auf der Karte auftauchen. Danke.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Lieber Franco, besten Dank für deine Worte als Einreichender. Es freut mich sehr, dürfen wir noch einmal über das Partizipationspostulat diskutieren und den Bericht des Gemeinderats zum Haus der transkulturellen Begegnung würdigen. Die Fraktion AL/PdA/TIF nimmt den Bericht des Gemeinderats positiv zur Kenntnis. Er kommt jetzt detaillierter und konkreter daher als der Prüfungsbericht, den der Stadtrat vor einem Jahr zurückgewiesen hat. Es ist ein nächster Schritt auf einem langen Weg zur Umsetzung eines solchen Hauses der transkulturellen Begegnung und es werden noch viele weitere Schritte folgen müssen. Wir freuen uns auch, dass dank dem Antrag der AL in der letztjährigen Budgetdebatte jetzt die 25'000 Franken zur Verfügung stehen, damit die Fachstelle für Migration und Rassismusfragen die nötige Bedarfsanalyse machen kann. Im Bericht des Gemeinderats ist es erwähnt: Es gibt in Bern den Verein Haus der Begegnungen. Der will einen Treffpunkt schaffen, der in eine ähnliche Richtung geht. Als Vorstandsmitglied des Vereins Haus der Begegnungen begrüsse ich die Anbindung des Hauses der transkulturellen Begegnung an unseren Verein, mindestens während der Phase der Bedarfsanalyse. Wenn diese Bedarfsanalyse dann abgeschlossen ist, können wir schauen, ob das in Zukunft ein gemeinsames Projekt sein soll oder eben nicht. Wir haben im Mai 2024 hier in diesem Raum das letzte Mal über das Postulat diskutiert. Vielleicht könnt ihr euch erinnern, ich habe schon damals über den aktuellen Stand des Hauses der Begegnungen informiert. Es ist immer noch so, dass der Verein gerne das Gebäude des Kirchgemeindehauses Johannes im Lorraine-Breitenrain-Quartier übernehmen würde, wenn die reformierte Kirche dort auszieht. Wann das stattfinden wird, steht aber immer noch in den Sternen, da gibt es keine News zu vermelden. Ebenso steht in den Sternen, ob die Kirche bereit ist, das Kirchgemeindehaus Johannes unserem Verein zu verkaufen oder es allenfalls der Stadt zu verkaufen, damit dort ein solcher Begegnungsort eingerichtet werden kann. Innerhalb der reformierten Kirche gibt es immer noch viele ungeklärte Fragen über die Zukunft der Kirchgemeinde und hängige Beschwerden bei den Gerichten. Und das wird auch noch über längere Zeit blockiert bleiben. Es gibt aber trotzdem News vom Haus der Begegnungen. Weil der Verein nicht einfach jahrelang untätig auf einen möglichen Entscheid der Kirche warten will, hat sich das Haus der Begegnungen entschieden, im Sulgenrain einen Prototyp eines solchen Begegnungszentrums einzurichten und einmal auszuprobieren, wie das funktionieren könnte, am Sulgenrhein 28. Da war früher diese "Muckibude" Kieser einquartiert. Es wird im Moment umgebaut und schon bald wird Radio Rabe ihre neuen Studios dort einrichten und ins Marzili ziehen. Im Raum nebenan wird das HDB, also das Haus der Begegnungen, von Radio Rabe rund 100m2 Fläche mieten können. Das wird dann irgendwann im Herbst oder Ende Jahr bezugsbereit sein. Mit dem HDB wird dort auch der Living Room einziehen. Das ist dieser Community-Space, der bisher an der Moserstrasse im Breitenrain war und in dem sich viele migrantische Communities und People of Color treffen. Auch mit dabei sein wird der Verein Wir alle sind Bern und die Klimagerechtigkeitsbewegung in Form von Klimastreik, Klimaallianz und ActNow. Wir freuen uns also sehr darauf, dass wir da loslegen können in den neuen Räumlichkeiten und würden uns auch freuen, wenn die Bedarfsanalyse für das Haus der transkulturellen Begegnung nahe an diesem Prozess im Sulgenrain stattfinden kann, indem beispielsweise die Person, die das Mandat der

FMR (Fachstelle für Migration und Rassismusfragen) bekommt, um die Analyse zu machen, regelmässig im Kontakt mit dem Haus der Bewegungen stehen würde oder vielleicht sogar den Arbeitsplatz am Sulgenrain 28 einrichten könnte, wenn es dann so weit ist. Vielleicht noch ein paar Worte zu unseren Erwartungen an diese Bedarfsanalyse. Dass es einen grossen Bedarf gibt nach Räumlichkeiten von verschiedenen Communities, muss nicht noch einmal erwiesen werden. Das ist ein Fakt, wie es ja auch der Gemeinderat in seinem Bericht festgestellt hat. Bei einer solchen Bedarfsanalyse muss es also eher darum gehen, welche Räume gebraucht werden und wie eine niederschwellige und finanziell tragbare Zugänglichkeit gewährleistet werden kann. Wir erwarten darum von einer solchen Bedarfsanalyse durchaus auch bereits ein grobes Nutzungskonzept und vor allem auch Abklärungen von Räumlichkeiten. ISB sollte also miteingebunden werden bei dieser Bedarfsanalyse. Wir haben die Antwort auch gelesen. Vielleicht ein bisschen anders als die FDP sehen wir darin nicht eine Absage, dass es nicht in städtischen Räumlichkeiten sein kann, sondern dass die Miete nicht das ISB finanzieren sollte. Das heisst aber nicht, dass die Stadt sich nicht auch finanziell beteiligen könnte – meiner Meinung nach. Ausserdem erwarten wir nächste Schritte vom Gemeinderat, wenn die Bedarfsanalysen abgeschlossen sind, und sind gespannt auf die Ergebnisse. Am Anfang meines Votums habe ich gesagt, dass die Fraktion AL/PdA/TIF den Bericht des Gemeinderats grundsätzlich positiv bewertet. Ich möchte jetzt aber doch noch eine kleine Einschränkung machen. Im Fazit des Berichts schreibt der Gemeinderat, für die Realisierung eines Hauses der transkulturellen Begegnung auch im Rahmen des Hauses der Begegnungen seien jedoch erhebliche Eigenleistungen der Initianten erforderlich. Daher lasse sich die konkrete Form der Unterstützung seitens der Stadt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht festlegen. Für uns klingt das dann doch eher wieder ziemlich unverbindlich im Sinn von "wir finden es ja schon gut, was ihr da macht, aber kosten darf es die Stadt nichts". Unserer Meinung nach hat der Verein Haus der Begegnungen in den letzten Jahren mit den Vorabklärungen der Machbarkeitsstudie und jetzt mit den Plänen für den Treffpunkt am Sulgenrain schon erhebliche Eigenleistungen erbracht und ist weiterhin auch bereit, diese zu erbringen. Im Gegenzug erwarten wir aber von einer links-grünen Stadtregierung, die sich Stadt der Beteiligung auf ihre Fahne schreibt, auch eine grundsätzliche Bereitschaft für eine finanzielle Unterstützung eines solchen Vorhabens. Im Bericht des Gemeinderats kommt uns das zu wenig klar herüber. Wir können auch den Frust von Franco und den Einreichenden verstehen, wenn sie sagen, dass es nach 7 Jahren endlich einmal vorwärtsgehen soll, nachdem die Partizipationsmotion damals eingereicht worden ist. Wir würden es also begrüssen, wenn das FMR jetzt vorwärts macht und in den nächsten Tagen das Mandat für diese Bedarfsanalyse vergibt und diese dann zügig erstellt wird. Darum, wie gesagt, die Fraktion AL/PdA/TIF empfiehlt den Bericht zur Annahme. Merci.

Präsident: Merci dir. Und für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Aus Rücksichtnahme auf die Einreichenden spreche ich heute Hochdeutsch oder versuche es zumindest. Ich möchte für das Engagement danken, aber ich spiele immer mit offenen Karten und offenem Visier: Die SVP ist sehr skeptisch hinsichtlich dieses Vorhabens. Wir müssen uns zwei Sachen ganz klar vor Augen halten. Es ist für mich eine kantonale Sache. Es kann nicht sein, dass jede Gemeinde im Kanton Bern ein Haus der Begegnungen macht. Ich bin auch der Meinung, die Integration laufe über die Sprache. Es gibt auch ganz verschiedene Migrantengruppen mit ganz unterschiedlichen Bedürfnissen. Es gibt Leute aus Südame-

rika, es gibt Leute aus Osteuropa. Und es scheint mir wichtig, dass sich die Leute finden. Das geht über die persönlichen Kontakte, das geht über Sport, das geht über Vereine, das geht über Integration. Und ein Schlüssel dazu ist die Sprache. Und ich sehe hier ein Problem. Wir suchen jetzt eine städtische Liegenschaft. Die steht offenbar nicht zur Verfügung. Wir haben einen zweiten Verein, der ähnliche Zielsetzungen verfolgt und wir haben knappe Finanzen. Das zeigt sich auch daran, dass wir jetzt, nach Jahren, nicht viel weiter sind. Es braucht nachher viel Geld. Ob das durchkommt im Stadtrat, ist das eine. Allenfalls gibt es eine Referendumsabstimmung. Sollte man nicht die Kräfte sinnvoll einsetzen für Integration in Projekten, die bereits bestehen? Ich glaube, das wäre die Chance. Und wie gesagt, für mich ist die Sprache das Zentrale, das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und der verschiedenen Menschen. Und ich habe einfach den Eindruck, der Kitt ist wahrscheinlich weniger der Status als Migrant. Vielmehr geht es darum, Kontakte mit Schweizern, Schweizerinnen zu knüpfen, damit man sich auch mit den hiesigen kulturellen Begebenheiten vertraut macht. Darin sehe ich die Chance und ich bin relativ skeptisch, ob wir mit diesen verschiedenen Projekten gross weiterkommen. Ich bin wirklich der Meinung, man sollte das Bestehende nutzen, um in absehbarer Zeit etwas erreichen zu können. Und da haben wir Angebote. Ich habe einige schon aufgeführt und ich bin auch offen, weitere zu prüfen, aber ich bin der Meinung: Hier sind wir etwas in einem theoretischen, schönen, aufgeblasenen Gebläse, aber wir sollten an einer konkreten Sache arbeiten und deshalb sind wir sehr skeptisch. Danke.

Präsident: Merci, Alex. Gibt es in diesem Geschäft noch weitere Voten? – Gibt es Einzelvoten? – Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Begegnungsorte in der Stadt sind dem Gemeinderat wichtig. Und er anerkennt auch, dass sie seitens verschiedenster Communities schon seit langem immer wieder eingefordert werden. Und das ist auch gut so. Die Idee eines zentral gelegenen Hauses der transkulturellen Begegnung als transkultureller Treff-, Begegnungs- und Weiterbildungsort beschäftigt uns seit längerem auf verschiedensten Ebenen in und ausserhalb der Stadtverwaltung. Sie ist sehr spannend und vielversprechend. Der Gemeinderat anerkennt sowohl den Nutzen als auch die Chance, die ein solches Vorhaben mit sich bringt, und ist motiviert damit vorwärtszumachen. Wir haben es aber auch schon gehört. Die Sachlage ist durchaus sehr komplex. Das habt ihr auch dem Prüfungsbericht entnehmen können. Und ich will noch betonen: Ich habe grosses Verständnis für den Frust darüber, dass wir noch nicht an dem Ort sind, wo wir eigentlich sein wollten, und nehme diesen Frust gerne auch mit in den weiteren Prozess. Was das Tempo anbelangt: In der Stadtratsdebatte vom 2. Mai 2024 ist am ersten Prüfungsbericht bemängelt worden, dass die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung in Bern nicht aktiv untersucht worden seien, und genau dafür ist dann in der Budgetdebatte ein Antrag seitens des Stadtrats erfolgt und dadurch haben wir jetzt auch die finanziellen Mittel, die vergangenen Herbst gesprochen worden sind, seit diesem Jahr im Budget. Und ich kann sagen, wir sind nun in Zusammenarbeit mit den Initiant*innen des Hauses der transkulturellen Begegnung und den Initiant*innen des Hauses der Begegnungen im Gespräch. Und wir sind jetzt daran, diese Bedarfsanalyse aufzugleisen und durchzuführen. Das Ziel dieser Analyse ist es, die Anforderungen und die benötigte Menge an Platz und Ressourcen zu bestimmen und mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen, unter anderem auch zuhanden von euch, dem Stadtrat, aber eben auch gemeinsam mit diesen Akteur*innen, die ich vorhin aufgezählt habe. Eines ist allerdings auch heute

schon klar. Ich kann jetzt nicht versprechen, dass wir nächstes Jahr so einen Begegnungsort fix und fertig bieten können, denn die Suche nach einem passenden Ort ist wirklich eine sehr grosse Herausforderung. Und wir wollen ja auch nicht einfach nur einen kleinen Raum, sondern wir wollen einen Begegnungsort, der dieses Namens auch würdig ist. Und die Realisierung eines solches Projektes erfordert eben erhebliche Eigenleistungen der Initiant*innen auch im Sinne von, dass wir wollen, dass wir dieses Projekt gemeinsam entwickeln können. Das heisst, es braucht auch genügend Zeit, um das gemeinsam mit allen Akteur*innen, die nicht bezahlt sind, zu entwickeln. Und dieser Punkt ist ja auch heute Abend von verschiedenen Seiten auf Kritik gestossen. Es klinge so, als wolle man auch Kosten einfach abwälzen. Ich nehme diese Kritik sehr gerne entgegen und für den laufenden Prozess mal so mit. Nichtsdestotrotz will ich hier noch einmal betonen, dass es dem Gemeinderat wichtig ist, dass wir nur mit dieser Bedarfsanalyse einen Schritt weiterkommen. Und ich bitte noch ein bisschen um Geduld und entschuldige mich für die Nerven, die es braucht. Wir kennen von sehr, sehr vielen Projekten, dass wir gerne schneller vorwärtskommen möchten, und wir machen einfach alles im Rahmen unserer Ressourcen. Und ich bin gespannt, wie es weitergeht. Vielen Dank.

Präsident: Danke, Ursina. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Prüfungsbericht, ob ihr den genehmigen wollt oder nicht.

Abstimmung Nr. 006

2022.SR.000181: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	64
Nein	4
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt ihn angenommen. Wir kommen somit zum nächsten Traktandum.

2017.BSS.000114

6 Fallführungssystem citysoftnet: Höhere Betriebskosten und höhere Personalkosten im Sozialamt; Nachkredit zum Globalkredit 2024 des Sozialamts

Präsident: Das ist das Traktandum Nummer 6. Es geht um ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um einen Nachkredit zum Globalkredit des Sozialamts und ich erteile für die Kommission das Wort Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Kommission: Es geht um einen weiteren Nachkredit im Zusammenhang mit Citysoftnet. Wir haben hier im Rat schon in der Vergangenheit viel über Citysoftnet diskutiert und bereits über Nachkredite befunden. Diesmal ist ein Nachkredit nötig wegen höherer Personalressourcen im Sozialamt und höherer Betriebskosten für das Jahr 2024. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat deswegen einen Nachkredit zum Globalkredit des Sozialamts in Höhe von 2'043'000 Franken. Die zusätzlichen Personalkosten können wie folgt begründet werden. Erstens sind die Mehrkosten auf die Bewältigung der Mehrbelastung im Tagesgeschäft, die durch die

Einführung von Citysoftnet entstanden ist, zurückzuführen. Zweitens sind die Mehrkosten durch krankheitsbedingte Personalausfälle, die im Sozialdienst entstanden sind, und die sich auch gehäuft haben, zurückzuführen. Aufgrund dieser Ausfälle haben Personalkürzungen, die im Budget 2024 vorgesehen waren, nicht umgesetzt werden können. Und drittens hat die Amtsleitung des Sozialamts die Leitung der operativen Taskforce übernommen und deshalb durch zusätzliches Personal in anderen Bereichen entlastet werden müssen. Insgesamt sind im Sozialamt im Jahr 2024 durchschnittlich rund 1'400 Stellenprozente mehr besetzt gewesen, als vorgesehen waren. Das führt zu zusätzlichen Personalkosten in der Höhe von knapp 1,4 Mio. Franken. Zu diesen Kosten kommen zusätzlich höhere Betriebskosten für Citysoftnet hinzu. Die Betriebskosten umfassen Support und Wartung, das Hosting, interne Informatikkosten der Stadt, Softwarelizenzen und die Führung des Vereins Citysoftnet. Die Betriebskosten sind deutlich höher ausgefallen, als man bislang angenommen hat, und die haben sich auch schon länger abgezeichnet. Für das Jahr 2024 um 658'000 Franken mehr als budgetiert. Als Grund für die höheren Betriebskosten wird erwähnt, dass die Beschaffung von IT-Systemen grundsätzlich mit vielen Unsicherheiten behaftet ist. Man kennt am Anfang der Ausschreibung das Problem und gewisse Anforderungen, weiss aber halt noch nicht, wie das Problem tatsächlich gelöst wird. Es wird darum erst im Verlauf des Projekts klar, welches Produkt der Auftraggeber am Ende kauft. Und entsprechend sind auch die Betriebskosten schwer abzuschätzen. Die Kosten für das Hosting sind fast 10-mal zu tief budgetiert worden. Der Grund dafür ist, dass sich der Betrieb von Citysoftnet als sehr viel komplexer entpuppt hat, als der Betrieb der Vorgängersoftware war. Das ist unter anderem auf die hohe Komplexität der verwendeten Technologien sowie die strengen gesetzlichen Anforderungen an Datenschutz und Sicherheit zurückzuführen. Neben den Hostingkosten sind auch die Kosten für die Wartung und für den Support durch die Firmen Emineo und Optiv rund 150'000 Franken höher als erwartet. Und die Lizenzkosten fallen höher aus als angenommen, weil mehr SAP-Lizenzen benötigt werden, als man erwartet hat, insbesondere, weil diese nicht mehr pro Arbeitsplatz, sondern pro User und Userin ausgestellt werden, und weil es beim Sozialamt und beim EKS (Erwachsenen- und Kindesschutz) viele Personen gibt, die Teilzeit arbeiten. Folglich braucht es nachher mehr Lizenzen. Was mit dem Nachkreditgeschäft auch bereits angekündigt wird, ist, dass sowohl die Betriebskosten für Citysoftnet als auch die Personalkosten im Sozialamt im Jahr 2025 voraussichtlich höher ausfallen werden, als man budgetiert hat. Es dürfte darum noch einmal ein entsprechender Nachkredit nötig werden. Ab dem Jahr 2026 sollten aber die höheren Kosten im Budget enthalten sein. Die Kommission hat den Nachkredit kritisch diskutiert, empfiehlt euch aber, das Geschäft anzunehmen.
Darf ich noch das Fraktionsvotum anhängen?

Präsident: Jawohl. Denn ich weiss, dass hier Diskussionsbedarf besteht. Deshalb halte bitte dein Fraktionsvotum.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Die Fraktion GLP-EVP hat sich schon mehrmals kritisch zur Einführung von Citysoftnet und zu den hohen Kosten, die das mit sich bringt, geäussert, und wir haben auch den Nachkredit kritisch diskutiert. Dass wir jetzt noch einmal einen Nachkredit vorliegen haben und auch bereits ein nächster angekündigt wird, erachten wir als hochgradig problematisch. Das Ausmass der Fehlleistungen und die Konsequenzen davon sind wirklich sehr gross. Ich habe es gesagt: Wir haben uns in der Vergangenheit schon sehr oft kritisch geäussert, aber dann jeweils den Nachkrediten trotzdem zugestimmt, weil es schliesslich ein Fallführungssystem braucht. Es

ist uns wichtig, dass wir ein System haben, das funktioniert, mit dem die Leute gut arbeiten können und das letztlich auch gewährleistet, dass die Leistungen an die Klientinnen und Klienten erbracht werden können. Denn es dürfen sicher nicht diejenigen am Debakel um Citysoftnet leiden, die ohnehin schon zu den vulnerablen Personengruppen gehören. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass wir jetzt einen Punkt erreicht haben, wo wir die Nachkredite nicht mehr einfach durchwinken wollen; auch nicht, wenn sie schon angekündigt wurden und wir darauf vorbereitet waren. Da macht es sich der Gemeinderat unserer Meinung nach zu einfach. Es fehlt in diesem Projekt jegliche Kostentransparenz. Für das Budget 2024 haben wir im Herbst 2023 bereits zusätzliche Personalkosten gesprochen, gereicht hat es aber offensichtlich nicht. Man muss jetzt mit einem Nachkredit nachbessern. Und wie gesagt, es wird noch einmal einer kommen. Das ist bereits angekündigt und das hätte man verhindern können, wenn man 2024 die Vollkosten korrekt in das Budget hineingenommen hätte. Auf jeden Fall sind solche Abweichungen in diesem Ausmass für uns nicht akzeptabel. Wir werden deshalb den Nachkredit ablehnen. Wir wollen diesen Nachkrediten nicht mehr allein deshalb zustimmen, weil das Geld schon ausgegeben worden ist und es nachher einfach so ein bisschen die logische Folge ist, dass der Stadtrat die Nachkredite halt durchwinkt. Nein, es muss auch bei grossen Projekten vorausschauend budgetiert werden. Wenn zum Beispiel Hostingkosten fast 10-mal so tief budgetiert sind, dann ist das einfach schlecht. Es darf nicht sein, dass das Projekt nur darum noch läuft, weil man jedes Jahr mit Nachkrediten kommt und nachbessert. Wir fordern den Gemeinderat auch auf, dass künftig nicht mehr Geld in das System investiert wird, als das nötig ist; das auch im Hinblick auf die Kosten, die ab nächstem Jahr in den Verein Citysoftnet fliessen sollen – und dass man wirklich rechtzeitig versucht, zusammen mit dem Kanton zu schauen, der ja auch ein neues Fallführungssystem einführen will, welche Möglichkeiten es gibt. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass wir mehr als nötig investieren, bis klar ist, ob die Stadt früher oder später auf das kantonale System umsteigen muss. Besten Dank.

Präsident: Merci, Janina. Alexander Feuz hat es schon gemacht, auch die anderen können sich für ihre Fraktionsvoten anmelden. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke der Vorrednerin für ihr Votum. Die SVP hat sich hier nichts vorzuwerfen. Wir haben die Nachkredite immer ganz konsequent bekämpft. Wir haben immer vor der Entwicklung gewarnt. Und ich habe gesagt, schon die Übungsanlage sei völlig verfehlt. Das Sozialhilferecht ist kantonal. Daher geben Synergien mit Zürich und Basel wenig Sinn. Man hätte zusammenarbeiten müssen mit Biel beispielsweise, Thun, Burgdorf, Langenthal. Aber Bern wollte das Leuchtturmprojekt vorantreiben und hat noch die Einführung selbst gemacht. Die Probleme, die alle Leute gehabt haben – das sind Betroffene, Sozialhilfeempfänger, die kein Geld bekommen haben, das sind die Gläubiger, die nicht bezahlt worden sind, es hat teilweise fast Kündigungen gegeben, aber es ist auch das Personal gewesen, das unter dieser Situation gelitten hat – waren eine Katastrophe. Was mich am meisten erschüttert, ist, dass Corina Liebi und ich schon immer moniert haben, es gebe nachher eine kantonale Lösung. Und diese kantonale Lösung wird wahrscheinlich 2028, 2029 oder 2031 in Betrieb gehen. Aber wir werfen jetzt immer noch weiter Geld hinterher, Nachkredite. Wir sagen jetzt wieder konsequent Nein. In der Hoffnung, dass dann eine andere Gemeinde im Kanton Bern die Sozialhilfesoftware übernimmt. Ich bin nicht Infor-

matiker, ihr wisst es. Aber wenn ihr ein Projekt seit 16 Jahren entwickelt und es funktioniert noch immer nicht, gehe ich davon aus, dass es nicht verkäuflich ist ausserhalb des Kantons Bern. Der Kanton Bern hat eine eigene Softwarelösung. Einmal mehr hat man ein Leuchtturmprojekt gemacht, das schiefgelaufen ist, und das sind jetzt die Konsequenzen. Und wir reden hier nicht von einem Betrag von 1'000 oder 2'000 Franken. Ich gehe davon aus, dass man 25 oder 28 Mio. Franken verschleudert hat, die der Bevölkerung rein gar nichts bringen. Das sind Entwicklungskosten, das Personal hat sich in ein System einarbeiten müssen, das nicht funktioniert. Die Leute haben sich geärgert, die Leute haben teilweise die Stellen aufgegeben, was ich begreife. Sie haben zu wenig Unterstützung gehabt. Man hat etwas übernommen, was man besser nicht getan hätte. Ich rede wahrscheinlich häufig für die Rechtsgeschichte und für die Galerie, das weiss ich. Aber ihr könnt das alles nachlesen. Die SVP hat die Nachkredite immer bekämpft. Und ich appelliere auch an euch, Nein zu sagen. Wir werfen gutes Geld schlechtem Geld nach. Ich sage: Fluch der bösen Tat. Man hat etwas gemacht, zu dem man eben nicht in der Lage gewesen ist. Auch vom Logistischen her hat man das nicht gekonnt, vom Personellen hat man es nicht gekonnt. Und da muss man den Mut haben zu sagen: Stopp, es gibt eine kantonale Lösung. Jetzt kann man dem Blödsinn, der falsch entwickelt worden ist, noch viel Geld nachwerfen. Wir sagen ganz klar Nein, und ich appelliere an euch – ihr habt gesehen, die GLP ist auch für Nein –, dass wir ein klares Nein abgeben. Merci.

Präsident: Merci, Alex. Als nächstes für die Fraktion GB/JA, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Wir alle kennen das Projekt Citysoftnet mittlerweile sehr gut und wir alle kennen die Probleme, die es in der Anfangsphase gegeben hat. Wir sind uns bewusst, dass es für die Mitarbeitenden im EKS und im Sozialamt eine sehr schwierige und kräftezehrende Zeit war und vielleicht teilweise immer noch ist. Und es ist deshalb aktuell unbedingt nötig, dass man jetzt so viel Stabilität wie möglich schafft. Und diese Stabilität schaffen wir jetzt zu dem Zeitpunkt nicht, indem wir sagen, dass jetzt einfach nichts mehr investiert und der Status quo bewahrt wird, wie es meine beiden Vorredner*innen offenbar für die beste Möglichkeit halten. Die GB/JA!-Fraktion stimmt dem Nachkredit zu, denn für uns ist klar, dass die Stabilitätsschaffung zu höheren Personalkosten führt und sicher nicht mit Kürzungen der Personalkosten erreicht werden kann. Stabilität bedeutet aber nicht nur mehr Personal, es bedeutet auch, die Sicherheit zu haben, jetzt längerfristig mit einem Projekt oder mit einem System arbeiten zu können, hinter dem die Politik steht und das laufend verbessert wird, sodass der eigene Arbeitsalltag erleichtert wird. Für uns sind eigentlich alle im Vortrag aufgelisteten zusätzlichen Kosten nachvollziehbar. Den Vorwurf von Janina betreffend Nicht-Transparenz kann ich so nicht ganz nachvollziehen. Und ich finde auch die Aufrechterhaltung des Vereins sehr sinnvoll, damit weiterhin die Austauschplattform zwischen den grossen Städten, die mitmachen, besteht. Wie gesagt: Auch wenn es nicht immer einwandfrei oder immer noch nicht ganz einwandfrei funktioniert, ist es für uns unbedingt nötig, dass man an dieser Lösung festhält und sie weiterentwickelt, einerseits für die Stabilität und andererseits, weil ein Umstellen auf ein neues System, wie es der Kanton offenbar wünscht, sofort neue Unsicherheiten auslösen würde. Und für uns stellt sich dann auch die Frage, ob es wirklich sinnvoller ist, wenn die Stadt Bern die gleiche Software braucht wie Belp oder Frutigen, wenn es doch eine gibt, die extra für grosse Deutschschweizer Städte konzipiert wurde. Als Citysoftnet gestartet wurde, war das Projekt alternativlos. Die Stadt Bern hat ein neues System gebraucht

und alles andere als mit anderen grossen Städten zusammenzuarbeiten, hat hier keinen Sinn gemacht. Das Projekt des Kantons Bern für ein neues Fallführungssystem stand noch nicht im Raum. Und auch während der Projektphase hat der Kanton Bern nie Sicherheit gegeben, wie es mit dem Projekt aussieht, auf das die Stadt Bern sich auch hätte verlassen können. Wir hoffen, dass sich die Situation mit Citysoftnetz beruhigt und es bald, wie gewünscht, eingesetzt werden kann, sodass künftig die positiven Aspekte dieses grossen Kooperationsprojekts im Mittelpunkt stehen werden.

Präsident: Danke vielmals, dann als nächste für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Citysoftnet ist leider sogar für mich als Stadtratsneuling schon ein Evergreen – zum Leid der Mitarbeitenden und Klient*innen. Die GPK hat es im Dezember in einer Medienmitteilung korrekt zusammengefasst. Die Folgen dieser Versäumnisse wiegen schwer. Die jüngsten IT-Projekte in der Stadt zeigen deutlich: Ein Weiter-wie-bisher geht nicht. Es braucht eine langfristige Planung oder in dem Fall eine Prüfung, wo es welche Kompetenzen braucht und wie die organisiert werden könnten. Die Fehler bei Beschaffung, Planung und Implementierung dürfen sich nicht wiederholen; vor allem für die Userinnen und User, Klientinnen und Klienten, die viel näher an diesen Projekten sind. Vor allem die Userinnen und User müssen eingebunden sein. Diese Kompetenzen müssen zentral in der Verwaltung aufgebaut werden.Dafür braucht es IT-Fachleute. Als Steine im Weg zeigen sich genau da zum Beispiel die starren Lohnstrukturen der Stadt Bern, die es nicht zulassen, dem IT-Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Im vorliegenden Citysoftnet-Projekt gehen die Fehler noch weiter. Die Mitte hat sich immer dagegen ausgesprochen, dass die Stadt hier statt interkantonal, überkantonal mit den anderen Städten agiert. Der Kanton Bern hat erst im Januar dieses Jahres eine Vernehmlassung gestartet, die zeigt, dass der Alleingang der Stadt noch viel teurer kommen könnte. Das kantonale System soll flächendeckend eingeführt werden. Eine Schnittstelle zu Citysoftnet wäre zwar wahrscheinlich sehr teuer möglich, aber der Kanton hat zu Recht keine Lust darauf, die Schnittstelle langfristig sicherzustellen. Wieder wären es die Stadtbernerinnen und Stadtberner, die das berappen würden. Eine Schnittstelle in einem IT-System ist nicht einfach ein Loch in einer Hecke, durch das man schlüpfen kann. Die Stadt Bern macht nicht nur keine gute Falle, sondern tut noch so, als ob sie in einer Finanzlage wäre, in der sie sich das leisten könnte. Umso mehr müssen wir als Stadt auf unsere Finanzen schauen. Rote Budgets lassen keine unvorhergesehenen, teuren IT-Projekte zu. Rote Budgets lassen keine Fehler zu. Rote Budgets lassen keinen Spielraum für eine schnelle Reaktion in solchen Situationen zu. Rote Budgets schreien in solchen Situationen nur noch weiter nach roten Nachkrediten. In diesem Projekt ist viel falsch gelaufen. Das müssen wir in Zukunft verhindern, aber wir müssen auch verhindern, dass der finanzielle Spielraum in dieser Stadt kleiner und kleiner wird. Wir als Stadtrat müssten diesen Nachkredit eigentlich einfach schlucken. Das Geld ist schon ausgegeben. Aber die Mitte-Fraktion wird diesem Nachkredit nicht mehr zähneknirschend zustimmen und deshalb heute mehrheitlich den roten Knopf drücken. Denn es darf nicht so weitergehen. Das Ziel muss sein, dass Citysoftnet vom Evergreen zum One-Hit-Wonder wird.

Präsident: Merci vielmals. Als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP): *(Der Song "I Got You Babe" von Sonny and Cher wird abgespielt.)* Das ist mir in den Sinn gekommen und "Täglich grüsst das Murmeltier". Zum wiederholten Mal stimmen wir über einen Nachkredit zur Fallführungssoftware Citysoftnet ab.

Vorab zum Formellen: Es liegt ein Antrag über einen Nachkredit von 1,5 Mio. Franken für das Jahr 2024 vor. Wir reden also über sunk Costs, über Geld, das schon ausgegeben worden ist. Formell sind aber Nachkredite gemäss der Gemeindeverordnung Artikel 112 Absatz 2 dem zuständigen Organ zu unterbreiten, bevor die weitere Verpflichtung eingegangen wird. Nach Absatz 3 ist, wenn der Nachkredit erst beantragt wird, wenn die Verpflichtung schon eingegangen worden ist, zu prüfen, ob nicht eine Sorgfaltspflichtverletzung vorliegt und weitere Schritte einzuleiten sind. Wir haben hier also mindestens einen Fehler im Zeitablauf bei der Beantragung des Nachkredits und per Zufall liegt der Termin nach den Wahlen im letzten Herbst. Die Fallführungssoftware Citysoftnet ist und bleibt ein Murks. Die mahnenden Worte des Alt-Stadtrats Matthias Stürmer, der seinerzeit eine Open-Source-Lösung anstatt einer proprietären Lösung gefordert hat, scheinen sich hier leider zu bewahrheiten. Zur materiellen Kritik verweise ich im Detail auf die verschiedenen Untersuchungsberichte von PWC oder des Rechtsanwalts Fischer. Die wesentlichen Kritikpunkte sind die Unterschätzung der Lösungskomplexität. Man hat eben nicht gemerkt, dass es auch ein Transformationsprojekt ist und nicht nur ein Softwareprojekt. Man hat die Abhängigkeiten zu anderen Gemeinden oder anderen Abteilungen unterschätzt. Man hat die organisatorische Komplexität unterschätzt. Die Projektplanung und die Steuerung waren mangelhaft. Dann hatte man auch mangelhafte Rollen. Die Hermes-Projektstandards hat man nicht eingehalten, auch nicht angewendet. Man weiss bis heute nicht, wer eigentlich wirklich für den Schlamassel verantwortlich ist. Und Bern ist auch unnötigerweise als Pionierin vorgeprescht und hat viel Entwicklungsarbeit für die Städte Basel und Zürich übernommen. IT-Projekte sind komplex. Aber die Überschreitung von einzelnen Ausgabenposten um das Zehnfache, wie auch schon genannt worden ist, sind schlicht und weg Planungs- und Führungsfehler. Zusammengefasst: Die Planung und die Steuerung dieses komplexen Projekts hat man nicht im Griff gehabt und auch das Risikomanagement hat man nicht im Griff gehabt. Die Frage ist aber: Was passiert jetzt? Gemäss dem Bericht des Rechtsanwalts Fischer ist auch heute noch nicht sicher, ob man die unklar definierten Ziele mit diesem Projekt erfüllen kann oder ob der Murks nicht einfach weitergeht. Vom Kanton wissen wir, dass er das "Neue Fallführungssystem im Kanton Bern (NFFS)" einführen will und dass die Stadt Bern darum Citysoftnet bis ins Jahr 2030 abschalten soll. Das zumindest sieht eine Teilrevision der neuen Sozialhilfeverordnung vor, die zurzeit in der Vernehmlassung ist. Deshalb sollte aus unserer Sicht der Gemeinderat noch einmal über die Bücher und die Lagebeurteilung machen. Will man Citysoftnet überhaupt noch weiterbetreiben? Wenn ja, wie lange? Wird die Lösung mit NFFS zusammengeführt? Gibt es einen Wechsel auf das kantonale System und wenn ja, per wann? Diese Fragen sind bis heute ungeklärt. Der Gemeinderat beantragt lieber weitere Nachkredite. Wir von der Fraktion FDP haben den Nachkredit kontrovers diskutiert und haben die Entscheidung gefällt, dass wir heute ein Zeichen setzen und den Nachkredit ablehnen wollen. Wir fordern den Gemeinderat auf, Korrekturmassnahmen zu ergreifen, um das Projekt doch noch in den Griff zu bekommen und eine Lagebeurteilung zu machen, wie man aus dieser Nummer möglichst unbeschadet herauskommt. Citysoftnet ist entgegen den Behauptungen der Stadt nicht alternativlos. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci. Für die Fraktion SP-JUSO, Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Wir werden den Nachkredit annehmen, zähneknirschend, ohne Freude, aber mit der Einsicht in die Notwendigkeit. Das Geld ist ausgegeben. Und was hilft es jetzt noch, ein Zeichen zu setzen für ein Projekt, das

eigentlich an verschiedensten Orten schon verschiedenste Desaster ausgelöst hat? Wir gehen davon aus, dass mittelfristig sowieso eine kantonale Lösung im Vordergrund steht und dass es jetzt vor allem noch um eine möglichst lange Übergangsfrist geht, damit die Stadt wenigstens einen Teil der Kosten amortisieren kann, die sie mit diesem doch grossen Fehlschlag produziert hat. Für uns ist es ein wahrscheinlich mittelfristig mit öffentlichen Mitteln finanziertes Pharaonengrab. Ich möchte aber hier noch ein paar Bemerkungen machen zum Projekt, weil es in vielerlei Hinsicht ein Beispiel ist, wie man es eben nicht machen darf. Und damit meine ich uns alle. Auch wir als Stadtrat sind in der Pflicht. Und es kann, und das Beispiel zeigt es eben, nicht sein, dass wir einfach dem Gemeinderat nachlaufen und alles übernehmen. Wir müssen selbst aktiv werden und uns halt auch mit den eigenen Kompetenzen einmischen, gerade bei solchen IT-Geschichten, weil wir eigentlich historisch wissen, dass es fast überall, wo es um IT geht, auch um grosse oder kleine Böcke geht. Davor ist niemand gefeit. Aber das zwingt uns, sehr genau hinzuschauen. Ich möchte auch ein paar Bemerkungen machen. Die Digitalisierung ist ein Thema, das uns seit Jahren und Jahrzehnten beschäftigt und für den Service public ist das besonders wichtig. Wir haben den Anspruch, dass Menschen gute und solide Dienstleistungen bekommen. Und um diesen Anspruch umzusetzen, braucht es auch gute Lösungen. Das geht manchmal, und dieses Beispiel zeigt es, auch nach hinten los. Und deswegen müssen wir uns auch eingestehen, dass es die Mittel braucht, um solche Projekte sauber aufzusetzen, damit auch die Leute, die das entwickeln müssen, damit arbeiten können. Und ich erinnere daran, dass für die grossen IT-Projekte der Stadt in den letzten Jahren sehr minimale Budgets für die Projektführung gesprochen worden sind, und die Leute das quasi nebenbei auch noch machen mussten. Daher kann man wirklich nicht überrascht sein, dass es dann halt auch in die Hose geht. Zu der Planung und den Finanzen kann man sagen: Bei den Bauprojekten sind wir uns gewohnt, viele Mittel in die Finger zu nehmen, damit die Projekte auch funktionieren. Ich frage mich nur: Wieso funktioniert das bei den IT-Projekten nicht annähernd so gut? Es muss ja nicht gleich gut funktionieren, weil es halt trotzdem etwas anderes ist. Aber es könnte viel besser funktionieren. Und wir müssen halt auch akzeptieren, dass es kostet und dass man Geld in die Finger nehmen muss. Wenn man am Anfang Geld in die Finger nimmt, bedeutet das letzten Endes auch, dass unter Umständen die Projekte so gut sind, dass man nichts mehr davon hört. Und das ist eigentlich das Beste, was einem IT-Projekt passieren kann: Dass man nie mehr etwas davon hört. Personal und Kundschaft: Nochmal, wir haben mit Citysoftnet, aber auch schon mit Base4Kids, vor allem das Personal überfahren, und zwar recht grob. Und zum Teil haben wir sie dann auch verantwortlich gemacht für das, was passiert ist. Und das, finde ich, geht ganz klar nicht. Und die ausserordentlichen Belastungen, die die Leute auf sich genommen haben, die ausserordentlich hohen Krankenstände, die damit verbunden sind, sollten uns zu denken geben. Es gehört einfach zu einem guten Arbeitsumfeld, dass man eine IT hat, die funktioniert, und dass man möglichst keine Übungen macht, die die Leute einfach an den Rand der Verzweiflung treiben. Und schliesslich die Verantwortung: Wenn ein grosses Projekt wie Citysoftnet mit Verzögerungen, grossen Zusatzkosten und Belastungen für das Personal verbunden ist, stellt sich natürlich die Frage der Verantwortung. Und in der Politik, mindestens hierzulande, sind persönliche Konsequenzen ungewöhnlich. Die Stimmbevölkerung soll darüber entscheiden. Das lässt einen schalen Nachgeschmack zurück und damit müssen wir leben. Der Gemeinderat und der Stadtrat via SBK haben die Prozesse inzwischen überprüft und die Lehren daraus gezogen. Uns als Stadtrat entbindet das bei zukünftigen IT-Projekten nicht vor der Verantwortung, kritisch hinzuschauen. Wichtig ist aus unserer Sicht aber vor allem, dass der Gemeinderat in der heutigen Zusammensetzung sehr sorgfältig mit allen IT-

Projekten umgeht und auch sonst durch den durchdachten Einsatz die vorhandenen Mittel für den Service public einsetzt. Denn das steht am Ende des Weges: ein Service public, der von der Bevölkerung geschätzt und getragen wird. Merci vielmals.

Präsident: Danke dir. Gibt es zu diesem Geschäft Einzelvoten? – Dann hat als erstes das Wort, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: IT-Projekte, wichtige Projekte – wie bereits erwähnt worden ist, sind wir diesbezüglich immer wieder im Hamsterrad, am gleichen Ort, immer mit Nachkredit, ein Fass ohne Boden, etwas, das nicht verbessert wird. Man zieht keine Lehren und die Leidtragenden sind die Leute, die mit diesen verschiedenen Programmen arbeiten müssen und nicht arbeiten können. Man hat Untersuchungen gemacht. Man hat dieses gemacht, man hat jenes gemacht und es ist einfach nichts passiert, nicht viel passiert. Und deshalb muss ich ganz klar sagen: Die Prozesse haben nicht gestimmt. Und hier muss ich sagen: Wenn man jetzt den Nachkredit wieder annimmt, dann ist man ein bisschen unglaubwürdig als Parlament. Da fühle ich mich ein bisschen hintergangen und da passiert nachher ohnehin wieder nichts. Und der Gemeinderat wird sich sicher wieder bemühen, aber dass man jetzt einen Denkzettel verpassen könnte als Parlament, damit man in Zukunft die Prozesse einhält. Es kann ja nicht sein, dass man einen Nachkredit bewilligt, wenn das Geld schon ausgegeben worden ist. Besten Dank.

Präsident: Merci dir, als nächstes Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP), Einzelvotum: Citysoftnet ist ein schwarzes Loch, in dem immer mehr Geld verschwindet, aber auf einen grünen Zweig kommen wir damit nicht. Die Stadt Bern hat sich mit diesem Projekt selbst ein Millionengrab geschaufelt und wir reden hier von unseren Steuergeldern. Der Kanton hat bis zum 8. April die Sozialhilfeverordnung in die Vernehmlassung geschickt. Und dort steht – was soll ich anderes sagen? – ganz klar, dass die Stadt Bern bis im Jahr 2029 auf das kantonale System umsteigen muss. Wir geben Geld für etwas aus, von dem schon ganz klar ist, dass die Lebensdauer nur relativ kurz ist, respektive nicht so lange, wie wir gedacht hätten. Anstatt jetzt eine klare Strategie auf die Beine zu stellen, wie wir rechtzeitig aus diesen Verträgen herauskommen, in denen wir noch drin hängen mit den anderen Partnerstädten, zögert man es weiter hinaus, und der Gemeinderat hat keine klare Haltung zu dieser Problematik. Sie haben sogar auf meine Kleine Anfrage geantwortet, dass man da noch nichts dazu sagen kann. Und man klammert sich immer noch an die Hoffnung, dass es dann doch eine Sonderlösung für die Stadt Bern gibt. Aber der Kanton hat eine sehr klare Haltung in dieser Sache. Und ich sage es heute zum letzten Mal und das eigentlich schon seit 2 Jahren vergebens: So geht es einfach nicht weiter. Aus diesem Grund sind wir auch nicht bereit, den Nachkredit weiterhin zu tragen und ich werde ihn persönlich ablehnen. Und jetzt möchte ich noch ganz klar sagen, dass es am Gemeinderat ist, die Verantwortung für das Projekt zu übernehmen, das nicht weiter hinauszuzögern. Und ich beantrage der GPK, eine Untersuchung einzuleiten, was die Problematik in Bezug auf die Einführung des neuen Fallführungssystems ist.

Präsident: Merci, Corina. Gibt es hier noch weitere Einzelvoten? – Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Das neue Fallführungssystem für die Sozialhilfe, den Erwachsenen- und den Kindesschutz der Stadt, Citysoftnet, beschäftigt uns auch im neuen Jahr. Es hat uns schon mehrmals beschäftigt und es wird heute nicht das letzte Mal sein. Citysoftnet hat im Jahr 2024 zu Mehrkosten geführt, die diesen Nachkredit des Globalkredits des Sozialamts erforderlich machen. Und diese Mehrkosten sind einerseits auf höhere Betriebskosten zurückzuführen. Und dass es zu höheren Betriebskosten kommen wird, ist bereits seit längerem bekannt. Das haben wir euch auch in den verschiedensten Gremien schon länger transparent gemacht. Es gibt übrigens auch Listen, die du auch hast, Janina, in denen diese Transparenz hergestellt ist. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat bereits im März 2023 im Rahmen des Nachkredits zum Investitionskredit Citysoftnet – das ist das letzte Mal, als wir hier einen Nachkredit gehabt haben – darüber informiert. Die ursprüngliche Schätzung der Betriebskosten stammt aus dem Jahr 2018 und ist noch vor dem Start der Entwicklungsarbeiten von Citysoftnet erstellt worden. Und diese Schätzungen sind dementsprechend mit grosser Unsicherheit behaftet gewesen. Es hat eine Teuerung gegeben und 7 Jahre sind im IT-Bereich eine sehr lange Zeit. Die Technologien, die bei solchen komplexen Fallführungssystemen zum Einsatz kommen, entwickeln sich in 7 Jahren massiv. Und das war zum Zeitpunkt der ursprünglichen Kostenberechnungen noch gar nicht verfügbar und wurde entsprechend auch unterschätzt in der Budgetierung. Der Technologiewandel der letzten 7 Jahre hat auch in der Entwicklung der Entwickler*innenfirma zu einer komplexeren und damit zu einer teureren Lösung geführt. Das wissen wir alle. Die anfallenden Mehrkosten, über die wir jetzt reden, sind vor allem auf höhere Kosten für das Hosting zurückzuführen, aber auch generell für höhere Informatikkosten, beispielsweise für Wartung, Support oder für Lizenzierungen, die gestiegen sind. Und gleichzeitig sind im Sozialamt im Jahr 2024 zusätzliche Personalkosten angefallen, die wir nicht immer innerhalb des Globalkredits kompensieren konnten. Und diese Mehrkosten sind erstens auf die Bewältigung der Mehrbelastung im Tagesgeschäft zurückzuführen, die durch die Einführung von Citysoftnet entstanden ist – das haben wir auch schon oft diskutiert –, und zweitens durch krankheitsbedingte Personalausfälle im Sozialdienst – das ist vorhin auch schon erwähnt worden –, die über die letzten Jahre stetig zugenommen haben. Und aufgrund dieser Ausfälle konnte eine im Budget 2024 enthaltene Kürzung beim Personal nicht umgesetzt werden. Das hätte wahrscheinlich dazu geführt, dass weder dem Personal noch den Klient*innen gedient gewesen wäre. Und drittens sind Mehrkosten durch zusätzliche Führungsunterstützung entstanden; auch zur Entlastung der Amtsleitung wegen der Taskforce, die gegründet wurde, – also, man hat nicht einfach nichts gemacht und nur zugehört, sondern es hat eine Taskforce gegeben die sehr intensiv gearbeitet hat. Diese wurde von der Leitung des Sozialamts geleitet. Dabei ging es um das EKS und das Sozialamt und dort wurde eben mit Hochdruck daran gearbeitet, um möglichst das ganze System inklusive der Abläufe zu stabilisieren. Wichtig ist mir zu betonen, dass wir mit dem Fallführungssystem Citysoftnet auf Kurs sind. Ein sehr grosser Teil der Einführungsprobleme sind zum grössten Teil behoben, zum Glück. Es ist auch so, dass man mit dem Verein Citysoftnet auf dem Stand ist mit dem System, so dass Zürich es Anfang des Jahres einführen konnte. Dort hat man feststellen können, dass das System technisch mit einzelnen Ausnahmen recht gut funktioniert. Was auch in Zürich ein Problem darstellt, ist, dass, obwohl sie mehr Mitarbeitende als ursprünglich geplant eingestellt haben für Schulungen und die ganze Einführungsphase, es dort auch angefangen hat zu rumoren bei den Mitarbeitenden, was natürlich unschön ist. Aber wir alle wissen es, wir alle kennen die Umstellungen von verschiedenen IT-Systemen. Das ist einfach etwas, das passiert, das ist unschön und das ist eine Belastung für die Mitarbeitenden. Und daher muss man halt schauen,

dass man genug Ressourcen hat, um das möglichst gut auffangen zu können. Es gibt aber noch Baustellen im System und auch in den Abläufen, also technischer Art, aber auch in Bezug auf die Abläufe, zum Beispiel im Alimentenwesen oder bei der Effizienz des Zahlungsverkehrs. Auch da sind die nötigen Massnahmen eingeleitet und werden mit Hochdruck von den verantwortlichen Personen bearbeitet. Das heisst, wir sind Schritt für Schritt dran, im Sozialamt wie auch im EKS – aber heute geht es um das Sozialamt – zu weiteren Verbesserungen zu kommen. Und gleichzeitig haben auch die Mitarbeiter*innen viel an Kompetenz und Erfahrung in der Anwendung erlangt, auch wenn man sagen muss: Der Druck ist nach wie vor hoch und sie kommen natürlich auch ermüdet aus dieser ganzen herausfordernden Einführungsphase heraus. Da zeigt sich aber, dass sich der Mehraufwand mit dem ausgebauten Schulungsangebot und Wissensaustausch, auszahlt, und dass die Investitionen, die man im Nachhinein gemacht hat, sich lohnen oder eben auch die, die man sich mit dem Nachkredit geholt hat. Zusammenfassend können wir festhalten, dass das Paket an ergriffenen Massnahmen und den unternommenen Anstrengungen schrittweise zu einer Normalisierung des Betriebs führt. Wir sind noch nicht am Ziel. Ich will nichts schönreden. Aber wir sind mit Hochdruck dran und dafür brauchen wir eben die Ressourcen, dafür hat es letztes Jahr die Ressourcen gebracht, deshalb haben wir auch jetzt den Nachkredit gebracht und es wird sicher noch entsprechende Ressourcen brauchen, bis wir am Ziel sind. Und vielleicht noch an diejenigen, die gerne dem verantwortlichen Gremium, dem Gemeinderat, einen Denkzettel verpassen möchten, indem sie den Nachkredit ablehnen: Ich glaube nicht, dass sie dem Gemeinderat einen Denkzettel verpassen würde. Eher würde es die Mitarbeitenden und die Klient*innen wieder in eine schwierige Situation bringen, wenn wir in dieser Logik nicht weiterfahren, weil wir das Geld halt jetzt noch brauchen müssen für die Stabilisierung des ganzen Systems. Vielleicht noch ein paar Worte zur Situation mit dem Kanton: Es sind auch heute Abend recht unterschiedliche Informationen darüber im Raum gewesen, worum es genau geht, was jetzt das Vorhaben des Kantons ist und wo wir seitens des Gemeinderates stehen. Es ist erwähnt worden: Es läuft im Moment eine Vernehmlassung zu einer Verordnung des Sozialhilfegesetzes. Der Grosse Rat hat letztes Jahr das Sozialhilfegesetz teilrevidiert. Es ist darum gegangen, dass der Kanton ein neues Fallführungssystem einführen soll, das dann alle Gemeinden nutzen sollen. Zuerst hat es noch eine Kann-Formulierung drin gehabt. Der Regierungsrat hat jetzt Anfang des Jahres den Entwurf in die Vernehmlassung geschickt, in der die Kann-Formulierung umformuliert ist. Es wird auch ein Termin kommuniziert, bis wann alle Gemeinden das neue Fallführungssystem des Kantons übernehmen. Er hat diesen Termin in dieser Vernehmlassung kommuniziert, die in einer Entwurfsversion vorliegt. Vielleicht noch zur Klarstellung: Das neue Fallführungssystem des Kantons gibt es nicht. Das wird jetzt entwickelt. Wir waren immer im engen Austausch mit dem Kanton. Sie haben auch viel von unseren Learnings mitnehmen können für die Entwicklung des neuen Fallführungssystems, das dann kantonal eingeführt wird. Voraussichtlich wird es erste Pilotgemeinden geben, die in diesem Jahr noch starten sollen. Es ist Teil des Entwicklungsprozesses, dass man mit Pilotgemeinden arbeiten wird. Und wir sind seitens des Gemeinderates selbstverständlich im Gespräch mit dem Kanton. Wir werden auch an der Vernehmlassung teilnehmen. Wir waren natürlich schon vorher tätig, auch aufgrund dieser Interpretation mit dem Abschalttermin. Und wir sind sehr zuversichtlich, dass wir zusammen mit dem Kanton eine gute Lösung finden werden, die unserer Investition in Citysoftnet, aber auch dem Bedarf des Kantons nach einem einheitlichen Fallführungssystem im ganzen Kanton gerecht werden wird. Merci vielmals.

Präsident: Merci, Ursina. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates. Wer den Nachkredit genehmigen will, stimmt grün, wer ihn ablehnen will, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 007

2017.BSS.000114: Nachkredit	
Annahme	
Ja	43
Nein	25
Enthalten	1

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 4.

2024.SR.0075

7 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GB/JA (Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Maurice Lindgren, GLP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Franziska Geiser, GB) und Francesca Chukwunyere(GFL), Matthias Humbel (GFL): Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen

Präsident: Das ist eine Richtlinienmotion zur Bekämpfung des Antisemitismus, insbesondere an Berner Schulen. Diese Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Entsprechend erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Einreichenden: Ein Schulkind mit jüdischen Wurzeln aus der 6. oder 7. Klasse findet eines Tages eine Art Judenstern an seinem Platz vor. Eltern mit jüdisch-israelischem Bezug richten Gruppenchats ein und informieren sich gegenseitig, wenn eine Pro-Palästina-Demo stattfindet, damit sie und ihre Kinder sich zu dem Zeitpunkt nicht in der Nähe aufhalten. Ein Vater von 4 Kindern mit jüdischer Herkunft hat in einem Zeitungsartikel im November 2024 gesagt: Ich empfehle allen jüdischen Eltern, sagt euren Kindern, sie sollen ihre Herkunft verheimlichen, sonst sind diese Kinder nur noch Dreck." Diese Fälle sind nicht irgendwo passiert, diese Fälle sind mitten in Bern passiert und sie passieren immer wieder. Der aktuelle Schweizer Antisemitismusbericht, der diese Woche herausgekommen ist, hat gezeigt, dass es, ausgelöst vom 7. Oktober 2023, viermal mehr antisemitische Vorfälle gegeben hat als noch 2022. Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Er kommt von links, von rechts und es gibt auch islamistisch motivierten Antisemitismus. Jüdisches Leben gehört in eine vielfältige Schweiz. Jüdisches Leben gehört seit Jahrhunderten zu Bern. Es darf nicht sein, dass jüdische Menschen sich ausgegrenzt fühlen oder in ihrer Sicherheit bedroht sind. Deshalb fordert die vorliegende Motion entschlossen das Vorgehen gegen Antisemitismus. Leider haben wir das Gefühl, dass der Gemeinderat den Ernst der Lage nicht erkennt, und ich sage gleich, warum. In der Antwort des Gemeinderates kommt erstens zum Ausdruck, dass er Antisemitismus einfach als eine Form von Rassismus sieht. Es wird verkannt, dass es sehr wohl grosse Unterschiede zwischen Rassismus und Antisemitismus gibt, und diese nicht einfach gleichbehandelt

werden können. Antisemitismus ist immer eliminatorisch, und Rassismus ist nicht immer eliminatorisch motiviert. Der Gemeinderat schreibt, dass der Schwerpunktplan Migration und Rassismus das städtische Strategiepapier für die Rassismusbekämpfung bildet. Aber das führt eben dazu, dass Antisemitismus verwässert und so unter "ferner liefen" behandelt wird. Der Gemeinderat schreibt, dass Antisemitismus als Teil einer umfassenden Rassismusarbeit verstanden wird und so gezielt angegangen werden kann. Aber das ist ja genau der Widerspruch, denn das Aberkennen von grundsätzlichen Unterschieden zwischen Rassismus und Antisemitismus verhindert, dass man das Thema Antisemitismus gezielt und strategisch angehen kann. Zweitens bemängeln wir, dass die Antisemitismusbekämpfung ganz grundsätzlich im Bereich Migration und Integration angesiedelt wird. Ja, viele Jüd*innen haben irgendwo in einer Generation einen Migrationshintergrund, aber erstens lang nicht alle, und zweitens leben sie seit Generationen in der Schweiz. Fakt ist, dass die städtischen Gelder nur aufgrund des Migrationsbezugs bemessen werden und somit bereits eine Diskriminierung zu Ungunsten des Themas Antisemitismus hervorbringt; ausser natürlich, wenn jetzt die Gelder dazu verwendet würden, um den islamistisch motivierten Antisemitismus zu bekämpfen. Dann sieht die Situation wieder anders aus. Und drittens: Die vorliegende Motion behandelt Antisemitismus. Ja, es gibt auch andere Formen von Diskriminierung und die muss man ganz entschieden bekämpfen, darin sind wir uns alle einig. Aber heute, mit dieser Motion, geht es einfach nur um Antisemitismus. Aber es kann ja fast nie nur um Antisemitismus gehen. Wie die Antwort des Gemeinderates auch zeigt, muss immer auch noch gerade jede Form von Rassismus genannt werden und jede Form, wie man sonst noch diskriminieren könnte. Aber das ist heute alles nicht das Thema. Heute geht es einfach um Antisemitismus. Und die Relativierungen, die so oft passieren, sind extrem schädlich. Und jetzt möchte ich noch ganz kurz zu den einzelnen 3 Punkten eingehen, die wir gefordert haben, eine Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus. Also, wieso wir denken, dass der Schwerpunktplan Migration und Rassismus nicht reicht, um das Thema Antisemitismus strategisch anzugehen, habe ich bereits ausgeführt. Hingegen begrüssen wir, dass die Stadt Bern die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG intensiviert und auch einen Leistungsvertrag mit Gggfon hat. Wir begrüssen, dass 2 städtische Fachstellen Teil der nationalen Plattform Antisemitismus sind. Aber die Frage ist halt einfach, was sind das für Fachstellen und sind die Personen auch qualifiziert und mit den Spezifikationen des Antisemitismus vertraut? Und noch ein paar Worte zum Schulkontext: Der Hinweis auf die Schulsozialarbeiter*innen macht nur beschränkt Sinn. Schliesslich ist es eine Tatsache, dass sie bereits heute überlastet sind. Eine Betroffene hat dazu folgendes gesagt: "Lehrpersonen und Schulsozialarbeitende erkennen oft die modernen Formen des Antisemitismus nicht. Sie können sie nicht einordnen und nicht darauf eingehen oder adäquat darauf reagieren." Unter anderem darum reicht es eben nicht, das Thema Antisemitismus mit dem Begriff Rassismus zusammenzulassen. Und noch ein Wort zu den Meldezahlen: Auch hierzu wissen wir von Betroffenen, dass eine Vielzahl, vielleicht sogar eine Mehrzahl, der antisemitischen Vorfälle gar nicht gemeldet werden. Gerade bei Schulkindern kommt es sehr häufig vor, dass die Kinder oder auch die Eltern das nicht wünschen, weil sie negative Konsequenzen befürchten. Ich möchte auch noch einmal auf das Beispiel verweisen, das ich am Anfang genannt habe. Punkt 2: Eine gegen Antisemitismus beauftragte Person: Gestern hat ein Workshop zum Thema Antisemitismus und Hatespeech auf Social Media und im Schulkontext stattgefunden. Die Veranstalter mussten ein mehrstufiges Sicherheitskonzept fahren. Der Durchführungsort wurde erst bekannt gegeben, nachdem man sich angemeldet hat. Für welche andere Minderheit braucht es so etwas? Antisemitismus ist in seinen Spezifikationen einzigartig und kann,

wie gesagt, nicht einfach unter dem Bereich Rassismus subsumiert werden. Es braucht eine gegen Antisemitismus zuständige Person oder eine Anlaufstelle innerhalb der Fachstelle Rassismusbekämpfung. Und noch eine Nebenbemerkung: Es mutet schon ein bisschen seltsam an, wenn das Ressourcenthema bei dieser Frage so vehement in den Vordergrund gerückt wird. Denn das BSS ist nicht unbedingt als Sparfuchs bekannt. Übrigens hat sich in der Stadt Zürich aufgrund des Mordversuchs an einem orthodoxen Juden dort eine Mehrheit der Parteien auf eine gegen Antisemitismus beauftragte Person ausgesprochen. Ich hoffe, dass es in Bern nicht auch so eine schreckliche Tat braucht, bevor wir den Ernst der Lage erkennen und auch entsprechend handeln. Und jetzt noch kurz 2 Worte zu der niederschwelligen digitalen Anlaufstelle für die Betroffenen, die wir auch gefordert haben: Das mit den Schulsozialarbeitenden habe ich schon gesagt, die überlastet sind. Aber wir begrüssen grundsätzlich, dass der Gemeinderat Massnahmen ergreifen will, um bestehende Meldeangebote noch sichtbarer zu machen. Ich komme zum Schluss. Der 1973 verstorbene Berner Anwalt Georg Brunschwig hat die Juden mal als Seismograf des Schweizerischen Demokratieverständnisses bezeichnet. Das bedeutet: Steigender Antisemitismus ist auch als Zeichen von steigendem Druck auf unser Demokratieverständnis zu sehen. Wir sind gut beraten, das Thema Antisemitismus nicht einfach als eine Form von Rassismus abzutun. Wir sind gut beraten, Antisemitismus nicht zu verwässern und zu relativieren, sondern das Thema richtig ernst zu nehmen. Erstens, damit Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft frei und sicher sein können.
Der Präsident bittet die Votantin, zum Schluss zu kommen.
Und zweitens, damit die Demokratie für alle sicher und stabil bleibt. Noch ein letzter Satz, Entschuldigung für das Überziehen: Wir empfehlen euch die Annahme der Motion, und wir werden nicht punktweise abstimmen. Merci vielmals.

Präsident: Merci und sorry. Die Redezeiten sind halt wirklich immer für alle die gleichen. Ihr könnt euch jetzt anmelden für Fraktionsvoten. Dann hat als erstes das Wort für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben den Vorstoss nicht unterschrieben. Wir haben durchaus Verständnis dafür, dass der Vorstoss eingereicht wurde. Ich möchte aber auch betonen: Ein Problem sehe ich bei der Stadt selbst. Ihr müsst euch an den 7. Oktober 2023 erinnern. Wir haben einen Vorstoss eingereicht, das war etwa 2-3 Wochen später, dass man doch ein Zeichen setzt. Beim Ukraine-Konflikt war während Monaten die Ukraine-Flagge als Zeichen der Solidarität gehisst. Nach diesen schrecklichen Ereignissen am 7. Oktober ist nichts passiert, obwohl man dort Hunderte von Leuten als Geiseln genommen, wehrlose Leute erschossen hat. Es war für mich ziemlich erschreckend, dass der Gemeinderat nicht von sich aus ein kleines Zeichen gesetzt hat. Man kann eine Fahne auf halbmast setzen, Man muss nicht immer die Fahne des Landes haben, aber ein Zeichen sollte man setzen. Es hat dann einen gemeinsamen Vorstoss gebraucht. Ihr seht, die SVP sieht das sehr differenziert. Die SVP ist der Meinung, dass man die jüdischen Einrichtungen durch die Polizei schützen muss. Die Bedrohung hat zugenommen, das ist unbestritten. Aber, und jetzt komme ich zum zweiten Punkt, ich habe einfach Angst, dass man mit dem Vorstoss den Bock zum Gärtner macht. Wieso? Schaut mal, wer an den Schulen Anti-Rassismus-Kampagnen geleitet hat. Wer war dort drin? Das war Baba-News. Wir wissen alle, was Baba-News nachher gemacht hat. Das sind wirklich kontraproduktive Leute, die teilweise – ich muss aufpassen, dass ich mich nicht noch strafrechtlich verantwortlich mache – den Hamas-Terror nicht mit der gleichen Entschlossenheit bekämpft und kritisiert haben, wie das

vielleicht die SVP gemacht hat. Auch in der Kulturkommission hat sich ein Mitglied nicht einmal oder zweimal, sondern während längerer Zeit Entgleisungen schlimmster Art geleistet. Wir haben uns damals überlegt: Machen wir einen Vorstoss und thematisieren das? Und dann hatte ich das Gefühl, jetzt hätten wir ja bereits den Vorstoss, der eingereicht ist. Ich sage das in diesem Zusammenhang. Ich sehe das Problem teilweise innerhalb der Stadtverwaltung selbst. Und dann frage ich mich, ob es viel bringt, wenn man zusätzlich – und das ist auch das, was ich bedauere, dass ihr hier, überlegt euch das noch einmal als Motionäre, ob ihr nicht punktweise abstimmen wollt. Denn ich bin der Meinung betreffend Antisemitismus-Zeug haben wir auch kantonale Stellen. Ich appelliere an euch, bitte punktweise abzustimmen. Ihr habt auch gesehen: Der Gemeinderat differenziert hier durchaus – Punkt 1 und 3 als Richtlinien, aber Punkt 2 ablehnen. Ich bin der Meinung, es hilft der Sache mehr, wenn wir hier ein Konzept haben, das sicher ist, das in die richtige Richtung geht, als dass wir hier nachher etwas riskieren. Ihr habt es ja jetzt gesehen: Ich entnehme der Presse und wir werden das nachher an den Voten sehen, dass ein Teil der Einreichenden jetzt den Vorstoss nicht mehr unterstützen will. Und ich finde, es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn man nachher versucht, etwas zu machen, von dem ich eben der Meinung bin, auch kantonal – ihr habt hier die ganze Problematik, ich rede jetzt hier als Jurist, mit den Schulen – eine Anlaufstelle für Rassismus zu schaffen und zu machen, könnte rechtliche Probleme geben. Mit der Richtlinie kann ein grosser Teil der Fraktion leben. Aber eine zusätzliche Fachstelle, bin ich der Meinung, ist der falsche Ansatzpunkt. Wir haben hier Sachen. Ihr müsstet eher Sachen in Richtung Sicherheit machen. Und dann soll sich die Stadt endlich selbst an der Nase nehmen, damit sie nicht den Auftrag an Baba-News vergibt. Ich habe auch einmal interveniert und gesagt, das könne ja nicht sein, dass Baba-News städtische Aufträge bekomme. Man hat das lange gemacht und hat das toleriert. Gegen die Kulturkommission habe ich auch immer opponiert. Aber dass ein Mitglied sich dermassen zu Entgleisungen hinreissen lässt und die Stadt eigentlich nicht viel dagegen gemacht hat, das ist viel schlimmer. Ich möchte einfach nicht, dass man nachher den Bock zum Gärtner macht. Und dann ist auch ein ganz wichtiger Punkt: Ich habe das immer gesagt. Die Zunahme dieser Vorfälle, das ist natürlich teilweise eben auch durch Leute – Frau Merkel hat die Leute hergeholt – aus dem arabischen Raum: Syrer, Afghanen, die eben teilweise dann aus völlig anderen Kulturkreisen kommen. Ihr seht das teilweise in gewissen Gebieten in Berlin, wo es wirklich gefährlich ist. Eben: Die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los. Und deshalb appelliere ich noch einmal im Sinn der Betroffenen: Stimmt doch punktweise über die Motion ab. Dann könnten wir dort auch zustimmen. Danke.

Präsident: Danke. Für die Fraktion SP-JUSO und Valentina Achermann.

Valentina Achermann (SP) für die Fraktion: Ganz am Anfang möchte ich gerne den Einreichenden danken, dass ihr es geschafft habt, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg so ein starkes Zeichen zu setzen gegen Antisemitismus an Schulen. Das ist dringend notwendig. Debora Alder-Gasser hat für die Einreichenden sehr eindrücklich geschildert, womit wir es im Moment zu tun haben. Und wir unterstützen das selbstverständlich als SP-JUSO-Fraktion. Wir stehen entschlossen ein für die Bekämpfung des Antisemitismus' an Schulen, denn wir haben es vorher schon gehört: Die zunehmenden antisemitischen Vorfälle sind absolut besorgniserregend. Es ist unerlässlich, dass wir uns einsetzen für den Schutz der Juden und Jüdinnen in dieser Stadt und insbesondere auch für die jüdischen Kinder und Jugendlichen an den Schulen und, sollte es dann zu

Vorfällen kommen, wir sie auch angemessen unterstützen. Antisemitismus ist weit verbreitet. Er kommt in allen Gesellschaftsschichten vor. Mein Vorredner hat vorher versucht, ein paar Länder aufzuzählen, wo das ganz besonders vorkomme. Das ist überhaupt nicht der Fall, das erstreckt sich über jedes politische Spektrum, obwohl Fakt ist, dass es eher im rechten Spektrum vorkommt. Das ist erst gerade herausgefunden worden, aber es ist mitten in der Gesellschaft. Auch das haben wir vorher schon gehört. Und wenn es bestimmte Auslöser gibt, dann kommt es eben wieder mehr an die Oberfläche. Ein Beispiel ist die Pandemie, in der plötzlich wieder antisemitische Verschwörungstheorien salonfähig geworden sind, oder eben der aktuelle, jüngste Nahostkonflikt, bezüglich dessen auch der Antisemitismusbericht zeigt, dass die Hälfte der Vorfälle, die inzwischen wirklich sogar tätlich und physisch sind, im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt sind. Und auch Bern hat das Problem. Das streitet niemand ab. Das ist auf jeden Fall so. Und es liegt jetzt an uns, auf kommunaler Ebene Verantwortung zu übernehmen und Massnahmen zu ergreifen. Wie der Gemeinderat haben auch wir ein weitgefasstes Rassismusverständnis. Und ich weiss, das sorgt jetzt schon für Unmut, denn die Einreichende hat vorher auch gesagt, es sei nicht einfach eine Form von Rassismus. Und ich muss schon sagen: Diese Ausdrucksweise hat mich ein bisschen irritiert. Denn es ist nicht so, dass andere Formen von Rassismus für Zugehörige weniger schlimm oder weniger drastisch oder weniger bedrohlich wären. Ich weiss, dass du das nicht so gemeint hast. Aber es irritiert mich, wenn man das einfach so stark betonen muss. Wir haben das Verständnis, auch angelehnt an die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes, und wir sehen Antisemitismus als eine spezifische Form von Rassismus. Und es ist mir ganz wichtig: Wir anerkennen, dass es Besonderheiten gibt im Antisemitismus, zum Beispiel seine verschwörungstheoretischen Elemente, aber auch seine Widersprüchlichkeiten. Dass Personen gleichzeitig als minderwertig und auch als mächtig dargestellt werden können, das ist eine Besonderheit. Und eben auch, dass Antisemitismus die Leugnung, die Verharmlosung und die Rechtfertigung des Holocaust umfasst. Ja, das ist eine Besonderheit und es ist wichtig, das zu wissen, und dass auch die Schulsozialarbeiter*innen oder Personen, die bei diesen Anlaufstellen arbeiten, es wissen und den Unterschied kennen. Und gleichzeitig gibt es ganz viele Überschneidungen mit anderen Rassismusformen. Rassismus kommt auch in allen gesellschaftlichen Schichten vor. Es geht hier nicht um eine individuelle Denkweise, sondern es ist tief verankert in gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen. Und alle Formen von Rassismus sind historisch gewachsen. Gleich sind ebenfalls rassistische Mechanismen wie Ausgrenzung und Entmenschlichung und ich rede von Stereotypisierungen, wie, dass Zugehörige einer Gruppe als anders, als bedrohlich, mächtig oder minderwertig dargestellt werden. Und in jedem Fall ist es unsere Aufgabe, diese Mechanismen zu dekonstruieren. Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt haben neben antisemitischen Vorfällen auch antimuslimische Vorfälle zugenommen. Es zeigt gerade eine aktuelle Studie der Uni Freiburg, dass rund ein Drittel der Musliminnen angegriffen worden sind oder angefeindet worden sind, weil sie als muslimisch gelesen worden sind. Und die Situation hat sich sogar noch verschärft. Und ich mache diesen Hinweis entgegen dem vorherigen Vorwurf nicht, um irgendetwas zu relativieren, sondern ganz im Gegenteil, um aufzuzeigen, dass die verschiedenen Diskriminierungsformen zusammenhängen und wir diese Komplexität und Gleichzeitigkeit aushalten müssen, wenn wir ernsthaft daran interessiert sind, diskriminierende Strukturen zu bekämpfen. Die Stadt Bern leistet schon sehr wichtige Arbeit in der Rassismusbekämpfung. Mit dem Schwerpunktplan Migration und Rassismus verfolgt sie einen umfassenden Ansatz, der verschiedene Diskriminierungsformen zusammen und gemeinsam bekämpft. Und wir begrüssen auch alle Bemühungen der Stadt und des Gemeinderates, insbesondere, dass

sie auf die zunehmenden antimuslimischen und antisemitischen Vorfälle reagiert haben – wir haben es gehört: Auch die Vereinbarungen mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz und andere Massnahmen. Und jetzt ganz wichtig: Das bedeutet nicht, dass das reicht, ganz im Gegenteil. Das Engagement der Stadt Bern in der Rassismusbekämpfung und auch spezifisch in der Bekämpfung des Antisemitismus muss weitergeführt werden und gestärkt werden. Und, das haben wir auch schon gehört, Rassismus soll nicht nur im Kontext von Migration und Integration thematisiert werden. Damit sind wir absolut einverstanden, denn wir haben nämlich in der letzten Budgetdebatte auch einen Antrag angenommen, in dem es eben um die Ausweitung der Fachstelle für Migration und Rassismusfragen ging, genau aus dem Grund. Und an dieser Stelle möchte ich gerne noch erwähnen, dass die allermeisten der Einreichenden den Antrag abgelehnt haben, ausser die Einreichenden des Grünen Bündnisses und der SP. Und jetzt noch zu den Forderungen der Motion. Wir wären der Empfehlung des Gemeinderates gefolgt, dass man die Punkte 1 und 3 als Richtlinien erheblich erklärt, und Punkt 2 ablehnt. Jetzt wird nicht punktweise abgestimmt und wir werden die Motion als Richtlinie annehmen. Ich weiss, ihr habt vielleicht etwas anderes gelesen im "Bund" und in der "Berner Zeitung". Wir haben mehrmals gesagt, das stimme nicht. Wir werden die Motion nicht ablehnen. Aber es ist leider nicht oder unzureichend korrigiert worden. Wie bereits erwähnt, sind wir der Überzeugung, dass Antisemitismus als Teil der ganzheitlichen, intersektionalen Rassismusbekämpfung behandelt werden muss und dass es eine umfassende Strategie braucht. Wir wären nicht der Meinung gewesen, dass es einen spezifischen Antisemitismusbeauftragten braucht, eben aus den genannten Gründen, dass wir das ganzheitlich brauchen. Und wir haben eben trotzdem das Ressourcenthema, dass es schlicht nicht möglich ist, für jede spezifische Rassismusform - und es gibt Unterschiede, nicht nur beim Antisemitismus, auch bei anderen Formen – eine einzelne Anlaufstelle schaffen können. Dann unterstützen wir natürlich auch, dass der Gemeinderat Unterstützungsangebote für Betroffene noch sichtbarer und damit niederschwelliger machen und ein spezifisches Beratungsangebot von Fachpersonen mit Rassismuserfahrung prüfen will. In der Bekämpfung des Antisemitismus müssen wir kollektiv Verantwortung übernehmen. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Und wie gesagt, die unterschiedlichen Diskriminierungsformen hängen zusammen und diese müssen wir auch gemeinsam bekämpfen, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Die interfraktionelle Zusammenarbeit in dieser Motion stimmt mich zuversichtlich, denn das bedeutet für mich, dass wir einen gemeinsamen Nenner haben, dass wir die Themen ernst nehmen und angehen wollen. Und ich freue mich schon sehr, dass wir uns zukünftig über die Parteigrenzen hinweg gegen Diskriminierungen einsetzen werden. Merci vielmals.

Präsident: Dann als nächstes für die Fraktion GB/JA, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Der Gemeinderat zeigt in der Antwort auf die Motion auf, was in Bern im Moment alles passiert. Die Schulsozialarbeit wird gestärkt, das Meldesystem ausgebaut, die Vernetzung intensiviert, der Austausch mit den Schulen gepflegt. Und punktuell führt die Stadt auch Veranstaltungen gegen Antisemitismus durch. Das sind vielleicht nicht die ganz grossen Würfe. Es ist nicht bahnbrechend, aber es ist das, was es braucht. Der Gemeinderat macht auch klar, dass er Antisemitismusprävention als Teil der Rassismusprävention sieht. Das hat sich jetzt fast zur Hauptdiskussion entwickelt: Ist Antisemitismus ein Teil des Rassismus oder etwas ganz anderes? Ich will gerne kurz auf die Frage eingehen, aber ich will dann auch noch sagen, warum diese Frage im Kontext der Motion vielleicht gar nicht so entscheidend

ist. Zuerst zur Frage: Ist Antisemitismus ein Bereich von Rassismus oder ist er etwas ganz anderes? Er ist wohl beides. Klar ist Antisemitismus ein Teilbereich von Rassismus. Das zeigt schon die historische Herleitung. Das gleiche rassistische System, das die Schädel der ermordeten Hereros vermessen hat, um Rassenmerkmale an Schädelform festzumachen, hat auch das Blut von Juden auf Rassenmerkmale untersucht. Und da hat auch Jonathan Kreutner vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund nicht recht damit, was er heute in dem falschen Tamedia-Artikel erzählt – falsch in Bezug auf unser Abstimmungsverhalten. Das hat Valentina auch schon angesprochen. Er sagt, Rassismus werte ab und zu Antisemitismus gehöre Abwertung und Überzeichnung im Sinn einer jüdischen Weltverschwörung. Bei anderen Formen des Rassismus passiert eigentlich genau dasselbe, neben der Abwertung gibt es auch dort eine Überzeichnung, sei es die Angst in den 60er-Jahren, dass die italienischen, damals hat man noch gesagt, Gastarbeiter den Schweizer Männern die Frauen wegstehlen. Oder aktuell die Theorie des grossen Austauschs, die sagt, dass Muslim*innen und nichtweisse Menschen die weisse Mehrheitsbevölkerung im globalen Norden ersetzen wollen. Auch die Aussage, dass nur Antisemitismus im Gegensatz zu Rassismus nichts mit Migration zu tun hat, und deswegen etwas ganz anderes ist, stimmt natürlich nicht. Denken wir nur beispielsweise an Jenische. Weiter die Aussage, Rassismus sei etwas Rechtes und Antisemitismus sei in allen politischen Milieus verankert, ist natürlich falsch. Es wäre ja noch schön, wenn es keinen linken und keinen bürgerlichen Rassismus gäbe. Gleichzeitig ist aber auch klar: Jede Ausformung des Rassismus hat spezifische Aspekte. Antisemitismus ist nicht das Gleiche wie antimuslimischer Rassismus. Das ist nicht das Gleiche wie Fremdenfeindlichkeit. Das ist nicht das Gleiche wie Antiziganismus und so weiter. Und wir verstehen auch, dass Juden im Moment Angst haben, innerhalb eines Rassismus-Diskurses vergessen zu gehen, immer nur implizit mitgemeint zu sein. Klar, es ist besser, wenn die Fachstelle Rassismus und Migration gegen jede Form von Rassismus spezifische Fachstellen hat. Valentina hat ja auch schon die Studie angesprochen, die zeigt, dass eben antimuslimischer Rassismus auch massiv zugenommen hat und ein Drittel der Befragten betroffen sind. Auch dafür bräuchten wir in der Stadt Bern viel mehr spezifisches Engagement. Wenn wir auf die Ressourcen schauen, ist es halt auch ein bisschen pragmatisch, alle Formen des Rassismus grundsätzlich zusammenzudenken und nachher spezifisch situationsabhängig zu differenzieren. Es geht ja beides. Es ist ja nicht entweder oder. Wir sind auch überzeugt, dass die Stadt gerade in der aktuellen Situation differenzieren und Antisemitismusprävention besonders in den Blick nehmen muss. Deswegen haben wir ja im letzten Herbst 142'000 Franken in das Budget eingestellt, damit die Fachstelle spezifisch auf Formen von Rassismus reagieren kann, die eben nichts mit Migration zu tun haben. Es gibt jetzt also die 142'000 Franken, die dafür reserviert sind, zum Beispiel eben spezifisch Antisemitismus zu bekämpfen und präventiv gegen Antisemitismus vorzugehen. Dieser Budgetantrag ist schon im letzten September ziemlich knapp angenommen worden. Ja gestimmt haben SP/JUSO, AL/PdA, GAP und GB/JA. Nein gestimmt haben die SVP, die FDP, die Mitte, die GLP. Die EVP hat sich enthalten. Ich finde es schon sehr erstaunlich, dass ein Teil der Mitmotionär*innen eine Antisemitismusfachstelle fordern, gleichzeitig aber 142'000 Franken verweigern, die genau für die Bekämpfung von Rassismusformen ohne Migrationsbezug wie eben zum Beispiel Antisemitismus reserviert sind. Ich verstehe die Logik dahinter nicht, und ich hoffe, dass meine Nachredner*innen, vor allem auch die Mitmotionär*innen, dazu auch Stellung beziehen. Ich hoffe, dass es nicht damit zusammenhängt, dass damit gesagt wird, Antisemitismusbekämpfung solle auf Kosten der Bekämpfung von anderen Formen von Rassismus gehen. Wenn das die Überlegung dahinter ist, dann fände ich das schon sehr zynisch, vor allem auch, weil es hier um

das Thema Schule geht. Ich hoffe, dass wir einen Konsens darüber haben, dass jedes Kind, jedes Schulkind, das Recht hat, vor Diskriminierung geschützt zu werden und nicht das eine mehr und das andere weniger. Wir haben also gesehen, dass Antisemitismus einerseits ein Teilbereich des Rassismus ist und dass auf der anderen Seite auch klar ist, dass die Stadt das Engagement gegen Antisemitismus verstärken muss. Ich erkläre jetzt noch, warum die Frage für die Motion vielleicht gar nicht so entscheidend ist. Die Motion betrifft den Kontext Schule. In der Schule ist es auch sinnvoll, Rassismus als Ganzes im Blick zu haben und nicht zu stark auszudifferenzieren. Bei Kindern, ich rede jetzt von Zyklus 1 und 2, von 7-, 8-, 9-, 10-jährigen Kindern, geht es bei Rassismus und eben auch bei Antisemitismusprävention grundsätzlich darum, Empathie zu schulen, Diskriminierung zu erkennen, sich zu wehren, sich mit Opfern zu solidarisieren. Vielleicht erst in den späteren Jahren geht es dann auch um einen spezifischeren Umgang mit verschiedenen Formen von Rassismus, mit antimuslimischem Rassismus, mit Antisemitismus und so weiter. Es ist eben nicht ein Widerspruch, sondern es braucht beides. Es braucht ein Verständnis für Rassismus, das umfassend ist, aber es braucht auch ein Verständnis für spezifische Formen von Rassismus. Es braucht ein Verständnis davon, dass Antisemitismus eben auch eine spezifische Grund- und Ausdrucksform hat. Wir nehmen die Richtlinienmotion an. Wir hätten Punkt 2 auch abgelehnt. Aber wenn wir jetzt nicht punktweise abstimmen, nehmen wir sie einfach so an, wie sie hier steht. Merci.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Kürzlich haben wir in Bern das 150 Jahre-Jubiläum von Anna Tumarkin gefeiert, einer Pionierin im Bereich Bildung und Frauenrechte. Anna Tumarkin ist wohl auch die bekannteste jüdische Studentin gewesen, die in Bern studiert hat. Es ist vor 150 Jahren offensichtlich möglich und sogar erstrebenswert gewesen, als Jüdin in Bern zu leben. Heute aber sehen wir uns mit wirklich anderen Herausforderungen konfrontiert. Die Zahlen des Antisemitismusberichts sind erschreckend. Die Vorfälle in Bern und an den Schulen machen mir Angst. Für die Beurteilung dieser Motion und die Unterstützung dieser Motion sind wir nicht so intellektuell vorgegangen wie andere hier im Rat. Vielleicht fehlt mir auch einfach die Hirnwindung, denn die Zahlen sprechen dafür, dass es spezifische Massnahmen und eine spezifische Strategie gegen Antisemitismus braucht. Die Antwort des Gemeinderates ist darum auch unbefriedigend. Sie verkennt die Notwendigkeit, sie verkennt, dass es spezifische Massnahmen braucht, und sie verkennt, dass die aktuellen Vorfälle und die Notwendigkeit auch von den Lehrpersonen in den Schulen eben etwas erfordert. Die Mitte-Fraktion hat die Motion miteingereicht und unterstützt die Motion auf jeden Fall in allen 3 Punkten, und wir freuen uns über eure Unterstützung.

Präsident: Dann für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Danke vielmals für die tiefgründige Diskussion und auch für das Einreichen dieser Motion. Die Fraktion AL/PdA/TIF findet, die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus solle in der Volksschule eine hohe Priorität geniessen. Wir begrüssen es darum auch, dass die Stadt letztes Jahr Vereinbarungen mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz abgeschlossen hat, damit sie mitbekommen kann, wie die beiden Organisationen die aktuelle Situation in Bern betreffend Antisemitismus respektive antimuslimischen Rassismus einschätzen. Im Zusammenhang mit dem eskalierten

Nahostkonflikt empfinden wir es als besonders wichtig, dass an den Schulen thematisiert wird, dass Antisemitismus eine Diskriminierungsform ist, die unabhängig vom Nahostkonflikt existiert und eine lange, unrühmliche Tradition bei uns hat. Es ist ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Es ist ein Problem, das die schweizerische Gesellschaft seit Jahrhunderten betrifft. Es ist nicht, Alexander Feuz, ein Problem aus dem arabischen Raum. Die Fraktion AL/PdA/TIF begrüsst auch, dass letztes Jahr das Budget für die Fachstelle für Migration und Rassismusfragen (FMR), wie wir schon gehört haben, um 142'000 Franken erhöht worden ist, um Mittel für ein kurzfristiges Reagieren zu haben. Merci vielmals auch denen, die den Kredit angenommen haben. Wegen der Frage, ob Antisemitismus als Rassismusform zu subsumieren ist oder nicht, möchte ich mich nicht gross auslassen, denn ich fühle mich nicht als Experte. Wir finden aber, dass die Bekämpfung des Antisemitismus an den Schulen durchaus am richtigen Ort ist in der Fachstelle für Migration und Rassismusfragen. Es ist zugegebenermassen der falsche Name dafür. Aber wo soll es denn sonst unterkommen? Wir hätten Punkt 2 auch abgelehnt. Man muss Mittel einsetzen, um den Antisemitismus zu bekämpfen, zu thematisieren an den Schulen, aber es soll von der FMR aus kommen. und nicht noch eine separate Stelle dafür gegründet werden. Wir sind aber nicht einverstanden mit der Argumentation des Gemeinderates insofern, als dass dafür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stünden. Wenn es mehr Geld braucht für die Antisemitismusbekämpfung, soll der Gemeinderat oder wir im Stadtrat dieses sprechen, falls die zusätzlichen 142'000 Franken, die wir letztes Jahr gesprochen haben, nicht reichen sollten. Und dann hoffen wir doch, dass alle, die eingereicht haben, das unterstützen würden, falls das der Fall wäre. Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Er hat uns einen guten Überblick gegeben, wie die Stadt Bern ist bezüglich Antisemitismus und Antirassismus an den Schulen aktiv geworden. Wir werden selbstverständlich die Motion annehmen, auch wenn jetzt nicht punktweise abgestimmt wird. Merci.

Präsident: Dann für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Wir haben tatsächlich diesen 142'000 Franken nicht zugestimmt, aus dem Grund, dass wir gefunden haben, man müsste es eben zusammen denken. Insofern ist unsere Haltung nach wie vor kohärent. Die Fraktion GFL hat eigentlich, wie der Gemeinderat, den Punkten 1 und 3 zustimmen und Punkt 2 ablehnen wollen. Falls aber nicht punktweise abgestimmt wird, werden wir der Motion insgesamt zustimmen. Ich möchte sagen, ich habe die Motion, über die wir heute reden, selbst miteingereicht. Der vorliegende Stadtratsvortrag erklärt umfangreich und detailliert, was die Stadt bereits alles in Sachen Diskriminierung und Rassismus unternimmt. Und tatsächlich ist das weit mehr, als andere Gemeinden im Kanton diesbezüglich machen. Das ist gut so und richtig. Es macht für mich allerdings durchaus Sinn, im Gegensatz zu dem, was Debora Alder-Gasser gesagt hat, die verschiedenen Ismen zusammenzunehmen. Denn meine Berufserfahrung hat mich gelehrt, dass die Ausgrenzungsmechanismen in allen diesen Bereichen immer dem gleichen Muster folgen und immer letztlich auf die Eliminierung abzielen und auf die Degradierung des Gegenübers und auf die Entmenschlichung derer, die man abwertet. Darin unterscheidet sich meine Wahrnehmung von derer Debora Alder-Gassers. Was für mich wichtig ist, ist, dass der eigentliche Skandal ist, dass der Kanton sich nur an der Finanzierung des Gggfon-Angebots beteiligt. Und das ist schon alles, was er im gesamten Bereich Diskriminierungsschutz macht. Die Integrationsagenda, und darin hat Debora auch wieder recht, wird immer nur über die Migrationsschiene finanziert. Und es gibt verschiedenste Formen von Diskriminierungen, die inborn sind, die wir seit Jahrzehnten, Jahrhunderten

mit uns herumgetragen. Und der Antisemitismus gehört dort an die vorderste Stelle. Ich nenne aber weiter auch den Antiziganismus, all die Vorurteile, die man gegenüber Jenischen und Sinti hat, etc. Da gibt es viele, die wir selbst gemacht haben und für die wir nicht die Ausländer heranziehen müssen, die sie quasi mitgebracht hätten. Ja, die Integrationsagenda des SEM (Staatssekretariat für Migration) nennt leider die Massnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung im gleichen Zug wie andere Integrationsmassnahmen und gewichtet diese inhaltlich ebenso stark. Nur gibt es anders als in anderen Bereichen nicht vor, wie viele Prozent dieser Bundesbeiträge die Kantone dafür zu verwenden haben. Der Kanton Bern gewichtet offensichtlich Massnahmen im Bereich des Diskriminierungsschutzes sehr gering im Verhältnis zu anderen. Das steht in eklatantem Widerspruch zu den Vorgaben des Bundes und zur Tatsache, dass die Integration ein gegenseitiger Vorgang ist. Nicht nur die Zugewanderten oder die jeweils Diskriminierten haben sich der Hauptgesellschaft anzupassen und sich zu integrieren, sondern auch die Gesellschaft hat sich ihnen gegenüber zu öffnen. Teil davon ist ein diskriminierungsfreier Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen für alle. Es braucht also insgesamt mehr Geld, weil überall die Zahlen hochgehen – im Antisemitismus, im Rassismus etc. Und das liegt an einer polarisierten Weltlage, wo alte, weisse Männer gegenseitig aufeinander losgehen. Ich bin einverstanden damit, dass es schwierig ist, dass alle Massnahmen eben über den Migrationskredit laufen müssen. Tatsächlich versteht allerdings die Fachstelle für Rassismusfragen ihren Auftrag mindestens verbal als sehr breit und auf alle Ismen bezogen. Zur Diskussion stehen hier also nicht das Konzept und die verschiedenen Massnahmen, sondern zur Diskussion steht meines Erachtens auch, ob sie wirklich so umgesetzt werden und undiskriminiert vorgenommen werden oder wurden. Und die Vorfälle rund um Baba-News und ihre Workshops, verschiedene Äusserungen von mehr oder weniger prominenten, mindestens mit öffentlichen Aufträgen an der Universität oder in städtischen Kommissionen tätigen Personen haben in der Öffentlichkeit ein schiefes Bild kreiert, was die Wahrnehmung und Beurteilung von rassistischen und vor allem antisemitistischen Äusserungen anbetrifft. Es hat lange eine offizielle politische und öffentliche Reaktion und Distanzierung gefehlt. Und das Amalgam von Judentum und dem Staat Israel und seiner Politik hat in gewissen, auch dem Rassismus nahestehenden Kreisen ohne grösseren Widerspruch gepflegt werden dürfen. Ich glaube nicht, dass es mehr städtische Ressourcen braucht in diesem Bereich. Die Stadt Bern tut tatsächlich schon viel. Wichtig ist, dass man auch wirklich in alle Bereiche investiert und nicht quasi auf einem Auge blind ist. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Motion mit der breiten Diskussion über das Thema, die jetzt lanciert wurde, auch die Fachstelle Rassismusbekämpfung aufgerüttelt hat und ihr bewusst geworden ist, dass eine gewisse Imbalance bestanden hat. Danke für das Zuhören.

Präsident: Danke, Francesca. Gabi, es reicht jetzt trotzdem nicht mehr. Es ist jetzt schon 18.58 Uhr. Ich erlaube mir, die erste Sitzung des heutigen Abends zu beenden. Wir werden aber wirklich Punkt 20.30 Uhr fortfahren mit der Diskussion. Seid also pünktlich zurück. Ich wünsche euch einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

26.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:40 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Nadine Aebischer
Laura Binz
Michael Burkard
Monique Iseli
Cemal Özçelik
Michael Ruefer

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat

Mago Flück, Cornelia Stücker, Weibeldienste

2024.SR.0075

7 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GB/JA (Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Maurice Lindgren, GLP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Franziska Geiser, GB) und Francesca Chukwunyere(GFL), Matthias Humbel (GFL): Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist 20.30 Uhr, wir können pünktlich starten, danke vielmals dafür. Wir sind bei Traktandum 7, bei den letzten Fraktionsvoten. Für die Fraktion GLP-EVP, Gabi Blatter.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich sagen, dass ich sehr schätze, was wir heute Abend für eine Debatte haben. Ich habe selten so eine umfassende und tiefgründige Debatte über das Thema gehabt. Es freut mich sehr, dass sich der Stadtrat so interfraktionell über das Thema Antisemitismus austauschen kann, und dass wir so kritische Stimmen gegen Antisemitismus von allen hören, das freut mich sehr. Ich hoffe, wir können auch so eine Debatte führen über andere Rassismus-Formen und zwar genauso differenziert. Die GLP-JGLP-EVP-Fraktion hat ganz klar eine Nulltoleranz für Antisemitismus und für jegliche andere Formen von Rassismus. Debora hat das im Votum für die Einreichenden auch schon sehr klar dargelegt. Die Fraktion ist geschlossen für die Punkte 1 und 3. Und wenn es punktweise gewesen wäre, dann hätte der GLP-JGLP-Teil der Fraktion gegen den Punkt 2 gestimmt, und zwar aus dem Grund, den viele andere auch schon angefügt haben, nämlich dass verschiedene Formen von Diskriminierung und Rassismus intersektional sind. Wir sind ganz klar der Ansicht, dass eine integrative Betrachtung des Antisemitismus zielführender und effektiver wäre zum Schutz der Jüdinnen und Juden. Und: Eine isolierte Betrachtung des Antisemitismus kann zu blinden Flecken führen, insbesondere wenn es um den systemischen Rassismus und den institutionellen Rassismus geht. Ganz im Gegenteil: Wenn man den Antisemitismus integriert betrachtet, führt das zu besseren Lösungen. Und den Blick zu öffnen hilft allen Bereichen des Rassismus, also gegen den Rassismus. Dann ist auch das Argument der Zuständigkeit diskutiert worden bei uns in der Fraktion, nämlich dass eigentlich der Kanton für die Rassismus-Bekämpfung zuständig ist, und dass da die Frage ist, ob überhaupt die Gemeinde dafür zuständig ist. Das Finanzargument ist ebenfalls angebracht worden: Ob die Ressourcen für so eine separate Stelle vorhanden sind, insbesondere weil man dann auch für alle anderen Bereiche des Rassismus so eine Stelle schaffen müsste. In der aktuellen Finanzlage ist das so in unserer Wahrnehmung nicht möglich. Aber wie gesagt, der EVP-Teil der Fraktion hätte diesem Punkt sowieso auch zugestimmt, auch dazu hat Debora schon klar für die Einreichenden das Votum geteilt, das auch ganz klar der Haltung der EVP-Kolleginnen bei uns in der Fraktion entspricht. Aufgrund dessen, dass nicht punktweise abgestimmt wird, haben wir noch einmal eine Diskussion gehabt, jetzt auch beim Nachtessen. Und wir werden dem Vorstoss so zustimmen mit gewissen Enthaltungen von den Personen, die den Punkt 2 stärker gewichten, aber wir werden der Motion so zustimmen. Und es ist mir ein Anliegen zu sagen: Auch wenn wir den Punkt 2 abgelehnt hätten als GLP-JGLP, ist das nicht ein Votum für den Antisemitismus, sondern gegen den Antisemitismus, für die Bekämpfung des Antisemitismus. Weil wir der Ansicht sind, also diejenigen, die diesen

Punkt abgelehnt hätten, dass eine integrierte Bekämpfung des Antisemitismus effektiver ist. Aber wir sind uns alle einig gewesen von Anfang an, dass wir alles machen müssen, um den Antisemitismus zu bekämpfen. Merci vielmals.

Präsident: Dann als letztes Fraktionsvotum: Für die FDP Simone Richner. Ihr könnt euch ab sofort anmelden für Einzelvoten.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Ich habe gerade mein ganzes Votum verloren. Das tut mir wahnsinnig leid. Es war mir sehr, sehr wichtig und deshalb wollte ich zuerst Danke sagen, dass ihr es verschoben habt, und deshalb versuche ich es jetzt gleich zu rekonstruieren. Es ist für mich ein äusserst wichtiges Votum, deshalb bin ich auch noch gerade ein bisschen durch den Wind. Werter Stadtratspräsident, werte Gemeinderätin, werte Gäste – schön, seid ihr noch da –, werte Kolleginnen und Kollegen. Antisemitismus ist kein Relikt aus der Vergangenheit. Er ist bittere Realität, hier und heute, mitten in Bern an unseren Schulen. Wir reden nicht von Einzelfällen, sondern von besorgniserregenden Mustern. Berichte über antisemitische Beleidigungen auf dem Pausenhof, das Beschmieren von Schultafeln mit Hakenkreuzen oder sogar physische Angriffe gegen jüdische Kinder und Jugendliche sind keine Ausnahmen. Diese Realität dürfen wir nicht länger ignorieren. Es geht um unsere Verantwortung als Gesellschaft, um den Schutz unserer Kinder, die nichts anderes wollen, als sicher zu lernen und zu wachsen. Es geht darum, ein klares Zeichen zu setzen gegen Hass, gegen Vorurteile und gegen die schleichende Normalisierung des Antisemitismus. Dass das Problem akut ist, zeigen aktuelle Fälle aus Bern. Debora hat es schon erwähnt: Ein jüdischer Schüler wird wiederholt auf dem Schulweg beleidigt und bedroht. In einer Berner Schule tauchen antisemitische Schmierereien auf, ohne dass Konsequenzen dagegen vorgenommen werden. Jüdische Kinder berichten, dass sie sich im Unterricht nicht mehr trauen, offen über ihre Identität zu reden aus Angst vor Repressalien. Diese Vorfälle sind keine isolierten Einzelfälle, sondern Ausdruck einer besorgniserregenden Entwicklung. Und die vorliegende Motion fordert eben genau das: eine gezielte Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus, eine spezialisierte Anlaufstelle und eine niederschwellige digitale Meldemöglichkeit. Das sind keine Luxusforderungen, sondern notwendige Massnahmen, um unsere Kinder zu schützen und unsere Werte zu verteidigen. Ein Kind, das Angst hat, lernt nicht"; diese Worte sollten uns leiten. Eine niederschwellige digitale Anlaufstelle ermöglicht es betroffenen Kindern und Jugendlichen, ihre Ängste schnell und unkompliziert zu teilen und Hilfe zu erhalten, genau dann, wenn sie dies am dringendsten brauchen. In Bern fehlt bis jetzt eine solche Struktur. Wenn für andere Diskriminierungsformen bereits Anlaufstellen existieren, warum also nicht auch hier? Das ist etwas, das mir extrem auffällt bei all diesen Voten, die bis jetzt gekommen sind: Immer und überall wird eine externe beauftragte Stelle gefordert, ausser beim Antisemitismus heute. Bern hat ein Antisemitismusproblem. Es anzusprechen, ist vielleicht unangenehm, aber es zu leugnen, wäre gefährlich. Wenn wir diese Probleme nicht gezielt angehen, riskieren wir nicht nur das Wohl unserer jüdischen Kinder, sondern auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Darum braucht es diese Motion, damit wir ein Werkzeug an der Hand haben, um gezielt und effektiv gegen Antisemitismus vorzugehen mit Prävention, Aufklärung und Schutz. Die FDP hat die Stimmfreigabe beschlossen, aber eine Mehrheit der Fraktion wird die Motion annehmen. Merci.

Präsident: Nun für ein Einzelvotum: Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: In Bund-BZ wird heute ausgeführt: "[...] unterstützen den wesentlichen Punkt der Vorlage nicht mehr". Ich bin ein bisschen verwirrt. Es ist reihenweise sehr wortreich ausgeführt worden, man den Punkt 2 unserer Motion nicht unterstützen würde, aber gleichzeitig wird behauptet, die Medienberichterstattung von heute Morgen sei falsch, obwohl die Medienberichterstattung genau das sagt. Die Antworten des Gemeinderates wirken insofern genauso angestrengt wie in ein paar Fraktionsvotant*innen. Man fragt sich, wie es bei diesem enormen Engagement gegen Antisemitismus immer wieder passieren kann, dass teils doch explizit antisemitische Vorfälle in der Stadt Bern jeweils schweigend hingenommen werden und absolut keinen öffentlichen Widerstand erfahren. Die bekannt gewordenen Vorfälle in der städtischen Kulturkommission zeigen das überdeutlich. Indem der Gemeinderat Antisemitismus immer wieder relativiert und intellektuell zerredet, macht er sich mitschuldig daran, dass sich jüdische Menschen in Bern nicht mehr sicher fühlen können. In der Stadt Zürich wird jetzt ein Antisemitismusbeauftragter mit der Begründung ernannt, dass im Vergleich zu anderen Formen des Rassismus in der Verwaltung weniger Fachwissen über Antisemitismus vorhanden ist. Dass das auch in Bern der Fall ist, zeigt sich nicht nur in den Antworten des Gemeinderates, sondern vor allem auch darin, wie die Stadt Bern mit antisemitischen Vorfällen umgeht. Die Hoffnung von Francesca, dass unsere Motion zu einem definitiven Gesinnungswandel geführt hat, teile ich nur bedingt. Interessant ist, dass der Berner Gemeinderat seine sonst fehlenden Sparwillen immer dann entdeckt, wenn es um den Schutz der Menschenrechte und den Schutz vor Diskriminierung geht. Wenn man unbedingt den Oberbegriff wählen will, unter dem Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Transfeindlichkeit und andere, ähnliche Ansichten subsumiert werden können, wäre es der Begriff "gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit". Im Sinn des Gemeinderates liessen sich damit ohne Qualitätseinbussen weitere Angebote und Stellen ohne weiteres streichen. Ich denke, den meisten ist klar, dass diese Argumentation einfach Quatsch ist. Um ernsthaft etwas gegen den Antisemitismus zu unternehmen, können die Unterschiede zwischen Rassismus und Antisemitismus nicht einfach geleugnet werden. Diese sind in der heutigen Debatte schon mehrfach erwähnt worden, trotzdem lohnt es sich nach diesen vielen Relativierungen, sie noch einmal zu wiederholen: Die Unterschiede liegen einerseits in der Fremdbildkonstruktion, in der im Antisemitismus basierten kollektiven Abwertung, wie bei anderen Gruppen auch, auf der anderen Seite kommt es aber zeitgleich zur merkwürdigen Überhöhung. "Die Juden" gelten im antisemitischen Wording als extrem mächtig, als omnipotente Drahtzieher und als gerissene Verschwörer*innen, die über ihren vermeintlichen Einfluss auf Politik, Medien und Finanzmärkte insgeheim die Geschicke der Welt lenken; sie können somit schlicht für alles Böse auf dieser Welt verantwortlich gemacht werden. Der Unterschied liegt andererseits auch darin, dass sich der Antisemitismus nicht klar einer Gruppe zuordnen lässt. Bis zu einem Viertel der in der Schweiz Lebenden haben klar antisemitische Stereotypen bejaht. Antisemitismus kommt in allen politischen Spektren, in allen Kulturen vor, bei Christen genauso wie bei Muslimen. Besonders störend in diesem Zusammenhang ist die Antwort des Gemeinderates, in der er die aktuelle Antisemitismuswelle ausschliesslich dem Nahostkonflikt zuschreibt, und somit dann auch noch so etwas wie eine Mitschuld der Schweizer Jüdinnen und Juden daran konstruiert. Ich habe es schon in der letzten Debatte im Rat ausgeführt: Corona, der Ukraine-Krieg, der Überfall der Hamas am 7. Oktober, und zwar noch bevor der Gegenschlag der israelischen Armee überhaupt angefangen hat, haben zu neuen Antisemitismuswellen geführt. Ich will nicht in einer Stadt leben, in der man auf Schritt und Tritt dem Antisemitismus begegnet. Ich will nicht in einer Stadt leben, in der bei den Sicherheitskräften am Freitagabend hektische Nervosität auftritt, wenn eine Frau mit einer Tasche vor der

Synagoge auf Freund*innen wartet. Ich will nicht in einer Stadt leben, wo jüdische Kinder in einer öffentlichen Primarschule mit "Heil Hitler" begrüsst werden. Bern braucht eine*n Antisemitismusbeauftragte*n, um das Wissen über diese ganz spezifische Diskriminierungsform in der Verwaltung, in der Schule, in der Jugendarbeit und auch in der Politik zu verbessern. Bern braucht eine*n Antisemitismusbeauftragte*n, um den jüdischen Menschen in unserer Stadt wieder ein Gefühl von Sicherheit geben zu können. Und ich bin sehr froh darüber, dass diese Motion heute im Stadtrat ganz selbstverständlich eine Mehrheit finden wird und damit sicher sehr, sehr bald die Stelle eines*r Antisemitismusbeauftragten eingerichtet wird.

Präsident: Das war eine Punktlandung, danke. Dann ein weiteres Einzelvotum von Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich bin angesprochen worden, wir hätten den Fokus ein bisschen auf Palästina gelegt, auf die Leute aus dem arabischen Raum. Ich möchte jetzt einfach in Erinnerung rufen ... Lest die Berichterstattung in der Berner Zeitung des Mitglieds der Kulturkommission. Dort hat die Palästina-Fahne gehangen. Ihr seht auch, was da drauf ist, nämlich der Artikel vom 21.2: "Die Stadt mahnt die Kommissionsmitglieder wegen antiisraelischer Hassrede ab". Da seht ihr auch die ganzen Transparente an den Demonstrationen von "From the River to the Sea". Also, weiss Gott, das sind nicht irgendwie alte, ewiggestrige SS- oder SA-Verherrlicher gewesen, die da mit dem Palästina-Kopftuch durch die Stadt Bern gegangen sind. Das sind eben teilweise die Probleme, die wir mit den Immigranten haben. Und ich habe euch auch gesagt, dass ich bedauere, dass man hier festhält am Antisemitismusbeauftragten. Ich habe gesagt, wo ich das Problem der Stadt Bern sehe. Da lege ich wirklich den Finger auf die Wunde. Da war ein Gemeinderat, der damals am 7. Oktober nicht reagiert hat. Da ist eine Kulturkommission, von der es x Sitzungen gegeben hat, bis überhaupt an die Öffentlichkeit gekommen ist, was da passiert. Da ist Baba News, das man lange verteidigt hat. Ihr macht da den Bock zum Gärtner. Ich bin der Meinung, wir können nicht für alle Probleme nachher eine spezielle Fachstelle, eine Fachperson haben. Wir haben Fachstellen. Es sind teilweise auch kantonale Sachen. Und ich muss sagen: Wie wollen wir denn den Schweizer Kindern begegnen, die als "Scheiss-Schweizer" beschimpft werden oder was immer? Müssen wir dafür auch noch einen speziellen Rassismusbeauftragen haben? Denkt einfach auch daran. Und deshalb haben wir auch hier eine gewisse Skepsis. Wir verurteilen das. Ihr habt gesehen, wir waren unter den ersten, die gekämpft haben. Ihr seht es auch im Nationalrat, dass wir eben kämpfen gegen die Anerkennung dieser teilweise kriminellen Organisationen. Wir sind diejenigen, die gewollt haben, dass man ein Zeichen setzt. Aber hier habe ich einfach das Gefühl, das ist der falsche Ansatz. Und ich will nicht nochmals ein weiteres Mal appellieren. Ihr seht einfach ... Dass hier von uns nicht alle Leute zustimmen werden, ist einfach die Kritik, dass man hier eben wirklich an diesem Experten festhalten will, zu dem wir der Meinung sind, den braucht es nicht. Dieses Geld würde man dann gescheiter für den Schutz einsetzen von den Synagogen oder von jüdischen Einrichtungen. Da wäre es wahrscheinlich sinnvoller investiert als in eine weitere Fachperson, die hier Verurteilungen macht, aber dann eben nicht den Mut hat, einzugreifen. Da hätte der Gemeinderat schon viel früher handeln müssen. Merci.

Präsident: Dann als nächstes Einzelvotum: Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP), Einzelvotum: Es gibt zwei Sachen, die mich politisch geprägt haben, nämlich vor allem die Fluchtgeschichte meiner Familie und die Ermordung meines Grossvaters im Holocaust: Barnabás Mihályi, deportiert am 21. November 1944, am 5. Geburtstag meines Vaters, nach Dachau und weiter ins Aussenlager Kaufering 6, wo er gemäss Zeugen nach kurzer Zeit – wie geplant – an den katastrophalen Arbeitsbedingungen gestorben ist. Ich bin letzten August einen Tag lang im Allgäu auf- und abgefahren mit meiner Schwester. Wir haben zu eruieren versucht, in welchem Massengrab er liegt. Wir haben es nicht herausgefunden. Ich habe noch Hoffnung. Und ich fühle mich hier verpflichtet, etwas zu sagen, wenn auch weniger geplant, weil die Diskussion, wie von mir erhofft, aber ehrlich gesagt, nicht erwartet, tatsächlich gesitteter gewesen ist, viel gesitteter als das letzte Mal. Es geht hier nicht um Gaza, es geht nicht um Israel, es geht hier um Zürich. Es geht um einen Anschlag gegen einen Juden an einem Samstagabend auf einer Strasse in der Schweiz letztes Jahr zum Beispiel. Es wird gerne vergessen, dass es keine andere Community ausser der jüdischen in unserem Land gibt, die ganz banale Sachen wie Feste, Gottesdienste oder Ferien unter Polizeischutz verbringen muss. Ich sage das explizit als Mitglied der queeren Community. Wir sind auch wiederholt der Gewalt ausgesetzt, aber nicht in dieser Form. Antisemitismus ist immer auch eine Anstiftung zur Gewalt für einige wenige, aber eben für viele genug, so dass sich die jüdische Community unmittelbar bedroht fühlt. Ich durfte am 7. Oktober mit anderen Mitgliedern des Stadtrates und vielen weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Politik und Gesellschaft an der Gedenkfeier in der Berner Synagoge teilnehmen. Eine sehr eindrückliche Feier, aber am Ende der Veranstaltung sind wir darauf hingewiesen worden, nach dem Verlassen der Synagoge bitte nicht dort stehenzubleiben, sondern aus Sicherheitsgründen schnell weiterzugehen. Und ich habe gesehen, wie jüdische Männer beim Verlassen auch einfach ganz verstohlen ihre Kippa vom Kopf nahmen, damit man sie nicht als Juden erkennt. Ich wohne neben einer Kirche in Bethlehem. Jeden Sonntag gibt es dort 3 Gottesdienste, der Platz vor der Kirche ist ein öffentlicher Raum, ein Treffpunkt, ein Spielplatz, aber der Platz vor der Synagoge ist ein Terrorziel, das gilt hier in Bern, in Zürich und auch in Genf, wo ich mal gelebt habe. Der Kanton macht hier zur Diskriminierungsbekämpfung, wir haben es mehr als genug gehört, wie so oft, alles falsch. Rassismus wird nur thematisiert, wenn Kinder ausländisch sind, weil Schweizer Kinder nicht Opfer sein können. Die meisten jüdischen Kinder in der Schweiz sind aber Schweizer*innen. Die Idee – Schweizer*innen könnten nicht Opfer von Rassismus werden – ist auch für mich als eingebürgertes Flüchtlingskind ziemlich absurd. Aber Antisemitismus ist, man hört es oft, nicht einfach nur Rassismus. Und das hat eigentlich absolut nichts mit Migration zu tun. Das jüdische Leben gehört zu unserer Stadt, seit es diese Stadt gibt. Zur Erinnerung: In dieser Stadt gibt es 5 Stolpersteine, die auf Holocaust-Opfer mit Bern-Bezug hinweisen. In den fast 850 Jahren Stadtgeschichte sind mindestens 2 Pogrome passiert an der jüdischen Bevölkerung – und die Täter waren übrigens keine syrischen Migranten oder Muslime, sondern Stadtberner. Es liegt mir fern, Diskriminierungsopfer gegeneinander auszuspielen, wie es andere machen in solchen Debatten, gerade weil ich ein Ausländerkind und eine queere Person bin. Ich habe das Gefühl, das Einzige – ich habe es schon einmal gesagt –, was die Menschheit aus dem Holocaust gelernt hat, ist: Nicht fies zu sein zu jüdischen Menschen. Und ich finde dies immer noch einen Blödsinn, denn der Holocaust lehrt uns, zu was Menschen fähig sind, wenn sie ausgrenzen, und wohin Rassismus und andere Diskriminierungen führen können, wenn alle Wälle brechen. Und noch zum Schluss: Wer von euch je in meiner Geburtsstadt Budapest war, hat hoffentlich die grosse Synagoge besucht, die grösste erhaltene Synagoge in Europa. In Berlin steht eine sehr ähnliche, aber die ist im Innern zerstört. Beide wurden ungefähr 1860

gebaut, also in einer Zeit, in der die jüdische Bevölkerung fast 25% der Stadtbevölkerung von Budapest hatte. Es ist ein wunderschöner orientalischer Bau. Aber gerade Teile der jüdischen Gemeinschaft haben das kritisiert, denn zu dieser Zeit gab es eine grosse Emanzipation der jüdischen Bevölkerung, auch in Berlin, und viele jüdische Stimmen haben gemeint, man wolle und solle sich doch integrieren in die Gesellschaft. Der maurische Baustil hat ihnen einfach nicht gepasst. Es war die gleiche Zeit gewesen zum Beispiel, als man in Ungarn, im Königreich Ungarn, unerhörterweise tatsächlich den jüdischen Menschen die politische Partizipation zugestand. Mein Urgrossvater hat dann übrigens das einzig Richtige gemacht, mein Ururgrossvater: Er ist Stadtrat geworden in Ostungarn. Die Geschichte wiederholt sich: Integration, Assimilation. Wer darf dazugehören? Wer darf sich politisch betätigen und mitbestimmen? Wie viel dürfen 25% in der Stadt, die eigentlich nicht teilhaben dürfen, eigentlich machen? Wer darf wie ein Gotteshaus gestalten?

Der Präsident bittet darum, das Votum zu beenden.

Szabolcs Mihàlyi (SP): Das tönt für mich alles wie die Schweizer Politik 2025. Vergesst das nicht! Und vergesst auch nicht, was in den 160 Jahren dazwischen auch passiert ist, als man eben das Falsche gemacht hat. Merci.

Präsident: Dann nochmal Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich habe in meinem ersten Votum dazu Stellung genommen, wieso Antisemitismus nicht einfach unter dem Begriff Rassismus subsumiert werden kann, sondern spezifisch betrachtet werden muss. Natürlich fragt sich, ob sich die theoretischen Unterscheidungsmerkmale im Alltag von Jüdinnen und Juden überhaupt auswirken. Wir haben jetzt viel gehört, auch vom antimuslimischen Rassismus, der in den letzten Jahren zugenommen hat. Jedes einzelne dieser Beispiele berührt mich und entsetzt mich genau gleich, wie mich Erfahrungen von People of Color und Angriffe auf die LGBTQ-Community entsetzen. Eine liberale, demokratische und gerechte Gesellschaft darf solche Übergriffe nicht zulassen, muss entschieden dagegen intervenieren und alles dafür unternehmen, dass dies in Zukunft nicht mehr passiert. Insofern bin ich ganz eurer Meinung, dass der Kampf allen Formen von Menschenfeindlichkeit dienen muss. Ich habe im Zeit-Magazin vom 20. Februar 2025 ein weiteres krasses Beispiel gelesen, das ich heute gerne mit euch teilen würde: "In London gibt es seit ein paar Monaten eine neue direkte Buslinie. Schwarze Menschen hatten immer wieder darum gebeten. Ein Grund dafür, sagt der Londoner Bürgermeister, sei gewesen, dass schwarze Passagiere beim Umsteigen an einer bestimmten Haltestelle immer wieder rassistisch beleidigt worden seien. Im vergangenen Jahr habe der Hass auf Schwarze ein Mass erreicht, das noch nie zuvor gemessen worden sei. Wir haben Berichte von schwarzen Londonern gehört, die ihre Häuser nicht mehr verlassen, aus Sorge um ihre Sicherheit". Ihr fragt euch jetzt vielleicht, wieso ihr davon noch nie etwas gehört habt, wieso dort keine Empörungswelle entstanden ist. – Weil eben die reale Geschichte eine ganz kleine Differenz hat zur eben beschriebenen Geschichte: Ihr müsst den Begriff Schwarze durch den Begriff Juden ersetzen. Für sie fährt tatsächlich aus den im Bericht geschilderten Gründen seit dem 1. September der Bus Nummer 310 vom Londoner Stadtviertel Golders Green zum Bezirk Stamford Hill. In beiden Vierteln leben viele Juden. Die Zeit nennt dann noch ein paar weitere ganz ähnliche Bei-

spiele und fasst folgendermassen zusammen: "Vieles, was Juden heute in europäischen Städten widerfährt, bleibt seltsamerweise unterhalb der ansonsten recht niedrigen Empörungsschwelle unserer Zeit". Das ist mir in den Jahren immer wieder aufgefallen. Es wird beispielsweise infrage gestellt, ob die Berichte jüdischer Kinder und ihrer Eltern nicht ein bisschen übertrieben seien, wenn sie sich über die vielen antisemitischen Vorfälle an Berner Schulen beklagen. Diese Haltung lässt sich nicht nur den gemeinderätlichen Antworten, sondern auch einigen eurer Voten entnehmen. Der Aufschrei blieb gänzlich aus, als bei der Uni-Besetzung im letzten Jahr das ganze Länggassquartier mit Hakenkreuzen und expliziten Nachrichten an Juden beschmiert wurde und zum Boykott gegen israelische Wissenschaftler*innen aufgerufen wurde. Wir haben nie eine aktuelle Diskussion zu den Vorfällen in der städtischen Kulturkommission geführt, obwohl diese ganz offensichtlich verbale Gewalt gegen jüdische Menschen, gegen Menschen mit proisraelischer Haltung ausübt. Jüdinnen und Juden haben nach einer 2000-jährigen Geschichte der Verfolgung und nach der industriellen Vernichtung im Holocaust auch 2025 nach wie vor das Problem, dass Diskriminierung und Hetze gegen sie nicht gleich registriert, nicht gleich qualifiziert werden wie andere Formen von Menschenfeindlichkeit. Sie müssen in ihrem Alltag immer wieder feststellen, dass ihre Diskriminierungserfahrungen nicht zählen und gar nicht gehört werden. Juden zählen nicht zu einer Minderheit, obwohl sie in der Schweiz gerade einmal 0,25% der Bevölkerung ausmachen. Sie werden gerade auch von linken Gruppierungen zur übelsten Unterdrückergruppe gezählt, was genau dem antisemitischen Narrativ der Überhöhung entspricht, das ich in meinem ersten Votum beschrieben habe. Keiner von uns ist ganz frei von rassistischen Momenten. Der Umfang von solchen Gefühlen, der gegenüber jüdischen Menschen erreicht wird, wäre ein bisschen kritischer zu hinterfragen als mit diesem simplen Hinweis.

Präsident: Gut, dann hat für den Gemeinderat das Wort: Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ich glaube, wir sind es uns alle bewusst: Wir leben in Zeiten, in denen die Stimmung sehr schnell sehr aufgeheizt ist. Es sind sehr viele Unsicherheiten vorhanden und es eskaliert an Ecken und Enden. Und es sind – das haben wir heute auch schon gehört – Leute an der Macht, die jetzt sehr viel Einfluss haben und einem Angst machen. Sie machen mir Angst. Sie machen ganz vielen Menschen Angst. Und es macht vor allem den Leuten Angst, die sowieso schon bedroht sind durch Vorurteile, die ihnen tagtäglich begegnen, oder auch durch gewalttätige Übergriffe, die jetzt am Zunehmen sind. Seit der Gemeinderat den Prüfungsbericht zu dieser Motion verabschiedet hat, hat sich vieles getan, darum erlaube ich mir, noch ein bisschen auszuholen, auch im Sinn von "in den Kontext setzen". Und ich komme dann am Schluss dazu, was bisher geschah, in Ergänzung zum Prüfungsbericht.
Ja, seit der Eskalation im Nahost-Konflikt im Herbst 2023 haben wir in der Schweiz und auch in der Stadt Bern feststellen müssen, dass antisemitische Bedrohungen und konkrete, gewalttätige Übergriffe zugenommen haben. Das ist sehr beängstigend und es ist auch logisch, dass das vielen Leuten Angst macht. Vorgestern ist der Antisemitismusbericht 2024 der SIG und der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) erschienen. Er zeigt auf, dass sich die antisemitischen Vorfälle auch letztes Jahr auf einem erschreckend hohen Niveau in der Schweiz verfestigt haben; dies im Bewusstsein, dass die Meldungen von Vorfällen nie abschliessend sind. Das kennen wir von verschiedensten Monitorings, da wird auch noch grosser Graubereich sein. Das bedeutet aber selbstverständlich nicht – also das Niveau, auf welchem wir uns jetzt befinden –, dass Antisemitismus vor dem Ereignis im Herbst 2023 inexistent gewesen ist, egal

in welchen Kreisen und egal in welchen Zeiten. Antisemitismus ist ein jahrhundertealtes Phänomen. Wir alle kennen antisemitische Vorurteile und Reflexe in uns innen, wie wir auch alle in uns innen verschiedenste Stereotypen und Vorurteile gegenüber unterschiedlichsten sozialen Zuschreibungen kennen. Die Frage ist: Wie gehen wir damit um? Der Vorwurf, dass der Problematik des tief verankerten Antisemitismus' in unserer Gesellschaft viele Jahre lang zu wenig Augenmerk geschenkt worden ist im Sinn einer Prävention, damit es, wenn es unsichere Zeiten sind und die Sachen eskalieren, eben nicht zu so vielen gewalttätigen Vorfällen kommt; diesen Vorwurf müssen wir uns als Gesellschaft und auf allen politischen Ebenen gefallen lassen. Es ist aber im Fall des Antisemitismus, der jetzt zugenommen hat, genau gleich, wie es in der Antidiskriminierungsarbeit allgemein ist. Wenn wir auf die institutionelle Ebene gehen und uns überlegen, was können wir als Stadt, was können wir als Stadtverwaltung, was können wir politisch machen, um Prävention zu machen, wenn Sachen eskalieren. – Es ist leider so, dass erst, wenn ein strukturelles Problem offensichtlich ans Tageslicht kommt, zum Beispiel über eine Häufung von Übergriffen und Gewalt oder ein einzelnes extremes Ereignis ... Erst wenn das passiert, deutet das dann eben auf ein strukturelles Problem hin. Und erst dann findet eine grosse, breite, gesellschaftliche Debatte darüber stattfindet, die das Problem aufnimmt und natürlich logischerweise auch anprangert. Jetzt kann man sagen, dass das es traurig ist, dass man es erst dann wirklich breit diskutiert und auch in eine verstärkte Handlungshaltung hineinkommt. Dazu kann man sagen, dass das traurig ist, aber wir wissen auch aus verschiedensten diskriminierungspolitischen Geschichten, auch historisch, dass es immer ein breites Engagement aus der Zivilbevölkerung heraus braucht. Es braucht breite mediale Debatten. Es braucht politische Antworten. Es braucht auch die Institutionen, die eben gemeinsam handeln und erkennen, was das Problem ist. Und darum sind eben genau auch Monitorings und Meldestellen grundsätzlich sehr wichtig, unabhängig von welchem Thema, damit wir eben auch die verschiedensten Phänomene, die den einzelnen Menschen schaden, aber auch auf einer strukturellen Ebene schaden, dass wir die noch viel besser verstehen lernen. Dafür müssen wir wissen, was passiert, wo, in welchem Kontext und eben warum. Und darin können sich die unterschiedlichen Diskriminierungsformen unterscheiden. Die Forderung, die wir heute diskutieren, ist – und die ist legitim –, dass die Stadt sich vermehrt gegen Antisemitismus ... also ihr Engagement vermehrt verstärken soll, aus einer institutionellen Logik heraus. In der Debatte heute – und ich danke euch, wie das schon Vorredner*innen gemacht haben – für diese sehr sachliche Debatte. Die war noch vor einem Jahr aufgeheizter. Ich bin sehr froh, kommen wir jetzt auf eine versachlichte Ebene auf allen Seiten und können das wirklich auch sachlich diskutieren. In dieser Debatte jetzt aber heute geht es oft eben nicht darum, dass man das Engagement verstärken soll, denn darin sind wir uns wirklich durch das Band einig, sondern die Frage ist eben: wie? Und in der Antidiskriminierungsarbeit auf institutioneller Ebene ist man immer sehr schnell auf dieser Übertitel- und Label-Diskussion auch in der Stadt; unabhängig davon, was auf der Massnahmenebene dann wirklich auch passiert und wie viele Ressourcen man einsetzen will. Die Diskussion, ob jetzt eine spezifische Diskriminierungsform wie Antisemitismus im Sinn eines Übertitels neben Rassismus steht oder subsumiert wird ... Ich finde, diese Diskussion kann man führen, das ist auch eine sehr spannende Diskussion. Das kennen wir auch aus verschiedenen Kontexten. Und es geht ja bei diesen Diskussionen eben immer um das Erkämpfen einer Sichtbarkeit von sehr spezifischen Problemen, und darum verstehe ich auch, dass dieser Anspruch gestellt wird. Die Frage ist jetzt aber, wie lange man noch die Ressourcen und Diskussionen aufwendet, um diese Diskussion zu führen, denn da wird man sich oft im Kreis

drehen. Wir kennen das von sehr vielen historischen Geschichten. Ich nehme das Beispiel der Gender-Gleichstellung: Wenn es darum geht, sich mehr um die LGBTIQ+, in der sich auch sehr spezifische Problemfelder auftun, also dort institutionell zu arbeiten, dann könnte man die Fachstelle nennen "Gleichstellung von Geschlechterfragen" und dann alle Buchstaben ausführen oder man sagt einfach "Geschlechterfragen". Der viel entscheidendere Punkt ist aber, und das wäre auch das Anliegen des Gemeinderates und von mir: Was machen wir denn effektiv? Welche Mittel setzen wir im Gesamten dafür ein im Kampf gegen Hass und Hetze und in die Präventionsarbeit und wie gehen wir damit um? Und: Welche Schwerpunkte setzen wir eben auch von aktuellen Tendenzen? – Das ist eine fachliche Diskussion und es ist eine gesellschaftliche Diskussion. Ich bin froh, können wir sie gemeinsam führen. Was ich auch ein bisschen weniger zielführend finde, sind Debatten, in denen es eben um eine Hierarchisierung geht, denn diese laufen immer darauf hinaus, dass wir uns alle, die wir uns gegen Hass, Hetze und Diskriminierungen engagieren wollen, dass wir uns auch gegenseitig aufspalten lassen und in eine aufgeheizte Diskussion hineingeraten können. Aber ich stelle heute Abend fest: Das haben wir jetzt überwunden und wir sind uns einig, dass es da weitergehen soll. Der Gemeinderat nimmt natürlich den Antisemitismus sehr ernst. Er ist ein beängstigendes Problem und besonders natürlich auch im Schulkontext. Wie immer in Kontexten, in denen es um besonders vulnerable Personen geht wie zum Beispiel Kinder und Jugendliche, haben wir eine grössere Verantwortung, dort gut hinzuschauen und Schutz zu bieten.
Und jetzt komme ich auf den Vorstoss zurück im Sinn von dem, was bisher geschehen ist, seit der Antwort zum Postulat. Die BSS hat im vergangenen Jahr verschiedenste Gespräche, sehr viele Gespräche geführt mit Akteur*innen aus verschiedensten jüdischen Gemeinschaften und ist auch in Austauschgefässe eingebunden. Es stimmt, das ist früher wahrscheinlich zu wenig gemacht worden. Ich bin sehr froh, dass das jetzt passiert ist. Besonders wertvoll ist für uns die Vereinbarung, die vor rund einem Jahr mit dem SIG abgeschlossen worden ist seitens der Stadt. Wir stehen mit dem israelitischen Gemeindebund in regelmässigem Austausch. Der ist sehr befruchtend und lehrreich und hilft uns in der Entwicklung von konkreten Massnahmen. Genau, denn wir sind sehr darauf angewiesen, auch den Antisemitismus in der Stadt Bern genau zu beobachten und schneller auf Vorfälle zu reagieren. Wir haben aufgrund der zunehmenden Zahlen von antisemitischen Vorfällen und auch anderen Vorfällen, aufgrund von anderen Diskriminierungskategorien mehrere Sofortmassnahmen zur Bekämpfung dieser Diskriminierung und Übergriffe ergriffen, spezifisch auch im Schulkontext und auch umgesetzt, beispielsweise mal jetzt in einem ersten Schritt in Form von Infomaterial, Unterrichtsmaterialien und Vernetzungen. Im Rahmen der Budgetdebatte des vergangenen Herbsts hat dann der Stadtrat die Mittel erhöht für die Antirassismus-Arbeit im Gesamten im Zusammenhang mit dieser Diskussion, die wir hier führen. Und es ist ja völlig klar, dass man diese Mittel jetzt einsetzen soll. Wir sind froh, dass wir diese Mittel jetzt haben, um eben unsere Arbeit breiter abzustützen und einen Schwerpunkt zu setzen im Engagement in der Bekämpfung des Antisemitismus'. Momentan ist der Schwerpunkteplan Migration und Rassismus 2026 bis 2029 in Erarbeitung. Dieser Schwerpunkt wird darin abgebildet sein. Das heisst, die Bekämpfung des Antisemitismus' wird noch viel stärker in den Fokus rücken. Vielleicht noch ein Hinweis: Am 22. Mai findet zur Erarbeitung des Schwerpunkteplans ein Partizipationsanlass statt. Wir sind darauf angewiesen, dass verschiedensten Akteur*innen dabei mitmachen und vor allem auch ihre Expertise einfliessen lassen. Es ist für alle offen und ich lade alle herzlich ein, an diesem Plan mitzuarbeiten. Zudem vielleicht noch ein weiterer Hinweis im

Zusammenhang mit dem nationalen Erinnerungsort für die Opfer des Nationalsozialismus'. Ihr habt es vielleicht auch mitbekommen: Es wird in Bern etwas entstehen. Und wir sind auch sehr froh, weil das immer auch gute Aufhänger sind, wenn man solche Erinnerungsorte schaffen kann, dass man grundsätzlich in einer breiten Bevölkerung eben auch sehr spezifisch das Thema Antisemitismus – jetzt in diesem Fall – thematisieren und ein Bewusstsein dafür schaffen kann. Ich bedanke mich, denn ich sehe hier ein Blinken. Wir haben eine sehr lange und ausführliche Debatte gehabt, danke vielmals. Und vor allem danke allen für euer Engagement gegen Antisemitismus. Wir sind zusammen auf dem Weg. Wir lernen voneinander und gehen zusammen weiter, danke vielmals.

Präsident: Merci, Ursina. Genau, es blinkt, also bitte nur noch den Satz fertigmachen. Das ist gerade das Paradenbeispiel gewesen, danke dafür. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr habt es gehört von den Einreichenden: Es wird nicht punktweise abgestimmt. Das heisst, wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab. Wer sie erheblich erklären will, stimmt Grün, wer sie ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 008

2024.SR.0075	
Annahme	
Ja	66
Nein	4
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt die Motion erheblich erklärt.

2024.SR.0068

8 Motion Milena Daphinoff (Mitte), Simone Richner (FDP), Maurice Lindgren (GLP), Bernadette Häfliger (SP), Janosch Weyermann (SVP): Klare Kriterien für die Auftragsvergabe von städtischen Bildungsaufträgen

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 8 und 9, die wir gemeinsam behandeln. Traktandum 8 ist eine Richtlinienmotion und Traktandum 9 ein Postulat. Die beiden Vorstösse sind vom Gemeinderat bestritten, entsprechend haben die Einreichenden das Wort. Ich weiss nicht, ob jemand für die 8 oder für die 9 spricht oder jemand für beide, aber ihr könnt euch ab jetzt anmelden. Dann hat für die Einreichenden Simone Richner das Wort.

Simone Richner (FDP), für die Einreichenden: Unsere Lehrpersonen leisten Tag für Tag Grossartiges. Sie vermitteln Wissen, fördern kritisches Denken und begleiten unsere Kinder in ihrer Entwicklung. Doch immer häufiger wird ihnen zusätzlich die Verantwortung für gesellschaftliche Herausforderungen aufgebürdet, die weit über ihren Bildungsauftrag hinausgehen. Die Politik darf aber die Schule mit diesen Aufgaben nicht allein lassen. Wir müssen ihnen die nötigen Werkzeuge an die Hand geben, damit sie ihre Arbeit effizient und mit höchster Qualität ausführen können. Und genau hier setzt diese Motion an. Die Bildung darf nicht zur Beliebigkeit werden. Sie braucht klare,

verbindliche Standards. Die Lehrpersonen sind gefordert, sich mit komplexen gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen, ohne immer über die fachlichen und methodischen Unterstützungen zu verfügen, die sie eigentlich benötigen, deshalb greifen sie eben auch auf externe Bildungsanbieter zurück. Doch wer stellt sicher, dass diese Anbieter fachlich und ethisch qualifiziert sind? Wer garantiert, dass keine Inhalte vermittelt werden, die rassistische, antisemitische, geschlechterbezogene oder ableistische Relativierungen beinhalten? Die Antwort ist: bis heute die Lehrperson in Personalunion. Das mit bestem Gewissen und Wissen, das wird hier nicht bestritten, aber unter brutalem Zeitdruck wegen der Ressourcenknappheit. Warum braucht es also diese Motion? Fachstellen wie die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes warnen davon, dass Antisemitismus und Rassismus an den Schulen zu wenig Beachtung finden. Gleichzeitig geben Lehrpersonen an, in ihrer Ausbildung nicht ausreichend auf diese Herausforderungen vorbereitet worden zu sein. Es liegt deshalb in unserer Verantwortung als Politik, ihnen die Struktur zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen. Unsere Motion fordert deshalb klare Vergabekriterien für Bildungsaufträge, damit nur Anbieter beauftragt werden, die diskriminierungsfreie, wissenschaftlich fundierte und pädagogisch wertvolle Inhalte vermitteln, eine Überprüfung der laufenden oder geplanten Bildungsaufträge, um sicherstellen, dass bestehende Angebote diesen Standards entsprechen, sowie verbindliche Konsequenzen bei Verstössen, damit problematische Bildungsaufträge sofort aufgelöst werden können. Wir dürfen die Verantwortung nicht auf die Schultern der Lehrpersonen abwälzen, sondern wir müssen handeln. Der Gemeinderat lehnt diese Motion mit der Argumentation der Zuständigkeit ab. Wenn jedoch Lehrpersonen selbst angeben, nicht ausreichend auf den Umgang mit Antisemitismus und Rassismus vorbereitet zu werden, wenn Fachstellen selbst kritisieren, dass diesen Themen in der Schule nicht genügend Beachtung geschenkt wird, dann dürfen wir nicht wegschauen. Verantwortung zu übernehmen bedeutet, dort zu handeln, wo Lücken existieren und genau das macht diese Motion. Wir können nicht von jeder einzelnen Schule erwarten, dass sie eigenständige Prüfmechanismen entwickelt. Wir brauchen ein übergeordnetes Werkzeug, das sicherstellt, dass Lehrpersonen nicht zusätzlich belastet, sondern gestärkt und unterstützt werden. Ich bitte euch daher, diese Motion anzunehmen. Wenn es gewünscht ist, sind wir mit einer punktweisen Abstimmung einverstanden.

Präsident: Jetzt bin ich nicht sicher: Du hast immer von der Motion gesprochen, ist das jetzt auch das Votum für das Postulat gewesen oder hat das Postulat noch jemand anderes als Einreichende? Gut, also das ist jetzt ein Votum für die Einreichenden gewesen. Dann willst du jetzt für das Postulat reden? Ja. Dann müsstest du dich noch einmal anmelden.

Simone Richner (FDP), für die Einreichenden: Dieses Postulat ist kein Misstrauensvotum gegenüber unserem Schulsystem, im Gegenteil: Wir anerkennen die wertvolle Arbeit, die an unseren Schulen tagtäglich geleistet wird. Doch eines ist unbestreitbar: Die bestehenden Mechanismen zur Überprüfung von externen Bildungsangeboten haben in der Praxis nicht gegriffen. Die entscheidende Frage ist jetzt: warum? Darauf ist der Gemeinderat leider im Bericht nicht eingegangen. An unseren Schulen sind Workshops durchgeführt worden, die Toleranz fördern und Hassreden bekämpfen sollen. Doch in einigen dieser Angebote sind Akteure gestanden, die in einem anderen Kontext selbst durch fragwürdige Aussagen aufgefallen sind. Wer öffentlich durch diskriminierende oder hetzerische Rhetorik auffällt, kann nicht glaubhaft als Vermittler von Respekt und Vielfalt auftreten. Das ist kein theoretisches Problem. Es hat direkte Auswirkungen auf

das Vertrauen in unser Bildungssystem. Warum jetzt also dieses Postulat? Aktuell gibt es kein übergeordnetes Werkzeug, das systematisch prüft, welche externen Bildungsangebote an unseren Schulen tätig sind; dies hat auch der Bericht wiederum gezeigt. Der Gemeinderat hat auf eine juristische Zuständigkeitsfrage verwiesen, das war eigentlich die Hauptaussage des Berichts. Darum bin ich dann auch gespannt von Ursina Anderegg zu hören, da wir doch jetzt beim Traktandum 7 das überwunden haben, warum denn hier vom Gemeinderat auf die Zuständigkeitsfrage verwiesen wird. Doch die Kernfrage bleibt: Warum gibt es keine klaren, überprüfbaren Standards für die externen Bildungsangebote? Warum hat solch ein umstrittener Anbieter Workshops in den Schulen der Stadt Bern durchführen können? In anderen politischen Bereichen, sei es beim Thema Racial Profiling oder bei der internationalen Flüchtlingshilfe, zeigt sich der Gemeinderat sehr wohl engagiert, doch wenn es um unsere Schulen geht und somit auch um die vulnerabelsten Mitglieder unserer Gesellschaft, bleibt eine einheitliche Auseinandersetzung leider aus. Das ist nicht nur enttäuschend, sondern auch besorgniserregend. Bildung ist unser wertvollstes Gut, aber nur, wenn sie mit Integrität vermittelt werden kann. Ich bitte euch darum, das Postulat zu unterstützen. Auch hier sind wir mit einer punktweisen Abstimmung einverstanden.

Präsident: Gut, dann könnt ihr euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Dann hat als erstes das Wort für die Fraktion AL-PdA-TIF: Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Ich gehe mit Simone einig: Diese Themen werden in den Schulen zu wenig berücksichtigt. Unsere Fraktion kommt aber nicht darum herum, diesen Vorstössen mit einer gewissen Skepsis zu begegnen. Das hat einerseits mit gewissen Einreichenden zu tun, die schier aus dem Nichts den Antirassismus entdeckt haben, und andererseits mit der Auswahl an Diskriminierungsformen, die in diesen Vorstössen geliefert werden. Wieso wird Antisemitismus erwähnt und beispielsweise religiöse Diskriminierung oder antimuslimischer Rassismus oder Klassismus nicht? Und warum sind diese Vorstösse alle innerhalb von 2 Wochen eingereicht worden? Und wie geht das alles mit der geforderten politischen Neutralität zusammen, die in diesen Vorstössen erwähnt wird? Ohne dies zu erwähnen, sind diese Vorstösse alle in der Reaktion auf die Anti-Hassrede-Kurse von Baba News eingereicht worden. Uns lässt das Gefühl nicht los, dass es sich hier vor allem um Vorstösse gegen Baba News handelt und nicht inhaltlich um die Sache geht. Traktandum 8 fordert Schritte gegen die Relativierung von rassistischen, antisemitischen, geschlechterbezogener und ableistischer Diskriminierung an Berner Schulen. Also nicht etwa gegen Rassismus, Antisemitismus und so weiter, sondern nur gegen deren Relativierung. Das ist gut und recht, auch wenn es natürlich irgendwie eine spezielle Ebene ist, weil es impliziert, dass es Diskriminierungen gibt, aber man nicht gegen diese etwas machen will, sondern nur dagegen, wenn jemand diese relativiert. Aber auch dann: Die Schweiz kennt das Diskriminierungsverbot. Dort stehen Sachen, die hier fehlen. Was ist mit der sozialen Stellung, also der Klasse? Was ist mit anderen Formen religiöser Diskriminierung? Gibt es das nicht oder werden die einfach nicht relativiert? Die sorgfältig kuratierte Diskriminierungsliste zeigt doch genau das, was ich eingangs gesagt habe: Es geht um einen konkreten Vorfall, der die Gemüter erhitzt und zu diesen Vorstössen geführt hat. Nehmen wir das Thema wirklich ernst, dann müssten wir Folgendes festhalten und diskutieren: Wir leben in einer Gesellschaft, die formal demokratisch, aber real anhand von Ethnie, Klasse und Geschlecht aufgeteilt ist. Das Bildungssystem eben auch, aber das muss zwangsläufig davon ausgehen, dass beim Eintritt in die Schule oder in den Kin-

dergarten alle Kinder gleich sind. Die Schule muss Diskriminierung also immer relativieren. Wahrscheinlich nie mehr so radikal und explizit wie im Bildungssystem ist man verpflichtet, alle Menschen, egal von welchem Geschlecht, welcher Religion und welchem sozialen Status, aufzunehmen und beim Eintritt mit vermeintlich gleichen Chancen auszustatten. Das ist natürlich eine Relativierung im höchsten Mass. Eine Langzeitstudie der Uni Bern hat aufgezeigt, wie Schulen Arbeiterkinder diskriminieren und Kinder von Akademikerinnen bevorzugen. Wir haben nach wie vor ein hierarchisch abgestuftes Bildungssystem nach Einkommen, Besitz und Status. Diskriminierung in der Schule ist immer auch eine Klassenfrage. Relativiert wird das vom Bildungswesen selbst, das muss es zwangsläufig machen. Mit diesem Vorstoss wird aber eher davon abgelenkt und suggeriert, das Problem komme nur von externen Stellen, und das nicht einmal bei allen Diskriminierungsformen. In einer Studie, die im Auftrag der Schweizerischen Fachstelle für Rassismusbekämpfung dieses Jahr herausgekommen ist, welche – glaube ich – auch schon erwähnt worden ist, wird beispielsweise die Verschränkung von antimuslimischem Rassismus und Schichtzugehörigkeit diskutiert. Die Muslim*innen in der Schweiz sind mehrheitlich als Gastarbeitende oder Geflüchtete in die Schweiz gekommen. Während Muslim*innen aus der Unterschicht oft als die Anderen, die Unassimilierbaren gelten, gelten Muslim*innen aus der Mittelschicht und der Elite in der Schweiz als – Zitat: "kosmopolitische Exoten" – und sind weniger von Diskriminierung und von der Debatte über die Zuwanderung und so weiter betroffen. Auch rassistische Diskriminierung ist dementsprechend zu Teilen eine Klassenfrage. Da wir in einer imminent rassistischen Gesellschaft leben, kann die Migration als Problem benannt werden, während es doch um die Aufrechterhaltung der Unterklasse geht. Das zu relativieren, ist das A und O in unserer Gesellschaft; solche Analysen zu machen, ist aber kaum im Sinn gewisser Motionär*innen dieses Vorstosses. Ich erlaube mir ein Zitat von Horkheimer, der 1939 im Exil in Amerika schreibt: "Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, der soll auch vom Faschismus schweigen". Bildungsangebote an Berner Schulen brauchen nicht Vergabekriterien, wie sie der Vorstoss fordert, sondern zuerst einmal eine klare Analyse und Kritik von Rassismus, Kapitalismus und Diskriminierung aller Art, und zwar gesellschaftlich, denn nur so kann man es richtig angehen, und zwar vor dem Schuleintritt. Bevor das gemacht ist, sind solche Vergabekriterien leider nur Augenwischerei. Relativierung ist dem Bildungssystem inhärent. Mit einem politischen Vorstoss fordern die Einreichenden bei Traktandum 9 Bürokratie, um politische Neutralität zu erlangen und um Anti-Hassrede-Workshops zu kontrollieren. Ein politisches Problem unserer Gesellschaft, namentlich Rassismus und Antisemitismus werden in diesem Vorstoss genannt, soll also ideologiefrei und ganz ohne politische Haltung in unserem Bildungssystem angegangen werden. Abgesehen davon, dass fast alles ideologisch ist und die Ideologie auch nicht einfach per se schlecht ist, ist es doch so, dass Rassismus und Antisemitismus auf mehreren Ebenen oder eigentlich auf allen Ebenen ein politisches Problem sind und man sich die Frage stellen muss, wer in so einem Setting denn neutral sein soll und wer unpolitisch? Oder ein bisschen plakativer gefragt: Braucht es einen weissen, männlichen Wissenschaftler oder doch eher eine Kopftuch-tragende, von Rassismus betroffene Frau? Wem kauft man die Repräsentation der Institution der Neutralität heute ab? Wahrscheinlich eher ersterem, einfach dem, der sagt, was im Durchschnitt als wahr akzeptiert wird und dementsprechend auch als neutral verstanden wird. Der Durchschnitt verschiebt sich aber immer wieder und es braucht also, wenn man es ernst meint, zuerst einmal eine klare Definition von ideologischer Neutralität. Ich habe jetzt fast 10 Jahre Philo studiert und ich weiss nicht, ob ich das so einfach könnte. In einem ersten Schritt müsste man sich zuerst fragen: Was ist Ideologie und was nicht? Wo fängt es an, wo endet es? Althusser beispielsweise

würde die Schule als ideologischen Staatsapparat bezeichnen zur Reproduktion der Produktionsbedingungen, also zur Selektion. Dass das auch heute passiert, habe ich ja vorhin schon erwähnt. Wenn wir also das mit dem "Ideologiefrei" ernst nehmen wollen, müssten wir das Bildungswesen als solches auch noch gerade zuerst einmal hinterfragen, und nachher: Wann ist es Wissenschaft, wann Ideologie? Abgesehen davon müsste man nachher mit dieser Definition herausfinden, ob der Vorstoss, der zu dieser Ideologie-Definition geführt hat, also Traktandum 9, ideologiefrei ist oder eben auch schon auf einer Ideologie aufbaut. Wenn letzteres, was wahrscheinlich ist, das meine ich nicht mal als Kritik, dann ist es nachher wieder zu beenden das Experiment. In einem zweiten Schritt müsste man sich fragen, wer jetzt sagt, dass die Ideologie-Definition, die man aufgestellt hat, ideologiefrei ist. Spätestens dort hört es nachher ziemlich sicher auf und wird politisch. Wenn wir es aber bis dahin schaffen, müsste man nachher noch herausfinden, wie man sich jetzt zu all dem ideologiefrei und neutral verhält. Dann muss man das alles in Richtlinien schreiben und in den bürokratischen Prozess einspeisen. Damit man das kann, muss man zuerst einmal die Bürokratie untersuchen: Ist sie ideologiefrei oder reproduziert sie die gesellschaftlichen Bedingungen? Die Absicht in der Bürokratie gibt es ja eigentlich nicht, es zählen nur die Regeln und man wird von der ethischen Urteilskraft befreit; jedoch: Wie werden diese umgesetzt? Wer ist die Urheberin der bürokratischen Vernunft? Ihr seht, es wird ein bisschen kompliziert, aber darum geht es ja hier auch nicht wirklich. Baba News hat sich bei den Initianten und Initiantinnen unbeliebt gemacht und jetzt versucht man hier, irgendwie zu verallgemeinern, damit sie aus der institutionellen Bildung ausgeschlossen werden können. Das gelingt aber relativ schlecht. Was sind überhaupt diese anerkannten ethischen Modelle, die hier erwähnt werden: Hedonismus oder Deontologie? – Nennt mir ein Beispiel. Was ist Ideologie? Was ist Neutralität, und insbesondere was ist politisch neutrale Rassismus-Prävention? Und was hat das alles mit dem Vorhaben des Vorstosses zu tun? In diesem Vorstoss ist alles unklar, alles relativ unmöglich zu beantworten, und alles mit einem klaren Ziel, das den Forderungen dieser Vorstösse von Anfang an schon widerspricht. Die AL-PdA-TIF-Fraktion lehnt beide Vorstösse ab.

Präsident: Merci. Dann als nächstes für die Fraktion GLP-EVP: Maurice Lindgren.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion hat zur Motion wie auch zum Postulat, die hier gemeinsam behandelt werden, eine ablehnende Parole beschlossen. Es wird aber insbesondere, weil ja punktweise abgestimmt wird, wie vorhin Simone Richner gesagt hat, doch einige Enthaltungen geben. Der Grund für die Ablehnung ist folgender: Unsere wichtigste Forderung im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Antisemitismus in der Stadt Bern ist bereits im vorherigen Traktandum 7 des Stadtrats an den Gemeinderat überwiesen worden. Das ist der Punkt 1 der Motion unter Traktandum 7, der verlangt, dass der Gemeinderat eine Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus insbesondere an den Berner Schulen vorzulegen hat. Wir haben auf die Annahme dieser Motion oder zumindest auf den Punkt 1 gesetzt und gehofft. In einem nächsten Schritt möchten wir jetzt aber sehen, wie diese Strategie aussieht, welche Ziele und welche Massnahmen sie vorschlägt, bevor wir weitere Prüfungs- und Handlungsaufträge zu verwandten Themen an den Gemeinderat beschliessen. Diese Vorgehensweise wendet die Fraktion auch bei anderen Themen an. Die Fraktion möchte hier nicht von diesem selbstgesetzten Grundsatz abweichen. Beim Einreichen der Vorstösse nach dem 7. Oktober war aber noch überhaupt nicht klar, welcher Vorstoss, auf welche Resonanz stossen wird, oder wie gross und weit verzweigt das Ausmass – zum Beispiel der direkten oder indirekten Finanzierungen von antisemitischen

Inhalten mit Steuergeldern – ist, bei diesen Bildungsinhalten, die dann von sich reden gemacht haben. Damals sind wir vor dem Eindruck gestanden, einiges werde nicht ernstgenommen, die Dimension vom 7. Oktober und seine Auswirkungen würden nicht erfasst oder nicht erkannt oder noch schlimmer, es würde sogar Schuldumkehr betrieben, auch von Mitgliedern im Stadtrat. Man hat immer und immer wieder betonen müssen, dass – egal, was in der Welt gerade passiert –, man nie einzelne Menschen hier in der Stadt Bern oder wo immer im Sinn und Geist einer Sippenhaft dafür verantwortlich machen darf. Das gilt ja beim Thema Antisemitismus genau gleich wie anderswo. Das hat aber in unserer Wahrnehmung zumindest teilweise gebessert. Man hört zwar noch heute gewisse Formulierungen, die ein bisschen stutzig machen. Das aktuellste Beispiel war für mich gerade im letzten Traktandum, als die zuständige Gemeinderätin ihr Votum mit dem Satz – die Eskalation im Nahauskonflikt im Herbst 2023 – eröffnet hat. Natürlich ist das, aufs Ganze gesehen, eine Eskalation gewesen, aber wenn man anfängt, eine Geschichte zu erzählen oder zu rekapitulieren und den Herbst 2023 als Startpunkt wählt, hätte man auch den Angriff der Hamas und die Ermordung von 1'200 Menschen als Eskalation des Nahauskonflikts nennen dürfen oder müssen. Abgesehen davon ist die Sensibilität für dieses Thema klar gestiegen, wie wir finden. Eine Überprüfung aller und sämtlicher laufenden oder geplanten Aufträge an externe Bildungsinstitutionen der Stadt Bern vorzunehmen, wie beispielsweise in Punkt 2 dieser Motion gefordert ist, scheint uns aus heutiger Sicht zu wenig zielgerichtet. Diese Argumentationslinie ist allerdings nicht auf alle Punkte in diesen Vorstössen anwendbar. Deswegen gibt es Punkte in der Motion wie auch im Postulat, welche die Fraktion oder Teile der Fraktion nach wie vor für gerechtfertigt oder verhältnismässig anschauen; deswegen werden wir nicht alles ablehnen, trotz überwiesener Motion beim letzten Traktandum. Wie gesagt, es gibt Enthaltungen. Wir sind also gespannt, was die Strategie des Gemeinderates zur Bekämpfung des Antisemitismus in der Stadt Bern ist, wie sie aussehen wird und wir bleiben am Thema weiter dran.

Präsident: Danke. Für die Fraktion Mitte: Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion unterstützt beide Vorstösse in ihrer Form. Es gibt einfache Gründe. Auch hier fehlt mir auf jeden Fall die Hirnwindung, um das intellektuell und philosophisch so lange auszubreiten. Die Fakten sprechen auch hier dafür, dass man die Motion und das Postulat unterstützt. Es geht um Qualitätssicherung, um klare Kriterien für die Auswahl von externen Bildungsanbietern. Es geht um den Schutz vor Diskriminierung und es geht vor allem auch um die Unterstützung der Lehrpersonen. Ich durfte den Vorstoss von Milena Daphinoff übernehmen und habe nachher von den anderen Mitmotionär*innen auch mitbekommen, wie Lehrpersonen tatsächlich überfordert und froh sind, wenn sie Unterstützung haben, wenn es um Rassismusbekämpfung geht, wenn es um die Sensibilisierung im Bereich Rassismus und Antisemitismus geht. Und um was geht es vor allem auch? Um Transparenz und Verantwortung. Wir wollen wissen, wer unterstützt wird mit dem Geld der Stadt. Matteo, dass aus einem Vorfall ein Vorstoss wird, das ist normal. Ich glaube, das geht immer und immer wieder so. Was den Vorstoss oder was der Vorfall aber nachher auslöst, ist eine Debatte und ist auch eine Erkenntnis, dass es im Bereich der Bildungsaufträge, wenn es um Diskriminierung respektive um Sensibilisierung geht, eben wirklich eine Überprüfung braucht und klare Kriterien, die für alle gelten. Nicht jede Migranten*innenorganisation setzt sich für einen allgemeinen Antirassismus ein, und genau darum braucht es klare Kriterien, Transparenz und somit Qualität. Danke vielmals.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion GFL: Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Danke vielmals, Matteo Micheli, für das Votum. Ich liebe es, wirklich, und ich meine das nicht ironisch. Es erinnert mich irgendwie an gewisse Novellen von Tucholski. Es hat irgendwie einen Touch von Kafka. Du bringst das alles quasi philosophisch auf den Punkt und ehrlich gesagt, ich bin schon fast froh, dass es schlicht formale Gründe dafür gibt, die Motion und das Postulat abzulehnen. Die GFL-Fraktion lehnt sowohl das Postulat wie die Motion ab, weil weder die Überprüfung noch die anfällige Auflösung von Verträgen mit externen Anbietern im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Punkt. Pragmatisch wie wir sind, hoffen wir allerdings, dass die Unsensibilität, mit der gewisse Schulleitungen externe Bildungsanbieter beauftragt und angestellt haben, und die de facto zu diesen Anträgen geführt hat, doch aufgeschreckt hat, und dass die zuständige Bildungsdirektion den Schulleitungen ausdrücklich künftig die Anweisung erteilt, dass sie sich bei den im Vortrag erwähnten Fachstellen die notwendigen fachlichen Unterstützungen holen sollen. Und wir hoffen auch, dass die entsprechenden Fachstellen inzwischen auch für antisemitische Fragen sensibilisiert sind, und dass sich die Fachstellen zweimal überlegen, wen sie, in welchem Fall als geeignet erachten und weiterempfehlen. Danke vielmals fürs Zuhören.

Präsident: Merci. Für die Fraktion GB-JA: Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die beiden Vorstösse schaffen mehr Probleme, als sie lösen. Die Fraktion GB-JA lehnt beide ab. Zur Motion: Schon die Ausgangslage ist falsch. Marianne Helfer wird ja zitiert: Im 10 vor 10 hat sie tatsächlich gesagt, die Weiterbildungen für Lehrpersonen seien unzulänglich. Das stimmt auch, da braucht es Verbesserungen. Wir haben es heute schon oft gehört: Es braucht mehr, es braucht Verbesserungen auf ganz vielen Ebenen. Aber sie hat nicht gesagt, dass die Lehrpersonen sich mit Antisemitismus und Rassismus nicht auskennen, weswegen sie externe Bildungsanbietende an die Schulen holen müssten. Externe Bildungsangebote haben eine ganz andere Funktion. Es geht darum, andere Perspektiven an die Schule zu holen, andere Zugänge, als eben nur den didaktisch von Lehrpersonen aufbereiteten Unterricht zu ermöglichen. Es geht eben darum, dass es mal nicht Unterricht nach Aviva ist. Es gibt ganz unterschiedliche Angebote. Zum Beispiel ist auch die Kantonspolizei eine externe Bildungsanbieterin. Sie macht ja Verkehrsbildung, und zwar, weil es eine andere Wirkung hat, wenn die Polizei das WA-LU-LO-LO am Fussgängerstreifen übt, als wenn es eine Lehrperson machen würde. Das heisst aber nicht, dass die Lehrpersonen nicht wissen, wie man über den Fussgängerstreifen geht. Das sind flächendeckende Angebote. Man kann davon ausgehen, dass die Polizei auch irgendein pädagogisches Konzept hat. Andere Bildungsangebote sind viel punktueller. Lehrpersonen und Schulen laden externe Bildungsanbietende je nach ihren Interessen und Bedürfnissen ein. Ein Beispiel: Eine Lehrperson thematisiert die Geschichte von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. Sie lädt zum Beispiel ein ehemaliges Verdingkind ein oder ein ehemaliges Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Das passiert im Moment oft. Also, es sind viele ältere Personen jetzt an den Schulen unterwegs, und die erzählen dort ihre Lebensgeschichte. Diese Personen sind nicht im engeren Sinn fachlich oder pädagogisch geschult, das müssen sie auch nicht. Für Kinder und Jugendliche geht es darum, dass Geschichte für sie greifbar wird, konkret wird als Lebensgeschichte. Solch ein Besuch fördert natürlich auch die Toleranz und

den Respekt, wie es die Petition fordert, aber nicht, weil sich das ehemalige Verdingkind oder Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen – ich zitiere aus dem Postulat: auf anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse und ethische Modelle – bezieht, sondern weil eben die Lebensgeschichte, die beim Schulbesuch erzählt wird, die Kinder und Jugendliche dafür sensibilisiert, sich für andere Lebensläufe, für Ungerechtigkeit, für andere Perspektiven zu interessieren und so die Empathie fördert. Deswegen werden auch externe Bildungsangebote, die auf Rassismus- und Antisemitismusprävention abzielen, logischerweise von Rassismus- und Antisemitismusbetroffenen durchgeführt und nicht, um es mit Matteo zu sagen, von einem alten, weissen Wissenschaftler. Es geht eben um die Perspektive, es geht nicht um Wissenschaftlichkeit. Das Postulat hat ja viele Forderungen, ich zitiere ein bisschen daraus: "Mechanismen zur systematischen Überprüfung der Inhalte aller externen Bildungsangebote im Einklang mit den schulischen Richtlinien und Werten", "effektive Kontrollmechanismen und Evaluationsverfahren", "politische Neutralität", "eine hohe wissenschaftliche Qualität der Inhalte und pädagogische Eignung aller Bildungsangebote". Wenn wir solche Kontrollmechanismen einführen wollen, dann sind externe Bildungsangebote so hochschwellig und administrativ aufwendig, dass die Schulen und Lehrpersonen darauf verzichten müssen, überhaupt einmal jemanden an eine Schule einzuladen. Mit dem will ich überhaupt nicht sagen, dass die Bildungsangebote von Dritten rassistisch oder antisemitisch oder ableistisch oder sexistisch sein dürfen, natürlich nicht. Aber die Schulen und Lehrpersonen wollen ja auch nicht, dass sexistische oder rassistische oder antisemitische oder ableistische Angebote an ihre Schule kommen. Und wenn sie in Bezug auf ein Angebot unsicher sind, stehen ihnen auch entsprechende Fachstellen beratend und unterstützend zur Seite. Da braucht es jetzt keine neue administrative Schlaufe zur Kontrolle, die eigentlich auch gleich ein Misstrauensvotum an die Schulen ist. In diesem Sinn: Diese Vorstösse schaffen das Problem, dass es kaum mehr möglich sein würde, externe Angebote einzuladen, ausser vielleicht noch die pädagogisch geschulte Polizei, aber mit dem ist es ja dann vielleicht gleichwohl nicht getan.

Präsident: Danke. Dann für die Fraktion SP-JUSO: Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Fraktion: Es ist eigentlich ungeheuerlich; der Skandal ist ein anderer: Im Jahr 2025 stehen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Queer-Feindlichkeit, Sexismus alle nicht auf dem Lehrplan. Aber es ist so, und eigentlich überrascht dies auch nicht, gerade beim Thema Rassismus, denn der Lehrplan 21 ist von den Deutschschweizer Kantonsregierungen einmal gemacht worden, und in denen sitzen bis heute eigentlich mit wenigen Ausnahmen keine Menschen mit Migrationshintergrund. Sensible Themen wie Rassismus werden in der Regel von externen Fachleuten vermittelt und mit den Schülerinnen und Schülern diskutiert. Dass man an den Schulen auch viele Freiheiten hat als Schulleitung, ist durchaus zu begrüssen. Es geht ja gar nicht anders. Es ist ein Paradox bei der Diskriminierungsbekämpfung, dass die Hilfe so oft von den Betroffenen selbst kommen muss, als denjenigen, die eigene Erfahrungen mit dem Thema haben, während Profis wie die Lehrpersonen mit leeren Händen dastehen. Es fehlt ihnen auch an den nötigen Schulmaterialen. Woher sollen sie es auch wissen, dieses Grundwissen? – Und leider fehlt ihnen manchmal auch die angemessene Sensibilität für diese Themen. Auch haben die meisten Lehrkräfte keinen Migrationshintergrund. Bei den Schulkindern ist das natürlich anders, gerade in der Stadt Bern. Es wäre für das Schulamt in der Stadt Bern nicht wirklich machbar, alle einzelnen Anbieter zu durchleuchten und ihren Einsatz zu koordinieren. Das sehen wir in der SP-JUSO-Fraktion auch so. Eine enge Koordination und Aufsicht durch die Stadt würde

alles nur verkomplizieren. Andererseits macht es sich der Gemeinderat in seiner Antwort doch sehr einfach. Wohlgemerkt: Der alte Gemeinderat beharrt bei Traktandum 8 Punkt 3 allen Ernstes darauf, dass allein die Schulleitungen und die Schulkommissionen bei rassistischen Verstössen von Anbietern eingreifen sollen. In einer Stadt mit unserem Migrationsanteil, mit bis zu 100% Migrationsanteil in einzelnen Klassen, zum Beispiel in Bethlehem und Wittigkofen, würde ich doch erwarten, dass man sich auf weit höherer Ebene für Rassismus zuständig fühlt. Wenn ich in 7 Jahren in der Schulkommission in Bethlehem etwas gelernt habe, dann ist das, dass Schulleitungen und Lehrkräfte genau eines wollen und nichts anderes: Unterricht geben. Sie wollen sich nicht mit Rassismusvorwürfen gegen Anbieter beschäftigen und diese einzeln prüfen und sich schon gar nicht politisch exponieren mit schwerwiegenden Entscheidungen wie im Fall von Baba News. Sie wollen diese Entscheidung nicht allein selbst treffen müssen. Und wenn eine nationale Antisemitismusdebatte in den Medien und in der Gesellschaft läuft, kann sich der Gemeinderat nicht aus der Diskussion verabschieden und die Verantwortung auf den Kanton oder noch schlimmer auf die Schulleitungen abschieben. Ich habe das selbst in Bethlehem in der Schulkommission erlebt. Die Schulleitungen in unserer Stadt haben Ende März 2024 aus den nationalen Medien, aus der Sonntagszeitung erfahren müssen, dass sie gemäss BSS-Leiterin allein entscheiden sollen, ob Baba News jetzt antisemitisch ist oder nicht, angemessen oder deplatziert in seiner Arbeit. Gerade in einer so aufgeheizten Diskussion wie jene um Baba News, in der es um gegenseitige, echte und unwahre Vorwürfe des Rassismus' und Antisemitismus' ging, und bei der sich in der Mitte Kinder und Eltern als Opfer wiedergefunden haben, weil sie jüdisch oder muslimisch, und somit vermeintlich antisemitisch waren, da muss der Gemeinderat einschreiten und dafür sorgen, dass nicht die Falschen und vor allem nicht die Wehrlosesten, die Schulkinder, Opfer gesellschaftlicher Vorurteile werden. Übrigens: Auch bei Citysoftnet werden wieder die Schwächsten in der Gesellschaft Opfer des BSS. Ich muss das leider sagen. Der Gemeinderat muss nicht alle Angebote prüfen, aber er hat die Mittel, um zu intervenieren, allein wenn es darum geht, einzuschreiten und zu einzelnen Anbieten zumindest klare Empfehlungen zu kommunizieren und Verantwortung zu übernehmen. Die BSS hat jetzt eine neue Leitung, die alles besser machen kann. Und ich bin zuversichtlich, dass sich der Gemeinderat jetzt auch seiner Verantwortung besser bewusst ist. Ob das wirklich zu Verbesserungen führt, werden wir aufmerksam beobachten. Die SP-JUSO-Fraktion wird die Traktanden 8 und 9 ablehnen.

Präsident: Danke. Für die Fraktion FDP: Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion nimmt das Postulat sowie die Motion mehrheitlich an. Bildung braucht klare Leitlinien, nicht Beliebigkeit. Externe Bildungsangebote müssen höchsten wissenschaftlichen und pädagogischen Standards entsprechen. Neutralität, Qualität und Transparenz sind nicht verhandelbar. Wir anerkennen die Autonomie der Schule, auch wenn das aberkannt wird. Verantwortung bedeutet, Lehrpersonen nicht alleine zu lassen, sondern ihnen die richtigen Werkzeuge an die Hand zu geben. Es kann nicht dem Zufall überlassen werden, welche externen Akteure unsere Kinder prägen. Bildung darf kein Experimentierfeld für Ideologien sein. Es ist fantastisch, wie wir heute auf das Prinzip Hoffnung setzen bei diesen 2 Vorstössen. Es ist fantastisch, wie man hier hingestellt wird, dass man als Ding in Frage gestellt wird; und trotzdem. Es ist auch fantastisch, dass die GB-JA hier argumentiert, dass die

Motion und das Postulat zu weit gehen, obwohl ja ganz klar ist, dass es eine Richtlinienmotion ist. Nichtsdestotrotz und wie schon gesagt: Die FDP-Fraktion wird das Postulat und die Motion mehrheitlich annehmen. Merci.

Präsident: Dann könnt ihr euch jetzt für Einzelvoten anmelden. Als erstes Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ja, tatsächlich, der Anlass für diesen Vorstoss sind die diversen antisemitischen Vorfälle an den Berner Schulen gewesen. Und ja, mir persönlich scheint es weder ehrenrührig noch beschränkt, dass man das zum Anlass für einen Vorstoss nimmt. Ich weiss von jüdischen Familien, die nicht nach Bern sind, weil unsere Schulen ein massives Antisemitismusproblem haben. Ich weiss von verschiedenen Familien, die über die letzten Monate gröbste antisemitische Anwürfe gegenüber ihren Kindern erlebt haben. Wir haben heute schon davon gehört. Die Berichte von jüdischen Kindern und ihren Eltern haben ergeben, dass weder die Lehrpersonen noch die Schulsozialarbeit in Bern auf die spezifische Problematik des Antisemitismus' vorbereitet gewesen ist. Und das wäre jetzt eigentlich dieser Raum, den vorhin die Gemeinderätin genannt hat, um ganz konkret aktiv zu werden und ganz konkret zu handeln. Interessant ist beispielsweise, dass bei Antisemitismus nicht etwa die Betroffenen, sondern die Lehrpersonen, die Schulsozialarbeit und die Tagesschulleiter*innen befragt werden. Wir haben uns in diesem Parlament gerade letztes Mal über das Racial Profiling der Berner Kantonspolizei unterhalten. Und wir haben uns dabei meiner Meinung nach zu Recht kollektiv darüber aufgeregt, dass das von der Kantonspolizei geleugnet wird. Wieso bleibt die Verharmlosung von antisemitischen Vorfällen in unserer Stadt, an unseren Schulen ohne jegliche Reaktion? Der Gemeinderat versucht, uns in seiner Antwort tatsächlich weiss zu machen, dass er keinerlei Einfluss darauf nehmen kann, an wen unsere Schulen Aufträge für externe Bildungsangebote erteilen. Er stellt die freie Angebotswahl der Schulen über die Prävention von Diskriminierung. Wie kann sich der Gemeinderat nur in der Argumentation versteigen, dass die freie betriebliche Führung einer Schule, die im Volksschulgesetz vorgesehen ist, über dem verfassungsrechtlich garantierten Diskriminierungsverbot steht? Es ist vollkommen klar, dass der Staat bei der Übertragung von Aufgaben an Private nicht nur darf, sondern dafür sorgen muss, dass die verfassungsmässig garantierten Rechte eingehalten werden. Es ist in den letzten Tagen und Wochen viel über Freiheit und auch über Meinungsäusserungsfreiheit fabuliert worden. Dass sich ein linksgrüner Gemeinderat ebenfalls darauf versteigt, aufgrund von angeblich fehlender formeller Macht keinerlei Möglichkeiten zu sehen, Kinder vor menschenfeindlichen Tendenzen zu schützen, ist schon fast unglaublich. Für mich kann Menschenfeindlichkeit nie unter den Begriff Freiheit subsumiert werden. Sich gegen Menschenfeindlichkeit, gegen Diskriminierung zu stellen, braucht keine formale Macht. Es braucht Rückgrat. Es braucht einzig die Erkenntnis, dass jeder Mensch gleich wert ist. Wie der Gemeinderat in der gleichen Antwort behaupten kann, er stehe für eine diskriminierungsfreie Schule ein, obwohl er ja angeblich keinerlei Einfluss darauf nehmen kann, bleibt mir, ehrlich gesagt, ein Rätsel. Der Gemeinderat versteckt sich hinter irgendwelchen Paragraphen und es scheint ihm an jeglicher Fantasie zu fehlen, wie diskriminierungsfreie Bildungsangebote … diskriminierende Bildungsangebote von Privaten in unseren Schulen unterbunden werden können. Zusammengefasst will uns der Gemeinderat glauben machen, dass er gar nichts dagegen machen kann, wenn die Schulen externe Bildungsangebote vergeben, die diskriminierend sind. Dagegen greift er – und das muss man sich auf die Zunge zergehen

lassen –, bei Kindern, die den Inhalt dieses Bildungsangebots nachplappern, kompromisslos durch. Hannah Arendt sagte einmal, dass die Gedankenlosigkeit oft schlimmere Folgen hat als böse Absichten. Sie bezieht diese Aussage allerdings auf Menschen, die in einem totalitären Staat leben. Weil wir in einem freien und liberalen Rechtsstaat Politik machen, hoffe ich doch sehr, dass die Mehrheit nicht gedankenlos handelt und den Gemeinderat zumindest mit der Annahme des Postulats zum Denken anregt.

Präsident: Danke, dann als nächster Einzelredner: Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Ich habe jetzt sehr viele gescheite, tiefe Überlegungen gehört, sehr viele Überlegungen. Also, wir sind fast in einem Philosophieseminar gewesen. Aber kommen wir geschwind zurück zu dem, worum es eigentlich geht. Im Grunde genommen geht es eigentlich darum, dass wir hier ein Presserzeugnis haben, das plötzlich unterrichten geht. Wir reden von Baba News, aber wir könnten auch von der Weltwoche reden. Stellt euch einmal vor, Roger Köppel würde einen Neutralitäts-Kurs an der Schule geben und den Schülerinnen und Schülern erklären, wie das Neutralitätsrecht funktioniert. Ich glaube, es geht ein bisschen darum. Ich finde, Baba News hat eine Berechtigung, ist ein Stachel im Fleisch, ist nicht immer sehr angenehm zu lesen, je nachdem, was man für eine politische Position hat; das ist die Pressefreiheit. Aber Baba News auf Schülerinnen und Schüler loszulassen mit dem Kapitel Hate Speech? – Grosses Fragezeichen. Ich glaube, der Weltwoche-Vergleich könnte ein bisschen aufzeigen, um was es geht. Deshalb unterstütze ich das Postulat. Merci.

Präsident: Merci. Dann hat auch hier das Wort für den Gemeinderat: Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Vielleicht liegt es an der Uhrzeit, aber irgendwie bin ich nach dieser Debatte ein bisschen verwirrt, um was es eigentlich wirklich genau geht. Ich werde euch jetzt einfach mein Votum ablesen, vielleicht passt es zu dieser Debatte, vielleicht aber auch nicht so ganz. Schon der Vorstoss ist ja nicht so ganz klar gewesen auf dem Tisch, worüber wir eigentlich genau reden wollen; also dann reden wir doch einfach alle über etwas. Aber zum Glück haben wir ja vorhin schon eine sehr gute Debatte gehabt, denn das ist nämlich der Kontext, der auch in dieser Zeitspanne stattgefunden hat, als Eskalationen an den Schulen eben auch vorkamen. Es geht eigentlich um ein sehr ernstes Thema: Es geht um die Antidiskriminierungsarbeit an den Schulen. Ich weiss nicht, wer von euch alles selbst Erfahrung hat in Antidiskriminierungsarbeit, und was sie bedeutet, und wer von euch allen im Schulsystem selbst tätig ist und weiss, was es bedeutet, Lehrer oder Lehrerin zu sein, Schulleiter*in zu sein, und welchen Ansprüchen man gerecht werden sollte, welche die Gesellschaft berechtigterweise an die Schulen stellt. Aber es ist wirklich eine sehr komplexe Angelegenheit. Wir alle wissen auch, dass die Schulen strukturell komplett unterfinanziert sind. Wir wissen aber auch, dass die Schulen im Moment ein grosses Thema haben mit dem Fachkräftemangel. Jetzt haben wir in der Stadt Bern ein Schulsystem, das sehr komplex ist. Ich weiss nicht, wer von euch die Reform der Schulstrukturen auch mitdiskutiert hat. Wir seitens Gemeinderats und Verwaltung haben bildungspolitische Hebel. Wir haben aber auch Grenzen, und diese Grenzen sind bewusst gesetzt worden. Ich persönlich stehe hinter dieser Grenze. Es geht nämlich auch darum, dass die Schulen in ihrem Kontext die Themen auch so aufnehmen können, wie sie stattfinden. Und wir sind uns wohl alle einig, dass es an einer Schule, vielleicht in Bethlehem, andere Problemfelder gibt als an einer Schule im Kirchenfeld. Das eine macht das andere nicht besser oder schlechter, aber es ist so. Und es ist auch gut, dass man dort bedarfsgerecht reagieren kann

und entsprechend eben auch Fachpersonen miteinbeziehen kann, so wie es vorhin auch schon geschildert wurde, um dort eben gewisse Bildungslücken für die Lehrpersonen, aber auch für die Schüler*innen zu füllen. Selbstverständlich ist es dem Gemeinderat und mir auch ein grosses Anliegen, dass sich alle Akteur*innen in diesem komplexen System der Schule mit Respekt und Toleranz begegnen, und dass auch die politische Neutralität von all diesen Akteuren vorgelebt wird. Es ist auch wichtig, dass bei jeglicher Art von diskriminierenden Äusserungen oder Darstellungen reagiert wird. Mir ist es ein Rätsel, aber der Vorwurf ist jetzt schon ein paar Mal gekommen, dass man irgendwie die Empörung nicht wahrnehme, und dass es gar keine Empörung gibt, wenn Vorfälle stattfinden. Also ich habe eine sehr grosse Empörung, die aber auch eine sehr gerechtfertigte Empörung war, wahrgenommen in all den Diskussionen, in denen wir uns heute Abend bewegen. Mit dem Thema der diskriminierungskritischen Schulen, das eben verschiedene Diskriminierungskategorien umfasst, setzen sich im Moment verschiedene Akteur*innen – also schon seit sehr lange, aber im Moment vertieft – auseinander, weil der Handlungsbedarf auch virulent auf dem Tisch ist. Es geht vor allem darum, dass wir dort unsere Hebel suchen seitens der Verwaltung. Es gibt jetzt ein Projekt, das habe ich vorhin schon angetönt, das heisst mit dem Arbeitstitel "diskriminierungskritische Schulen", bei dem man verschiedenste Aspekte aufgreifen wird. Die verschiedensten Fachstellen, die wir seitens der Verwaltung haben, werden mitarbeiten. Dabei geht es auch darum, dass man dort in die Schulen hineingeht mit entsprechenden Fachpersonen. Eine ganz wichtige Akteurin ist natürlich die Schulsozialarbeit. Sie haben noch einmal einen anderen Hebel. Sie können auch direkt mit den Schüler*innen arbeiten, sie können auch die Elternarbeit unterstützen bei diesen Themen. Die Auswahl und Nutzung der externen Bildungsangebote – ich glaube, darum geht es vor allem im Kern dieser Vorstösse –, die liegen in der Kompetenz der einzelnen Schulen. Das ist so geregelt. Sie müssen dabei aber regulatorische Vorgaben einhalten; dies ist ein Instrument, das wir auch mitsteuern können. Man kann eben Regulatorien setzen, an die sich alle Schulen halten müssen. Und sie müssen auch die Werte der eigenen Schule berücksichtigen. Darunter fallen zum Beispiel auch die diskriminierungskritische Prüfung und die Berücksichtigung der politischen Neutralität bei solchen Vergaben. Es liegt aber nicht in der Kompetenz des Gemeinderates, auch wenn sich das sehr viele wünschen würden, die Vergaben von Bildungsaufträgen in den Schulen zu überprüfen. Das ist nicht unsere Aufgabe, nicht unsere Kompetenz. Das ist die Kompetenz der Schulen. Und es ist auch nicht in unserer Kompetenz, Angebote von Dritten zu evaluieren oder sogar Verträge aufzulösen. Ich bin aber überzeugt, dass jetzt, aber auch schon damals, die Schulen die Verantwortung mit diesen Regularien sehr ernstnehmen, neben allen Herausforderungen, mit denen sie sonst beschäftigt sind. Sie gehen bei der Auswahl von externen Angeboten gewissenhaft und sorgfältig vor. Und wenn es Verstösse gibt und irgendwelche Relativierungen von rassistischen, antisemitischen, geschlechtsbezogenen oder ableistischen Diskriminierungen, dann gibt es Eskalationsstufen, auch die sind regulatorisch festgehalten. Dort wird man auch reagieren können, wenn das stattfindet. Und selbstverständlich nimmt die Stadt ihre Verantwortung wahr, dort, wo sie eben ihre Hebel sieht, nämlich indem sie die Sensibilisierungsprojekte an den Schulen aktiv fördert, wenn wir dann die Ressourcen dafür haben, und indem die städtischen Fachstellen, wenn sie dann die Ressourcen dafür haben, den Schulen jederzeit zur Verfügung stehen. Das tun sie im Rahmen ihrer Ressourcen. Und die Fachstellen unterstützen und beraten die Schulen auch bei spezifischen Projekten, wenn sie etwas Spezifisches längerfristig implementieren wollen. Und sie geben Empfehlungen zu geeigneten schulischen Angeboten ab, mit verschiedensten Listen, aus

denen dann die Schulen aussuchen können, welche Angebote sie für sich beziehen wollen. Merci vielmals.

Präsident: Merci, Ursina. Dann kommen wir zur Abstimmung. Bei beiden Geschäften werden wir punktweise abstimmen. Wir sind somit bei Traktandum 8 als Richtlinienmotion. Wenn ihr Punkt 1 als Richtlinie erheblich erklären wollt, drückt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 009

2024.SR.0068: Punkt 1 als Richtlinie

Ablehnung

Ja	17
Nein	42
Enthalten	12

Präsident: Ihr habt den Punkt abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 2 als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 010

2024.SR.0068: Punkt 2 als Richtlinie

Ablehnung

Ja	17
Nein	52
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Punkt abgelehnt. Wir stimmen über Punkt 3 als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 011

2024.SR.0068: Punkt 3 als Richtlinie

Ablehnung

Ja	16
Nein	52
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt dem Punkt 3 zugestimmt.

2024.SR.0055

9 Postulat Simone Richner (FDP), Milena Daphinoff (Mitte), Bernadette Häfliger (SP) und Maurice Lindgren (GLP): Bildung mit Integrität: Standards und Transparenz bei externen Bildungsanbietern

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 und 9: siehe Traktandum 8.

Präsident: Wir kommen zum Postulat, stimmen auch hier punktweise ab. Wer Punkt 1 erheblich erklären will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 012

2024.SR.0068: Punkt 1	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	50
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Punkt abgelehnt und wir stimmen ab über Punkt 2.

Abstimmung Nr. 013

2024.SR.0068: Punkt 2	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	51
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt auch diesen Punkt abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 3.

Abstimmung Nr. 014

2024.SR.0068: Punkt 3	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	43
Enthalten	10

Präsident: Ihr habt den Punkt 3 abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 4.

Abstimmung Nr. 015

2024.SR.0068: Punkt 4	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	43
Enthalten	9

Präsident: Ihr habt den Punkt 4 abgelehnt. Wir kommen somit zum Traktandum Nummer 10.

2024.SR.0064

10 Motion Emanuel Amrein (SP), Bernadette Häfliger (SP), Johannes Wartenweiler (SP), Francesca Chukwunyere (GFL), Milena Daphinoff

(Mitte): Eine zentrale Produktion der Mahlzeiten für die Betreuungseinrichtungen

Präsident: Das Geschäft ist in ein Postulat gewandelt und Punkt 3 ist zurückgezogen worden. Dennoch ist das Postulat auch in dieser Form bestritten und ich gebe den Einreichenden das Wort. Das wäre für die Einreichenden: Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP) für die Einreichenden: Wir kommen langsam, aber sicher zum Dessert. Wir wandeln diese Motion in ein Postulat, wie Tom gesagt hat, also die Punkte 1, 2, 4 und 5. Der Punkt 3, der die Fachstelle für Verpflegung betrifft, hat an Aktualität verloren, darum streichen wir den. Das Anliegen, dass die Stadt Bern aber das Essen für Kinder und Schüler*innen möglichst nachhaltig produziert, ist aber nach wie vor hochaktuell. Die Nachfrage steigt und es braucht ab 2029 1 Mio. Mittagessen pro Jahr. Der Gemeinderat soll sich deshalb dem Thema annehmen und über den Fortschritt berichten. Beim vorliegenden Vorstoss geht es ums Essen. Das heisst, wir sind alle Expert*innen. Die eigene Küche liegt uns am nächsten. Auch der Gemeinderat und die Verwaltung lassen sich nicht dreinreden, wenn es ums Essen geht. Das bringt der Gemeinderat in seiner Antwort deutlich zum Ausdruck. Auch zeigt er es, indem er letztes Jahr die Strategie für die Mahlzeitenproduktion dem Stadtrat nur zur Kenntnis unterbreitet hat und diese Motion als Richtlinienmotion einstuft. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort zeigt, hat er mit der Quartierküche im Tiefenauspital eine temporäre Lösung für das Bewältigen des Wachstums gefunden. Auch die Verwaltung hat bestätigt, dass es insgesamt in die richtige Richtung geht. Die Küche in der Tiefenau erweitert die Möglichkeiten deutlich, mit ihr kann eine weitere nachhaltige Produktionslinie eröffnet werden. Doch wie schnell geht es insgesamt voran? Die Produktion – wenn wir von 20'000 Mittagessen pro Woche reden, reden wir nicht vom Kochen, wir reden vom Produzieren –, also das Produzieren bleibt eine Herausforderung, insbesondere wenn es den heutigen Ansprüchen der Nachhaltigkeit gerecht werden will. Zur Nachhaltigkeit gehören auch die Betriebskosten. Insgesamt sind die aktuellen Betriebskosten hoch oder zu hoch. Die Verwaltung hat mir dazu keine exakten Angaben liefern können. Die Produktion an 25 Standorten ist nicht nachhaltig. Sie braucht mehr Ressourcen, sie braucht mehr Raum, sie braucht mehr Energie, mehr Personal und sie verursacht zu allem anderen auch noch mehr Abfall. Zudem haben die vielen kleinen Produzenten kein Gewicht beim Einkauf. Der Gemeinderat reagiert auch darauf mit einer Fachstelle. Wir sind aber überzeugt, dass sich die Leitenden von 4 bis 5 Quartierküchen einfacher untereinander abstimmen, und somit mehr Wirkung bei den Produzenten erzielen könnten; das heisst bei der Seite, die ziemlich gut organisiert ist. Und es geht auch darum, unser Interesse ist es, einen Absatzmarkt zu schaffen für die Bioproduzenten in der Region. Wie im Vorstoss formuliert, sind wir nach wie vor überzeugt, dass die Stadt in Quartierküchen investieren muss, die kleinere Standorte beliefern, und dass veraltete und unproduktive Küchen umgerüstet werden und in ein nachhaltiges System integriert werden. Es gibt funktionierende Küchen hier und dort, die können auch weiterbetrieben werden. Aber es funktioniert nicht überall gut, so zum Beispiel in der ehemaligen Tagesschule meines Sohns. Auch übertreibt der Gemeinderat bei den Investitionskosten. Es braucht nicht 3 Produktionsküchen. Es braucht maximal 2 Küchen und entsprechend auch weniger Investitionen. Die in der Antwort genannten Zahlen sind zu hoch und lassen vor allem die Betriebskosten ausser Acht. Vergleichsweise produziert eine Küche in der Stadt Biel 370'000 Mahlzeiten pro Jahr, gekostet hat sie rund 6 Mio. Franken. Ausserdem hat die Stadt Bern vor 10 Tagen in der Stadt Bern die Charta "Nachhaltige Ernährung der Schweizer Städte" unterzeichnet. Das Handlungsfeld Nummer 1 dieser

Charta sind die eigenen Betriebe und Betreuungseinrichtungen. Das heisst, dort zu handeln, wo die Stadt direkt ansetzen kann, wo sie direkt wirken kann. Wie will der Gemeinderat diese Charta umsetzen? Vermutlich wird er dazu eine Fachstelle einrichten. Der Gemeinderat hat zudem im vergangenen Dezember das Konzept "Nachhaltigen Ernährung 2035" verabschiedet. Darin steht, dass die Stadt die Nachhaltigkeit der städtischen Verpflegungsstandorte fördern soll. Unter 2.3 ist die Rede von "mehr abstimmen und mehr koordinieren". Der Zeithorizont: mittelfristig? – Nein, wir finden: Handeln und zwar jetzt, kurzfristig, und zwar mehr zentral und weniger dezentral. Der Gemeinderat, also die Stadt Bern kann da mehr machen. Und wir fordern, dass es vorwärtsgeht. Deshalb soll der Gemeinderat in einem Bericht aufzeigen, wie er das macht. Ich schliesse gerne das Votum der SP-JUSO-Fraktion an: Da kann ich mich kurzfassen. Die Fraktion will eine nachhaltige Ernährung und damit auch eine nachhaltige Produktion, mehr Bio, mehr saisonal, mehr Produkte aus der Region. Gleichzeitig sollen die Kosten nicht ins Unermessliche steigen, deshalb kann ein fragmentiertes System nicht ewig betrieben werden. Und zur Umsetzung der Charta und dem Konzept "Nachhaltige Ernährung" braucht es nicht zusätzliche Fachstellen, sondern ein bisschen Willen und gezielte Investitionen. Das senkt insgesamt die Kosten auch bei den städtischen Kitas. Die nachhaltige Ernährung der Kinder in den Kitas und in den Schulen gehört für uns zum Service public. Die Stadt soll in Quartierküchen investieren, und diese wenn möglich auch selbst betreiben. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt deshalb die Annahme des Vorstosses als Postulat.

Präsident: Merci vielmals. Dann könnt ihr euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als Erstes für die Fraktion GB-JA: Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: In der vorliegenden Motion oder jetzt Postulat – ist mir eigentlich egal – geht es darum, beim Essen für Kinder zu sparen. Das könnt ihr drehen und wenden, wie ihr wollt. Dass man auf solche Ideen kommt, wirft bei mir schon einmal grundsätzlich Fragen auf. Schon vor ein paar Wochen habe ich euch dargelegt, warum man nicht bei den Kindern sparen sollte. Heute Nachmittag hat hier das Kinderparlament getagt. Sie fordern unter anderem, dass alle Kinder Zugang zu gesundem und ausgewogenem Essen haben. Dass wir jetzt, ein paar Stunden später, über ihre Köpfe hinweg darüber entscheiden, kommt mir mehr als zynisch vor. Darum könnt ihr euch schon denken, dass die GB/JA-Fraktion das vorliegende Postulat ablehnt. Grundsätzlich ist es unnötig, weil die Strategie «Vielfalt+» gut verabschiedet wurde. Und es ist finanzpolitischer Unsinn, weil die Umsetzung dieser Forderung viel teurer ist, als wenn man es so lässt, wie es jetzt ist. Ihr habt alle Anfang der Woche einen Brief bekommen mit Argumenten von Fachpersonen. Das heisst, auch aus fachlicher Perspektive ist diese Forderung fatal und bedeutet eine Verschlechterung der Qualität in den Betreuungsinstitutionen. Diese Argumente führe ich jetzt noch ein bisschen aus, also die Argumente, die ihr schon im Brief gelesen habt. Für alle, die sich noch nie mit Betreuungsinstitutionen auseinandergesetzt haben oder damit in Berührung gekommen sind: Das Essen ist eines der wichtigsten und zentralsten Themen in diesen Institutionen. Hier geht es nicht darum, ob ihr euch entscheidet, ins Restaurant zu gehen oder zu Hause zu kochen, damit es billiger ist. Essen hat in der pädagogischen Betreuung eine viel grössere Bedeutung. In der Kita essen Kinder bis zu fünfmal am Tag. In der Ausbildung zur Fachperson Kinderbetreuung ist Essen kein Randthema, nein, es ist ein Kernthema, mit dem man sich in diesen 3 Jahren beschäftigt. Es ist nicht einfach eine Unterrichtseinheit, sondern wird immer wieder aufgegriffen, weil es eben mit anderen Themen verwoben ist, wie zum Beispiel Entwicklung, Gesundheit und

weitere. Es gibt sogar einen eigenen üK, überbetrieblichen Kurs, der sich nur um das Thema Essen dreht. 2 Tage lang setzt man sich nur mit diesem Thema auseinander. Wie Emanuel gesagt hat, sind wir hier alle Experten, wenn es um Essen geht, aber anscheinend nicht, wenn es um die Betreuung geht, um die fachliche Betreuung von Kindern und um die Pädagogik. Deshalb will ich jetzt ein paar pädagogische Fakten liefern, warum das Essen so wichtig ist. Das Postulat fordert unter anderem, dass das Essen kalt angeliefert wird und nachher in den Institutionen aufbereitet bzw. aufgewärmt wird. Das bedeutet einen Qualitätsverlust beim Essen. Durch die Aufbereitung gehen wichtige Nährstoffe verloren und das hat verheerende Folgen für die Kinder. Deshalb hier einmal ein paar pädagogische Fakten: Kinder befinden sich in einer dauerhaften Wachstumsphase und ihr Körper verändert sich ständig. Dafür braucht der Körper Energie. Und dafür ist eine ausgewogene und gesunde Ernährung massgebend. Kinder sind idealerweise den ganzen Tag am Spielen. Die Spielentwicklung ist ein sehr wichtiges Element, um die ganze Entwicklung des Kindes zu fördern. Zum Beispiel wird die motorische Entwicklung beim Spielen gefördert oder die kognitive Entwicklung oder auch ganz viele andere Entwicklungen. Das braucht enorm viel Hirnkapazität des Kindes. Ihr könnt es euch vorstellen: Wenn ihr den ganzen Tag am Arbeiten und Denken seid, ist das gleichzusetzen wie mit dem Spielen bei den Kindern, denn bei ihnen passiert extrem viel im Hirn, um sich zu entwickeln und das ist entsprechend anstrengend für sie. Ich gehe davon aus, dass ihr euch auch über ein ausgewogenes und frisches Mittagessen oder Abendessen nach einem anstrengenden Arbeitstag freut. Genau so freuen sich die Kinder. Und sie brauchen es eben auch genau deswegen, sonst können sie sich nicht entwickeln. Das einmal grundsätzlich dazu, warum Essen für Kinder zentral ist. Jetzt zum Kernpunkt des Vorstosses, nämlich die Nahrungszubereitung in 3 bis 5 Quartierküchen zu zentralisieren – zwei Küchen, noch schlimmer. Der Vorstoss sagt, dass die Verzettlung der Mahlzeitenproduktion auf zahlreiche Standorte nicht nachhaltig und zu teuer sei, ohne einen wirklichen Mehrwert zu generieren. Aus Erfahrung aus dem Betreuungsalltag hat die Zubereitung vor Ort einen wichtigen pädagogischen Mehrwert für Kinder und Personal. Essen ist eben nicht nur Nahrungsaufnahme in der Betreuungsinstitution, sondern es soll ein Teil der Lebenswelt von Kindern sein und einbezogen werden. Mit der Nahrungsproduktion vor Ort ist das viel besser realisierbar. Zum Beispiel haben sie so viel mehr Bezug zum Essen, sehen den Verarbeitungsprozess und können auch in den Kochprozess einbezogen werden. Und ich möchte eben, dass hier weiterhin von Kochen gesprochen wird und nicht von Produktion, weil wir für unsere Kinder kochen, nicht produzieren. Wenn Kinder in den Kochprozess einbezogen werden, fördert das ihr Verantwortungsgefühl und ihre Selbstwirksamkeit. Ausserdem ist es gut bei kleinen Kindern, aber je nachdem auch bei den älteren Kindern. Alles, was sie zum ersten Mal essen, kennen sie nicht. Das ist nicht in ihrem Hirn als Geschmack abgespeichert. Es ist deshalb enorm wichtig, dass das Essen, das die Kinder essen, abwechslungsreich ist, damit sich die Geschmacksknospen entwickeln können. Das mal zu den pädagogischen Fakten. Aber wie ihr in diesem Brief lesen konntet, gibt es eben auch sehr viele organisatorische Argumente. Und hier geht es vor allem darum, dass es mehr organisatorischen Aufwand erfordert und die Betreuungspersonen weniger Zeit haben für die fachliche Betreuung der Kinder. Deshalb sind die organisatorischen Aspekte nicht zu unterschätzen und deshalb heisst die Forderung auch eine Verschlechterung der Betreuungsqualität. Wenn es in der Institution eine Küche hat, dann können die Essgewohnheiten der Kinder besser und einfacher kommuniziert werden und die Kinder können diese zum Beispiel auch mitteilen. Zum Beispiel haben wir gerade beim Abendessen darüber gesprochen, dass die Kinder nicht gerne Lasagne oder Aufläufe haben. Wenn es eine zentralisierte Mahlzeitenproduktion gibt, dann kann man

das nicht kommunizieren und es gibt viel mehr Foodwaste und eben nicht weniger, wie es behauptet wurde, weil viel weniger Kinder das essen, weil nicht nach ihren Bedürfnissen gekocht wird. Der Infofluss ist aus Erfahrungen verschiedener Fachpersonen grundsätzlich besser, wenn es eine Küche in einer Institution hat. Und es ist essentiell für eine schnelle und unkomplizierte Kommunikation von Küchenpersonal zu Betreuungspersonen. Denn es wird mühsam und aufwendig für sie, wenn sie immer Feedbackformular, Bestellformular und die Kommunikation von Essgewohnheiten, Allergien und so weiter ausfüllen müssen, und ihnen dadurch die Zeit für die Kinder fehlt. Wenn der Infofluss nicht gut ist oder auch der persönliche Bezug zum Küchenpersonal nicht da ist, sind auch manche Berechnungen viel schwieriger, weil eben das Küchenpersonal die Kinder gar nicht mehr kennt und so entsteht mehr Food Waste. Denn es werden einfach Standardberechnungen verwendet. Es wird einfach das Essen so zubereitet, wie sie denken, das sei gut, eben zum Beispiel der Auflauf, die Lasagne. Und das führt zu mehr Foodwaste. Ich habe Stimmen aus mehreren Betreuungsinstitutionen gehört, die das bestätigt haben. Seit es eine externe Küche gibt, ist der Foodwaste grösser. Deshalb möchte ich jetzt erläutern, warum eine externe Küche keine anzustrebende Lösung ist und nur eine Lösung sein soll, wenn die Infrastruktur fehlt und nicht extra angebaut oder verändert werden soll. Wenn das Essen kalt angeliefert wird, aber auch wenn das Essen zum Beispiel noch geholt werden muss, weil es nicht bis in die Institution geliefert werden kann, dann fehlt eine Person bei den Kindern während dieser Zeit. Wir reden hier von der Mittagszeit. Die Kinder kommen entweder gerade aus der Schule oder haben den ganzen Morgen in der Kita gespielt, sprich sie haben Hunger, sie sind müde und sie befinden sich in einer Übergangsphase. Eine Übergangsphase ist aus pädagogischer Sicht eine sensible Phase bei Kindern. Sie kann Verunsicherung und Stress auslösen und noch ganz, ganz viel weiteres. Vielleicht komme ich noch einmal. Merci.

Präsident: Dann als nächstes für die Fraktion SVP: Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst meiner Vorrednerin danken. Sie hat viel gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich verstehe nicht viel vom Sport, aber vom Essen und vom Kochen verstehe ich etwas. Ich muss vorab sagen: Ich bin befangen. Ich habe eine Tochter, die in die Tagesschule geht. Ich bin auch bestens informiert darüber, wenn etwas gut oder etwas nicht gut ist und was sie gerne haben und was sie nicht gerne haben. Und dann kennt ihr auch meine Verdauung: All das aufgewärmte Regenerationszeug vertrage ich nicht. Ich finde, es ist ungesund. Dann gehen die Vitamine und alles kaputt. Ich stellte mir einfach die Frage, als ich den Vorstoss gelesen habe, ob die Regenerationsküche für die Kinder da ist oder die Kinder für die Regenerationsküche. Das ist genau das Problem. Die Kinder sollen gesund essen, sollen Freude haben am Essen. In der Tagesschule kann meine Tochter mit der Köchin reden. Manchmal kann sie auch mitkochen oder was auch immer, hat Ideen, sagt, was gut und was nicht gut ist. Man kann auf die Bedürfnisse eingehen. Aber mit dieser ganzen Zentralisierung, das ist also wirklich ... Ich bin überrascht, dass der Vorstoss von Leuten der Sozialdemokraten mitunterzeichnet ist. Die sind doch immer für den Service public und was auch immer. Hier rede ich jetzt wirklich fast wie ein Kommunist. Aber der geht jetzt wirklich in die falsche Richtung, dieser Vorstoss.
Statt, dass ihr vor Ort nachhaltig kocht, damit die Kinder das Kocherlebnis haben, macht ihr das Gegenteil: Eine grosse Regenerationsküche. Dann denkt ihr, ihr könnt das Bioprodukt vielleicht noch ein bisschen besser vermarkten oder was auch immer. Aber ist die Küche da für die Kinder oder sind die Kinder für die Küche da? Wollt ihr, dass die

Kinder Freude am Essen haben, oder geht es darum, diese Regenerationsküche zu machen? Für mich ist das ein völlig falscher Weg, dieser Zentralismus. Und was nutzt die Charta? Ist die Charta wichtig, oder dass die Kinder gut gegessen haben und glücklich sind und ihnen ein positives Erlebnis bei dem Essen vermittelt wurde? Also für mich geht der Vorstoss absolut in die falsche Richtung. Und dann kann ich noch sagen – das weiss ich von meiner Tochter und ihr werdet jetzt wahrscheinlich wieder lachen –, dass Kinder manchmal auch ganz gerne ein bisschen Fleisch haben. Viele haben zu Hause nicht mehr so viel Fleisch und dann geniessen sie das. Und dann kann man miteinander reden, aber mit dem Regenerationsfood, das ihr überall habt – die Quartierküchen werden nachher generell betrieben als Regenerationsküchen –, das vertrage ich nicht. Ich finde das gesundheitsschädlich. Und dann ist noch das mit dem Foodwaste. Ich habe euch das auch schon gesagt, bei gewissen Büffets, das ist immer meine Theorie …

Der Präsident bittet um Ruhe im Saal.

Danke für die Intervention. Ich versuche, mich kurz zu halten. Ich brauche die Redezeit selbst. Aber ihr seht … Das ist für mich dann wirklich eine Frage: Will man geniessen, will man nicht geniessen? Und bei diesen Büffets frage ich auch immer bösartig: Was bleibt immer übrig? – Das sind immer die Selleriebrötchen. Darauf helfe ich wetten: Wenn ihr viele Brötchen habt, die übrigbleiben, das sind es die Selleriebrötchen. Und ich habe das Gefühl, mit dem Zeug, das ihr hier habt, mit diesem Vorstoss geht es absolut in die falsche Richtung. Wir von der SVP werden also ganz grossmehrheitlich diesen Vorstoss ablehnen, denn ihr macht hier etwas gegen die Gesundheit der Kinder. Ihr macht etwas gegen die Freude des Kindes am Essen. Ihr macht in Zentralismus. Ihr geht völlig in die falsche Richtung und nachher fördert ihr noch den Foodwaste. Also für mich ein katastrophaler Vorstoss, ich hoffe, dass er abgelehnt wird. Merci.

Präsident: Merci, Alex. Ich sage es jetzt noch einmal. Ihr kennt es. Wir haben Leitlinien, wie wir im Ratssaal miteinander umgehen sollen. Wir reden am Redner*innen-Pult oder draussen, darum: Bitte haltet euch auch für die letzte Viertelstunde daran. Merci. Als nächstes für die Fraktion AL-PdA-TIF: Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Die Al/PdA/TIF-Fraktion steht dem Anliegen sehr skeptisch gegenüber; das aus verschiedenen Gründen. Die haben wir eigentlich vor einem Jahr auch schon erwähnt, als der Antrag im Rat abgelehnt wurde. Ich möchte mich nicht zu lange damit aufhalten, dass wir natürlich schon einmal grundsätzlich gegen solche Rationalisierungsmassnahmen sind. Es ist aber halt doch so eine BWL-mässige, neoliberale Idee, mit einem grünen Anstrich einfach zusammenzukürzen, zu zentralisieren, mehr Management, und schlussendlich interessanterweise mit dem Argument, lokale Bioproduzentinnen und Bioproduzenten einzubeziehen, Arbeitsplätze, Begegnungsplätze und insgesamt die Arbeitswelt in den Betreuungseinrichtungen zu rationalisieren. Die Menschen, die in der Küche arbeiten, würden so teilweise ihre Arbeit verlieren, und wenn nicht gerade verlieren, dann sind sie definitiv mit einer stark abgewerteten Arbeit konfrontiert. Die Arbeit in solchen Grossküchen ist einerseits viel mehr Fliessbandarbeit. Das kreative Kochen, der direkte Kontakt mit den Kindern, die die jeweilige Kita, Tagesschule oder so besuchen, fallen weg, und die Abläufe werden standardisiert. Die Angestellten schieben Essen in riesige Steamer, andere werden es nachher in den Kitas aufwärmen. Das können auch weniger qualifizierte Menschen machen, mit denen man weitere Einsparungen machen kann. Arbeitende in den Küchen

werden so mehr oder weniger zu Hilfskräften. Es gibt monotone Tätigkeiten, ein kälteres Arbeitsklima, sinngemäss und wortwörtlich, Cook and Chill, einerseits wegen des höheren Drucks, der unpersönlicheren Teams, mehr Steharbeit und weniger Freiheit im Kochen, weil nicht alles für den Transport geeignet ist und, und, und. Die Arbeit entkoppelt sich immer mehr vom eigentlichen Ziel, mit und für die Kinder gesunde, ausgewogene und feine Nahrung oder feines Essen zuzubereiten. Die Leute, die in einer solchen Grossküche arbeiten, wissen nicht einmal mehr, wie das bei den Kindern ankommt. Und das ist doch, auch wenn es ein bisschen banal klingt, irgendwie noch zentral für so eine Arbeit. So viel zu den Arbeitsbedingungen. In der Küche zu arbeiten, ist ohne Grossküche schon streng genug. Wir haben die Verantwortung als Stadt, gut hinzuschauen. Mit einem solchen Projekt bleibt dann nur noch den Einheitsbrei aufwärmen und Fliessbandarbeit. Und das kann nicht im Sinn unserer Stadt als Arbeitgeberin sein. Es ist simpel weniger Autonomie bei der Arbeit durch einen eingeschränkten Handlungsspielraum in Grossküchen, weniger Abwechslung und Mitsprache, dafür sinkende Arbeitszufriedenheit und vor allem eben eine Abwertung der Arbeit an sich. Wie es Emanuel schon gesagt hat: Produzieren und nicht mehr kochen. Nachher das Stichwort Cook and Chill. Die zusätzliche Energie für das Kühlen und Abkühlen schmälert den erwähnten Energieeffizienzgewinn. Abgesehen davon ist es unklar, wie viel Abfall wirklich reduziert werden kann in der Grossküche. Stellt euch vor, etwas wird falsch gelagert, versalzen, falsch bestellt und so weiter. Die Fehlerquellen sind recht gross und die Konsequenzen nachher dementsprechend auch. Dann kommt das Essen zubereitet an. Man wärmt es in der Kita auf, und das, was nicht gegessen wird, muss fort. Das Essen darf ja nur einmal aufgewärmt werden. Das heisst, die Essensreste können nicht wiederverwendet werden und landen nachher im Kehricht. Es ist auch nicht so, als würden die angestrebten Skaleneffekte, also mehr Effizienz, weniger Kosten, weniger Personal wirklich eintreffen. Auch am jeweiligen Standort braucht es neue Infrastruktur und Menschen, die sich dieser relativ uninspirierenden Arbeit annehmen müssen: aufwärmen, verteilen, abwaschen, Resten wegwerfen, bestellen, Material zurückschicken und so weiter und so fort. In der Tagesschule mit der Reproduktionsküche geht nachher wertvolle Zeit, die man in der Kinderbetreuung braucht, für das Aufwärmen von Vorgekochtem drauf. Damit hängt auch zusammen, dass bei dezentralen Küchen viel mehr Nähe zu den Leuten beziehungsweise zu den Kindern besteht, flexible Anpassungen an spontane Schwankungen der Kinderzahl, individuelle Unverträglichkeiten einfacher sind. Einfachere und kürzere Kommunikationswege zwischen Küche und Betreuungspersonal erleichtern die Abstimmung. All das fällt weg. Es braucht eine riesige, aufgeblasene Organisation hinter so einem Projekt. Und es ist uns unklar, was die Vorteile davon genau sind. Ein sozialer Aspekt ist es ja offenbar auch nicht. Kinder können mitmachen, sehen in solche Küchen hinein, lernen den Umgang mit Essen, werden sensibilisiert. Das ist ein weiterer Nebeneffekt, das haben wir heute schon ein paar Mal gehört. Und der geht mit den Grossküchen immer mehr verloren. Noch einmal, unsere Fraktion sieht hier nicht, was mit dieser Zentralisierung besser würde, dass aber dafür viel auch verschlechtert würde. Und darum ist sie gegen den Vorstoss.

Präsident: Dann für die Fraktion FDP: Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP unterstützen das interfraktionelle Postulat, das die Mahlzeitenproduktion für die Betreuungseinrichtungen zentralisieren will. Die aktuelle Produktionssituation ist verzettelt, ineffizient und nicht wirtschaftlich. Eine Reduktion der Kleinststrukturen und eine Fokussierung auf 3 bis 5 Standorte erscheinen uns als sinnvoll und unterstützungswert. Das braucht zwar einen

initialen Aufwand, der aber schon nach kurzer Zeit rentiert. Die Konzentration bringt Skalen- und Synergieeffekte. Sie spart schon allein aufgrund des grösseren Volumens an den verbleibenden Standorten gemäss Erfahrungskurven Kosten. Zudem steigt auch die Verhandlungsmacht gegenüber den Lieferanten, was zu günstigeren Einkaufskonditionen bei gleichbleibender Qualität führt. Kurzum, anstatt zusätzliche Stellen zu schaffen, die die fast unzähligen dezentralen Einheiten koordinieren sollen, fordern wir einen Systemwechsel und eine Umstellung auf zeitgemässe und effiziente Strukturen. Die Stossrichtung dieses Postulats ist sinnvoll und notwendig. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke. Dann noch für die Fraktion GFL: Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ich habe die Motion im letzten Jahr miteingereicht. Die Anliegen sind mir nachvollziehbar und vernünftig vorgekommen. Jetzt liegt die Stellungnahme des Gemeinderats vor. Und nach deren Lektüre hat sich die GFL zu einer Kehrtwende entschieden. Generell ist zu sagen: Tatsächlich scheinen die Kostenfolgen einer Umsetzung unverhältnismässig hoch. Wir können es uns gar nicht leisten. Zu den einzelnen Punkten: Die Produktion der Mahlzeiten für Kinderbetreuungsinstitutionen für die Stadt bis 2025 auf grosse Quartierküchen an 3 bis 5 Standorten zu konzentrieren, ist mit der Eröffnung der Tiefenau-Küche umgesetzt. Dann, zweitens, kleine Küchen vor Ort konsequent als Regenerationsküchen einrichten: Die Anlieferung der Mahlzeiten soll kalt erfolgen. Dazu hat Matteo Micieli bereits einiges gesagt, was das auf die Kinder, auf die Atmosphäre, auf die Arbeit des Kochens selbst für Auswirkungen hat. Das wäre laut dem Bericht des Gemeinderats sehr teuer und würde Menschen arbeitslos machen, die dort seit Langem ein Einkommen erzielen. Das widerspricht diametral dem Anliegen, das Punkt 4 dieser Motion oder dieses Postulats anstrebt. Punkt 4 möchte nämlich, dass in der geplanten Grossküche Leute im Arbeitsintegrationsprogramm trainiert würden. Die bestehenden kleinen Küchen stellen jedoch genau für diese Menschen, die sonst unter Umständen arbeitslos wären, eine reale Einkommensmöglichkeit dar. Und die Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt würden also durch Arbeitsplätze im grauen Markt der Arbeitsintegration ersetzt. Das scheint uns falsch zu sein. Schliesslich hat man Punkt 3 selbst zurückgezogen, als man gemerkt hat, dass das schon umgesetzt ist. Dazu, 4., in der Quartierküche eine Massnahme der sozialen und beruflichen Integration vorzusehen und Ausbildungsplätze anzubieten, kann ich mich voll und ganz den Ausführungen des Kollegen Micieli anschliessen. Das sind relativ niederschwellige und ziemlich monotone Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die dort angeboten würden. Ausserdem die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden auszuloten, das passiert offenbar bereits. Kurz und spitz: Wir lehnen deshalb die Motion ab, auch als Postulat, weil sie entweder bereits umgesetzt ist, nicht zielführend ist oder zu spät kommt. Danke vielmals.

Präsident: Merci. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Also ich brauche einen Ordnungsantrag, sonst ist nach diesen 2 Einzelvoten die Sitzung beendet. Ich erteile Emanuel Amrein das Wort für ein Einzelvotum.

Emanuel Amrein (SP): Ich stelle zuerst den Ordnungsantrag, dass wir das Thema fertigdiskutieren.

Ordnungsantrag
Amrein

Das Traktandum wird zu Ende beraten und das Sitzungsende um diese Dauer verschoben.

Präsident: Danke, dann stimmen wir ab über den Ordnungsantrag.

Abstimmung Nr. 016

2024.SR.0064: Ordnungsantrag	
Annahme	
Ja	53
Nein	12
Enthalten	1

Präsident: Der Antrag ist angenommen. Das heisst, wir werden heute das Traktandum 10 fertig behandeln. Dann hat das Wort für ein Einzelvotum: Emmanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP), Einzelvotum: Merci, ich möchte nur noch schnell reagieren auf die immer doch intensiv und emotional geführte Debatte, wenn es um das Essen geht. Wir reden hier vom Service public. Die SP-JUSO ist für den Service public. Warum? Wir reden von Gemeinschaftsverpflegung. Das ist Kochen, Essen produzieren im grossen Stil. Die Stadt geht davon aus, dass es Wachstum gibt – über 100'000 Essen in den nächsten 1,5 bis 2 Jahren. Wie wollt ihr das produzieren in diesen romantischen Küchen, wie Ronja es beschrieben hat? Wenn wir keine Quartierküchen haben, wird einfach passieren, dass die Stadt das Essen bei einer Grosskantine kaufen wird, vermutlich am anderen Ende des Landes. Und es wird hingefahren werden und es wird auch aufgewärmt werden. Das ist eine Realität. Deshalb möchten wir, dass die Stadt sich dem selbst annimmt, dass die Stadt selbst bestimmt, wo sie kocht, wie sie kocht. Sie kann den Menüplan selbst bestimmen, sie kann bestimmen, wo sie einkauft. Das ist echter Service public. Matteo gebe ich recht. Es ist nicht cool, in einer Regenerations0küche zu kochen. Aber es ist auch nicht cool, Betreuungspersonal abzuziehen, damit man die Küche überhaupt mit Personal füllen kann. Denn ich möchte ja sehen, wo ihr all die Köchinnen und Köche findet, um nachher den Bio-Brei in der Kita zuzubereiten. Das wäre noch meine Frage an Ronja: Woher kommt der Bio-Brei in dieser schönen Institution, wie du sie beschreibst? Also, das ist einfach ein Projekt, in dem es darum geht, in der heutigen Realität so viel Essen zu produzieren, dass wir entweder die Spielregeln selbst bestimmen können. Oder wir können eigentlich wählen, welche Regeln wir einkaufen.

Präsident: Danke, dann für das nächste Einzelvotum: Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Die Frage der Mahlzeitenproduktion für die Kinderbetreuung ist ein wichtiges Thema. Es geht nicht nur um die Kosten, sondern auch um die Qualität, die Nachhaltigkeit und die Arbeitsbedingungen. Das vorliegende Postulat fordert eine radikale Zentralisierung der Mahlzeitenproduktion in wenigen Quartierküchen und die Schliessung von zahlreichen bestehenden Küchen. Die Idee einer effizienten Organisation ist nachvollziehbar. Doch die vorgeschlagene Umsetzung vernachlässigt entscheidende Aspekte. Erstens fehlen schon geeignete Standorte für 3 bis 4 neue Grossküchen und zudem ist es mit immensen Investitionen verbunden. Zweitens würden viele langjährige Mitarbeitende durch die Schliessung der bestehenden Küchen ihre Stellen verlieren, weil die neuen Grossküchen andere Anforderungen stellen und

nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernommen werden könnten. Das haben wir gehört: Das bestehende Konzept "Vielfalt+" setzt schon viel um. Aus persönlicher Erfahrung weiss ich, wie wertvoll die bestehenden Küchen für die Kinder sind. Meine Kinder haben die Matten-Kita besucht. Und sie haben so häufig vom Küchen-Vreni geschwärmt. Das Küchen-Vreni hat ihnen manchmal am Freitag versprochen, dass sie Spaghetti Cinque P macht, und das war wirklich das Highlight der Woche. Ich kann euch sagen: Jeweils diese leuchtenden Augen und was sie noch darüber erzählt haben – ich könnte mir nicht vorstellen, wenn es nicht mehr so wäre. Zwar dürfen Kinder heute aus hygienischen Gründen nicht mehr aktiv in den Produktionsküchen mithelfen, doch die Nähe zur Küche und die Beziehung zum Küchenteam sind weiterhin von pädagogischem Wert. Die direkte Verbindung zur Essenszubereitung würde durch die Zentralisierung verloren gehen. Die Stadt Bern, wir haben es gehört, hat mit der Strategie "Vielfalt+" eine breit abgestützte Lösung erarbeitet, die die Wirtschaftlichkeit, die Nachhaltigkeit und die sozialen Aspekte vereint. Die Forderungen des Postulats sind hingegen finanziell und räumlich kaum realisierbar, und würden bestehende Investitionen zunichtemachen. Zudem gibt es keine verlässlichen Langzeitdaten, die belegen, dass das Bieler Modell 1 zu 1 auf Bern übertragbar wäre. Für mich ist klar: Wir brauchen eine Weiterentwicklung der bestehenden Strategie, aber keine abrupten Umstrukturierungen, die Personal abbauen und hohe Kosten verursachen würden. Deshalb lehne ich das Postulat ab. Merci.

Präsident: Danke. Dann für ein Einzelvotum: Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA), Einzelvotum: Danke, Chantal, für dein Votum und für das Erwähnen der Matten-Kita. Diese Kita ist jetzt leider geschlossen worden, aber diese Küche ist genau so ein Beispiel für die romantische Küche, Emanuel, von der du das Gefühl hast, dass es sie nicht mehr gibt. Diese Küche gibt es noch. Ich verstehe dich. Ich weiss, wenn wir von der Tagesbetreuung Viktoria reden, dann ist es logisch, dann braucht es viel Essen, dann reden wir von viel Essen, das zubereitet werden muss. Aber es gibt eben auch andere Kitas. Und hier geht es mir vor allem um diese Kitas und all die Sachen, die ich vorher erläuterte, geht es vor allem darum, dass eben die kleinen Kinder sich entwickeln können. Und dazu ist es so wichtig, dass sie gesundes und ausgewogenes Essen haben und ja, auch Bio-Brei. Aber ich verstehe nicht, warum man Bio-Brei nur in zentralen Küchen produzieren kann. Ich habe selbst in einer Kita gearbeitet und dort wurde der Bio-Brei vor Ort produziert, in der romantischen Küche. Danke.

Präsident: Dann für den Gemeinderat: Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Schön, wird es noch romantisch am Schluss. Hunger haben wir wahrscheinlich nicht mehr, gegessen haben wir alle schon. Der Gemeinderat hat im Dezember 2023, das ist noch nicht so lange her, etwa ein Jahr, die Mahlzeitenstrategie "Vielfalt+" verabschiedet. Im Vergleich zum bisherigen Modell "Vielfalt" – man hat einen Paradigmenwechsel vollzogen – betont die aktuelle Strategie "Vielfalt+" den Aspekt der Wirtschaftlichkeit stärker und strenger. Wir haben damals, als man das diskutiert hat, auch unter anderem die Spardiskussion und all die Themen, die heute Abend angeschnitten wurden im Zusammenhang mit dieser Motion, intensiv diskutiert. Die Stadt setzt mit der aktuellen Strategie vermehrt auf grössere Quartierküchen und verzichtet auf nicht wirtschaftlich betriebene Kleinküchen. Die Strategie "Vielfalt+" berücksichtigt zudem die Akzeptanz dieser Betriebe sowie die räumliche und die

finanzielle Umsetzbarkeit. Die Umsetzung der Strategie "Vielfalt+" ermöglicht auch in Zukunft eine lückenlose, flexible und nachhaltige Versorgung aller Standorte. Sie ist einer der beteiligten Akteure. Es sind relativ viele Akteure beteiligt in diesem Gebiet. Es ist ein breit akzeptierter und realistisch geplanter Kompromiss. Und das ist ein sehr wichtiger Punkt. Wo wir jetzt stehen, ist das Resultat eines jahrelangen politischen Prozesses. Und man hat sich jetzt geeinigt. Das ist diese Strategie. Das ist ein Mix verschiedener Logiken, die heute Abend diskutiert wurden. Die einen wollen möglichst überall nur Kleinstküchen für die Kinder. Das sind legitime Anliegen. Die anderen wollen aus wirtschaftlichen Überlegungen am liebsten nur eine Quartierküche, die alle Betriebe und Angebote beliefern kann. Und was wir jetzt haben, ist ein Mix, für den man durchgerechnet hat, welche Standorte wie über welche Grösse von Küchen beliefert werden können. Dieser Kompromiss steht jetzt aber sehr im Gegensatz zu den Forderungen der vorliegenden Motion. Der Gemeinderat hat die Ansicht, dass damit vor allem die räumlichen, finanziellen und sozialen Realitäten der Stadt Bern, die eben nicht stabil sind, ausgeblendet werden. Und, dass die von den Motionär*innen geforderten 3 bis 5 Grossküchen überhaupt umgesetzt werden können, würden wir bezweifeln, dass das realistisch ist, mittelfristig. Das würde bedeuten, dass die Stadt 3 bis 4 zusätzliche Küchen bauen müsste, die über 25% mehr Kapazität haben als jene, über die die Ziegler-Küche im Moment verfügt. Ich weiss nicht, wer von euch schon in der Ziegler-Küche gewesen ist. Das ist wirklich eine recht grosse Küche. Das wäre sehr kostspielig und vor allem fehlen die notwendigen Raumreserven. Wir müssen schon schauen, wo wir die Küchen, die wir jetzt geplant haben, die noch fehlen, unterbringen können. Mit der neu geschaffenen Stelle des Fachspezialisten Verpflegung im Schulamt werden die vorhandenen Ressourcen, Küche und Personal optimal eingesetzt. Es geht darum, dass man die bestehenden Produktionsküchen in der Tagesbetreuung und in den Kitas besuchen kann. Dafür braucht es eine Person, die macht das. Das ist die Person, der/die Fachspezialist*in. Die geht dort vorbei und analysiert unter verschiedenen Aspekten die Produktionsküche. Dann geht es um die Qualitätsfrage, was das Essen anbelangt, aber auch um andere Kriterien. Und aufgrund dieses Systems haben wir ein Qualitätssicherungssystem mit einer Person eingerichtet, die laufend die Qualität verbessern kann. Und die ersten Optimierungsmassnahmen sind bereits umgesetzt worden und weitere sind noch in der Planung. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob der einleitende Motionär von der gleichen Fachstelle gesprochen hat. Ich habe das Gefühl, dass du von der Fachstelle für nachhaltige Ernährung, die in der SUE angesiedelt ist, gesprochen hast. Aber das hat mit dem nichts zu tun. Und aus den genannten Gründen hält der Gemeinderat an der aktuellen Mahlzeitenstrategie fest und beantragt euch, die Motion abzulehnen. Und falls der Vorstoss als Postulat angenommen wird, können wir gerne noch einmal einen Bericht schreiben. Ich gehe aber Stand heute nicht davon aus, dass wir zu einem anderen Schluss kommen werden als das, was ich ausgeführt habe.

Präsident: Merci, Ursina. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die Punkte 1, 2, 4 und 5 als Postulat. Wer diese 4 Punkte erheblich erklären will, stimmt mit Grün, wer sie ablehnt, stimmt mit Rot.

Abstimmung Nr. 017

2024.SR.0064: erheblich als Postulat	
Ablehnung	
Ja	27
Nein	40
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt das Postulat abgelehnt. Bevor ihr alle aufsteht und euch auf den Weg macht, eine kurze Information. Die heute nicht behandelten FPI-Geschäfte werden auf nächste Woche verschoben. Ihr bekommt also morgen eine neue Traktandenliste. Die heute nicht behandelten BSS-Geschäfte werden wir erst nach den Frühlingsferien bearbeiten. Ich danke euch für die heutige Sitzung und wünsche euch einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:
Traktandum: 11 | 2024.SR.0119
Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/ Anna Jegher, JA!) und Sofia Fisch (JUSO): Aktionstage Behindertenrechte – und die Stadt Bern zieht mit!
Traktandum: 12 | 2024.SR.0120
Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!) und Sofia Fisch (JUSO): Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Grundrechte sicherstellen!
Traktandum: 13 | 2024.SR.0121
Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP/EVP (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!/Bettina Jans-Troxler, EVP) und Sofia Fisch (JUSO): Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen
Traktandum: 14 | 2023.SR.0168
Interfraktionelles Postulat GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Barbara Keller, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Matteo Micelli, PdA/Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP): Keine unterirdischen Asylunterkünfte!
Traktandum: 15 | 2016.SR.000008
Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern
Traktandum: 16 | 2013.FPI.000050
Informatik Stadt Bern: Zweites Rechenzentrum; Erneuerung des Housing-Vertrags; Verpflichtungskredit
Traktandum: 17 | 2024.SR.0111
Motion Florence Pärli Schmid (JF): Einführung einer Ausgaben- zur Schuldenbremse!
Traktandum: 18 | 2024.SR.0309
Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach/Johannes Wartenweiler, SP): Erfolgreiche Wohn- und Bodenpolitik fortsetzen: Rahmenkredit des Fonds weiterführen
Traktandum: 19 | 2024.SR.0174
Motion Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für Familien mit Kindern!
Traktandum: 20 | 2024.SR.0173
Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für den Mittelstand – es braucht endlich eine Stadtberner Wohneigentumsstrategie
Traktandum: 21 | 2024.SR.0282
Motion Thomas Hofstetter/Simone Richner (FDP): GEAK-Plus-Bericht als Voraussetzung für alle Liegenschaftskäufe der Stadt Bern zur Erreichung des Netto-Null-Ziels

Traktandum: 22 | 2024.SR.0147
Interfraktionelles Postulat GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, Michael Ruefer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Eckpunkte zu einem anreizbasierten Finanzierungsplan der Sicherheitsreserve mit antizyklischer Wirkung
Traktandum: 23 | 2024.SR.0146
Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Michael Ruefer/Bettina Jans-Troxler, EVP): Schaffung einer Sicherheitsreserve für Krisensituationen
Traktandum: 24 | 2024.SR.0213
Interpellation Michael Ruefer (GFL), Mirjam Roder (GFL), Raffael Joggi (AL): Gaswerkareal: Hat der Gaskessel neben verlängertem Schulhausprovisorium und dem verdichteten Areal eine Zukunft?
Traktandum: 25 | 2019.SR.000321
Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Korrektes Lohnsystem

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/6861086771.php
2025.SR.0097 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Langfristige Sicherstellung der Gasversorgung
2025.SR.0098 | Postulat | Eingereicht
Dringliches interfraktionelles Postulat: Alternative Wärmeversorgung Viererfeld prüfen
2025.SR.0100 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen
2025.SR.0095 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Digitale Jugendarbeit in Bern: Neue Wege für eine vernetzte Jugend
2025.SR.0096 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Prüfung der Weiterverwendung des Gasnetzes: z.B. Verkauf an Dritte Abgabe im Baurecht? Wie können die drohenden Verluste, die infolge des vorgesehenen Abbruchs der bestens ausgebauten Gasleitungen entstehen, minimiert werden?
2025.SR.0102 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Wiederherstellung der Baumallee an der Thunstrasse 100-110
2025.SR.0103 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Feminismus Demo in Bern: Störungen ÖV: Was unternehmen die Behörden, in Zukunft, damit die ÖV Benutzer zumindest einen Grundangebot während den Demos haben?
2025.SR.0101 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Kritische Fragen zur Verzögerung Tram Bern Ostermundigen: Prüfung Busbetrieb?
2025.SR.0099 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Fraktion SP/JUSO Armutsbetroffenheit von alleinerziehenden Eltern in der Stadt Bern – Gründe und Massnahmen
2025.SR.0094 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Umsetzung der am 1.1.2024 in Kraft getretenen Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung

Schluss der Sitzung: 22.38 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

26.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi